



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

**„Die Entwicklung und Organisationsstruktur
der neuen und etablierten Parteien
des politischen Systems in Österreich“**

Verfasserin

Sabrina Hofer, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Politikwissenschaften

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Karl Ucakar

Inhaltsverzeichnis

Seiten

1. Einleitung	1
2. Das österreichische Parteiensystem zwischen Umbruch und Kontinuum	3
3. Politische Parteien als Organisationen	8
3.1. Rechtliche Grundlagen der Parteien.....	8
3.2. Begriffs- und Definitionsgrundlagen der Parteien.....	11
3.3. Parteiforschungsansätze über die Rolle der Organisation	14
4. Theorien der Parteienforschung.....	17
4.1. Wandel der Parteien	17
4.2. Typologisierung und Organisationsstruktur der Parteien.....	22
4.3. Konfliktlinientheorie	29
5. Methodik.....	34
6. Untersuchung der Parteien	36
6.1. Entstehung und Gründung	36
6.2. Struktureller Aufbau und Organisation der Parteien.....	38
6.3. Programm und Inhalt der Parteien	42
7. Die Traditionsparteien in Österreich – die SPÖ und die ÖVP	44
7.1. Entstehung und Entwicklung	44
7.2. Organisation und innere Struktur.....	49
7.3. (Wahl)Programmatik und Konfliktlinien	55
8. Mittelparteien – die FPÖ und die Grünen	58
8.1. Entstehung und Entwicklung	58
8.2. Organisation und innere Struktur.....	64
8.3. (Wahl)Programmatik und Konfliktlinien	69

9. Die Klein- und Neuparteien – Die NEOs und das Team Stronach.....	73
9.1. Entstehung und Entwicklung	73
9.2. Organisation und innere Struktur.....	76
9.3. (Wahl)Programmatik und Konfliktlinien	82
10. Die politischen Parteien im Vergleich	86
10.1. Entstehung und Entwicklung	86
10.2. Organisation und innere Struktur.....	88
10.3. (Wahl)Programmatik und Konfliktlinien	92
11. Fazit.....	96
A. Literaturverzeichnis.....	100
B. Anhang.....	111
Abkürzungsverzeichnis	111
Kategorieschema.....	112
Abstract	118
Lebenslauf	119

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Nachname, Vorname
(in Blockschrift)

Datum

Unterschrift

Danksagung

Sehr herzlich möchte ich mich bei meiner Familie, vor allem bei meinen Eltern, die mir das Studium ermöglicht haben, bedanken. Ebenso gilt mein Dank Herrn Univ.-Prof. Dr. Karl Ucakar für seine Betreuung und Unterstützung. Ein Dankeschön möchte ich auch allen meinen Freunden und Freundinnen aussprechen, die mir mit Rat und Tat zur Seite standen. Ein besonderer Dank gilt meinem Freund, der mir in allen Phasen den Rücken gestärkt hat.

1. Einleitung

Das Europa des 21. Jahrhunderts ist neben der tiefgreifenden Globalisierung geprägt von einer schnelllebigen Entwicklung und Modernisierung. Diese wird begleitet von zahlreichen wirtschaftlichen als auch politischen Krisen. Vor allem Parteien, die das Bindeglied zwischen Gesellschaft und Staat darstellen (sollen), haben dabei ihre Einflussmöglichkeiten weitgehend verloren (vgl. Laszlo Trankovits 2012:3).

Die Abschwächung der Wählerloyalität und die sinkende Parteiidentifikation führen zu einer steigenden Zahl an Wechsel- und ProtestwählerInnen, davon profitieren insbesondere Neuparteien. Dieser Prozess kann jedoch nicht ohne eine noch größere Belastung der Großparteien stattfinden. Besonders die etablierten (Groß)Parteien scheinen den Herausforderungen der heutigen Zeit nicht mehr gewachsen zu sein. Die Erosion der traditionellen sozialmoralischen Milieus kann als eine wesentliche Begründung angeführt werden (vgl. Uwe Jun/Henry Kreikenbom 2006: 13). Auf der einen Seite verlieren die Großparteien an Zustimmung während Kleinparteien zusehends erstarken. Hubert Kleinert konstatiert dahingehend, dass *„die Gründung der Neuparteien auf eine Sehnsucht nach einer anderen Form der Politik verweist“* (Hubert Kleinert 2012: 18).

Die im September 2013 abgehaltenen österreichischen Nationalratswahlen liefern eine entscheidende Grundlage für eine Analyse politischer Prozesse und Veränderungen der Parteien und Parteiensysteme.

Die aktuell im Nationalrat (Stand März 2014) vertretenen Parteien bilden den Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit. Die etablierten sowie die „neuen“ Parteien sollen innerhalb des österreichischen politischen Systems auf ihr Veränderungspotential hin untersucht werden. Demnach lautet die Forschungsfrage:

Inwiefern handelt es sich bei der Entstehung und Entwicklung der neuen Parteien, im Vergleich zu den etablierten Parteien um ein organisatorisches und inhaltliches Kontinuum innerhalb des österreichischen Parteiensystems?

Dieser Forschungsfrage liegt zum einen die Hypothese (1) zugrunde, dass die „neuen“ Parteien in Österreich („Das neue Österreich“ und „Team Stronach“) andere Strukturen hinsichtlich Organisation und Programmatik aufzeigen, insbesondere im Vergleich zu den etablierten Parteien („Sozialdemokratische Partei Österreich“, „Österreichische Volkspartei“, „Freiheitliche Partei Österreich“ und „Grüne – Grüne Alternative“). Zum anderen wird angenommen (2), dass das Phänomen der Mitgliederpartei und das der stabilen Lagermentalität heute durch instabile Machtverhältnisse gekennzeichnet sind. Trotzdem sind Parteien nicht als „Auslaufmodell“ zu verstehen, sondern sie befinden sich in einem Wandlungsprozess.

Im ersten Abschnitt der Arbeit werden zunächst das österreichische Parteiensystem und dessen Entwicklung beschrieben. Die Definition „politische Parteien“ und deren rechtliche als auch organisatorische Grundlagen werden im darauffolgenden Kapitel erläutert. Des Weiteren werden auch wesentliche Beschreibungen der Organisationsstruktur und Ziele der Parteien dargestellt. Außerdem werden auch dahingehende Forschungsansätze angeführt.

Daraufhin folgt der theoretische Teil, der sich insbesondere mit organisatorischen - theoretischen Ansätze der „Party Change“ Forschung beschäftigt. Dabei nehmen die „Niedergangstheorie“ der (Mitglieder)Parteien und die verschiedenen Typologisierungen von Parteien eine zentrale Rolle ein. Die „Niedergangstheorie“ untersucht die Groß- und Mitgliederparteien indem sie deren Zukunft in Frage stellt. Durch die verschiedenen Theorien und Typologien kann das komplexe Innenleben der Parteien besser verstanden werden und auch Schlüsse auf Veränderungen gezogen werden (Hypothese 2). Außerdem werden die „Cleavage“ Theorien bzw. Konfliktlinientheorien, die auch Rückschlüsse auf die Stabilität oder Instabilität des Parteiensystems zulassen, behandelt. Diese Konfliktlinien wiederum die Grundlage der Analyse der Programme bilden (Hypothese 1).

Im methodischen Teil wird die systematische Vorgehensweise definiert und festgelegt. Die drei gebildeten Einheiten, in die sich die österreichischen Parteien gliedern lassen, sollen analysiert werden.

Diese lauten: Traditionsparteien (ÖVP/SPÖ), Mittelparteien (FPÖ/Grüne) und Klein-Neuparteien (NEOs/Team Stronach). Sie werden hinsichtlich ihrer Organisation/Struktur und Programmatik (Hypothese 1) und Entstehung und Entwicklung (Hypothese 2), untersucht.

Dabei werden aktuelle Parteistatute und Wahlprogramme der Parteien nach der qualitativen Inhaltsanalyse von Philipp Mayring (2007) analysiert. Im Zuge dessen werden auch Kategorien erstellt die im theoretischen Kontext der Arbeit stehen.

Nach der grundlegenden theoretischen und methodischen Einbettung folgt die empirische Ausarbeitung. Die zentralen Ergebnisse werden in einem vergleichenden Kapitel ausgewertet. Abschließend werden die wichtigsten Erkenntnisse bezogen auf die Forschungsfrage zusammengefasst.

2. Das österreichische Parteiensystem zwischen Umbruch und Kontinuum

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gründung der 2. Republik existiert Österreich in seiner heutigen Form. „*Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus*“ so lautet der Artikel 1 des Bundesverfassungsgesetzes. Durch diesen Grundsatz wurde der Weg zu einem modernen und demokratischen System geebnet (vgl. Wolfgang C. Müller 2006a: 105).

Anton Pelinka sieht die Unterschiede zwischen der 1. und 2. Republik nicht nur in der Verschiedenheit der Verfassungsdokumente, sondern auch in der veränderten politischen Kultur. Diese wiederum ist gekennzeichnet durch konkordanz-demokratische Merkmale wie beispielsweise Parteien – und Verbändestaatlichkeit. Durch den zunehmenden Wandel der politischen Kultur diskutieren Pelinka und andere Wissenschaftler bereits über eine mögliche „3. Republik“ (vgl. Anton Pelinka 2009: 607).

Österreich ist ein „parlamentarisches Regierungssystem“ mit verschiedenen Elementen. Die charakteristischen Merkmale sind föderativ, plebiszitär und präsidential. Außerdem stellt die Verfassungsgerichtsbarkeit einen wichtigen Faktor im österreichischen System dar. Die grundlegenden Definitionen für ein „parlamentarisches System“ sind nach Anton Pelinka also weitreichend erfüllt (vgl. Anton Pelinka 2009: 608). In parlamentarischen Systemen ist die Rolle der Parteien weit bedeutender als in präsidentiellen Demokratien. Für Österreich trifft auch der Begriff des „Fraktionsparlaments“ zu (vgl. Wolfgang C. Müller 2006a: 117).

Es herrscht eine sehr hohe Organisationsdichte, insbesondere bei den beiden Traditionsparteien während der siebziger Jahre, vor. Zu dieser Zeit waren ca. 30% der wahlberechtigten Bevölkerung Parteimitglied bei der SPÖ oder der ÖVP (vgl. Anton Pelinka 2009: 623). In der Nachkriegszeit kamen die beiden – zu dieser Zeit -

Großparteien bei den Wahlen gemeinsam sogar auf ca. 90% der Stimmen. Die FPÖ und die KPÖ spielten zu dieser Zeit noch eine marginale Rolle im österreichischen Parteiensystem (vgl. Reinhold Gärtner et. al. 1999: 1).

Das politische System in Österreich zeichnet sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch eine stabile und konstante Parteienlandschaft aus. Giovanni Sartori beschreibt im Jahr 1976 in seinem Werk *Parties and Party Systems* das österreichische Parteiensystem unter dem Kapitel „*Moderate pluralism and segmented societies*“. Sartori bezeichnet ein System als „*limited*“ oder „*moderat*“, wenn zwischen zwei und fünf Parteien relevant sind (vgl. Giovanni Sartori 1976: 173). Die folgenden Argumente beschreiben die charakteristischen Merkmale dieses Systems: „(i) *a relatively small ideological distance among its relevant parties*, (ii) *a bipolar coalition configuration*, and (iii) *centripetal competition*“ (Giovanni Sartori 1976: 179).

In den achtziger Jahren wurde Österreich als ein „Zwei-Ein-halb“ Parteiensystem bezeichnet. Die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP waren im Vergleich zur dritten politischen Kraft - der FPÖ- damals noch Kleinpartei, dominierend. Inzwischen hat sich im österreichischen Parteiensystem jedoch eine gewisse „Beweglichkeit“ eingestellt, die auf die „Erosion“ des Parteienstaates zurückzuführen ist (vgl. Anton Pelinka 2009: 623).

Das Parteiensystem kann durch das Wahlverhalten, politische Institutionen und dem Verhalten der politischen Parteien untereinander Veränderung erfahren. Die 2. Republik hat hinsichtlich des relativ konstanten Parteiensystems auch einige Neuerungen mit sich gebracht. Müller argumentiert, dass sich die institutionellen Rahmenbedingungen zum größten Teil geändert haben. Davon sind besonders die Rechtsstellung der Parteien, die staatliche Parteienfinanzierung und das Wahlsystem betroffen (vgl. Wolfgang C. Müller 2006c: 303).

Das Jahr 1986 gilt in Österreich als das Jahr der Veränderung. In diesem Jahr konnte die FPÖ unter Jörg Haider zunehmend an Aufmerksamkeit gewinnen. Außerdem hat sich die FPÖ verstärkt dem rechtspopulistischen Flügel zugewandt (vgl. Anton Pelinka 2009: 263). Bei den Wahlen im selben Jahr konnten die Großparteien ihre Wahlziele nicht erreichen. Die Gewinner dieser Wahl waren die FPÖ und die Allianz der Grünen, die es erstmals ins Parlament schafften (vgl. Michael Gehler 2006:44).

Daraus resultierten Schwierigkeiten bei der Mehrheitsbildung in der Regierung. Obwohl sich das Modell der Großen Koalition bereits in den achtziger Jahren als nicht erfolgreich erwiesen hat, ließen sich die großen Parteien immer wieder darauf ein. Der FPÖ sprach man weitgehend die Bündnisfähigkeit durch ihre rechtsextremen Nuancen ab (vgl. Anton Pelinka 2009:623).

In Österreich gab es ab dem Bestehen der 2. Republik viele unterschiedliche Arten der Regierungsbildung. Diese reicht von vielen Mehrheitsregierungen über eine Minderheitsregierung (Kreisky I.), Koalitions- sowie Einparteienregierungen (vgl. Wolfgang C. Müller 2006b: 168).

Auch die Nationalratswahlen im Jahr 1990 waren für die Großparteien kein erfolgreiches Ereignis. Die Gewinner waren die Klein – und damals auch Neuparteien, bestehend aus der FPÖ und den Grünen. Im Zuge der Radikalisierung der FPÖ spaltete sich der liberale Flügel im Jahr 1993 unter der Leitung von Heide Schmitt ab, woraus das „Liberale Forum“ (LiF) hervorging (vgl. Michael Gehler 2006:45f).

Diese neue Partei konnte sich bereits bei den nächsten Wahlen im Jahr 1994 im Nationalrat durchsetzen. Daraufhin kam es zu einer weiteren Großen Koalition, die jedoch bereits nach einem Jahr zerfiel und zu Neuwahlen führte. Die Neuwahlen brachten auch keine große Veränderung mit sich, ein weiteres Mal wurde die Regierung von den Großparteien gestellt. Bei diesen Wahlen verloren sowohl die ÖVP als auch die SPÖ an Stimmen. Das LiF konnte sich jedoch nur eine Amtsperiode im Nationalrat halten (vgl. Michael Gehler 2006:45f).

Als im Jahr 2000 die ÖVP zusammen mit der FPÖ erstmals die Regierung stellte, wurde Österreich von 14- EU Staaten bilateral sanktioniert. Nach zwei Jahren „schwarz-blauer“ Regierungsarbeit scheiterte dieses Projekt und es kam erneut zu Neuwahlen. Im Jahr 2002 gelang es schließlich der ÖVP, nach langer Zeit ein erfolgreiches Wahlergebnis (+15,4%) zu erzielen (vgl. Michael Gehler 2006: 50).

Die FPÖ hingegen wurde wieder zu einer Kleinpartei degradiert. Dennoch wurde die ÖVP-FPÖ Koalition fortgeführt, die jedoch einer ÖVP-Alleinregierung glich. Das Gefüge der FPÖ war geprägt von „*personellen Diskontinuitäten*“ und „*politischer Inhomogenität*“. Schlussendlich kam es im Jahr 2005 abermals zu einer Spaltung der FPÖ. Federführend für die Gründung des „Bündnis zur Zukunft Österreichs“ (BZÖ) war zu dieser Zeit Jörg Haider (vgl. Michael Gehler 2006: 51).

Im Winter 2014 fusionierten Reste des Liberalen Forums mit den NEOs, die in den Nationalrat gewählt wurden. Eine weitere Neugründung stellt das „Team Stronach“ dar. Diese Neugründung ist somit die erste Partei – neben den Grünen, die nicht direkt aus einer Vernetzung oder Verlagerung einer alten Partei zustande gekommen ist. Die Abgeordneten dieser Partei wurden jedoch weitgehend aus der Fraktion des BZÖs rekrutiert (vgl. Kapitel 9.1.: Entstehung und Entwicklung der Klein- und Neuparteien). Durch die Beobachtung der parteipolitischen Entwicklung lässt sich eine gewisse Steigerung der Fraktionsanzahl im Nationalrat festmachen. Ab dem Jahr 1986 waren es vier Fraktionen, bestehend aus SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne. In den Jahren 1993 und 1999 waren es bereits fünf Fraktionen (zzgl. Liberales Forum) und von 1999 bis 2006 wieder nur mehr vier (abzgl. Liberales Forum). Ab dem Jahr 2006 waren es wiederum fünf Fraktionen (zzgl. BZÖ) (vgl. Anton Pelinka 2009: 612).

Seit dem Jahr 2013 sind es sogar sechs Fraktionen (zzgl. Team Stronach und NEOs, abzgl. BZÖ). So viele Fraktionen waren im österreichischen Nationalrat der 2. Republik noch nie vertreten. Die größere Anzahl an Fraktionen führt zu einer neuen Lebendigkeit im Nationalrat. Insbesondere die Minderheitenrechte erfahren dadurch einen Aufschwung. Des Weiteren erkennt Pelinka eine – wenn auch geringe – Aufweichung der Fraktionsdisziplin (vgl. Anton Pelinka 2009: 612). Müller argumentiert, dass das Hinzukommen von neuen Parteien zu einer Dekonzentration des Parteiensystems führt (vgl. Wolfgang C. Müller 2006c:303).

Auch Pelinka verweist auf die Dekonzentrationstendenzen sowie auf die zunehmend polarisierende Richtung des Parteiensystems. Die „Gewinner“ dieser Entwicklung sind vor allem rechtspopulistische Parteien wie die FPÖ und auch andere durch Gegenpositionen gekennzeichnet Parteien wie die Grünen. Die nun ehemaligen Großparteien sind die Verlierer dieses Prozesses. Sie konzentrieren sich auf ein breites Spektrum innerhalb der Gesellschaft und haben dabei an Profil und Konturen verloren (vgl. Anton Pelinka 2009: 625).

Weitere Veränderungen lassen sich anhand des österreichischen Parteiensystems skizzieren. Beispielsweise geht die Zahl der Wirtschaftsvertreter bzw. Verbände auch im sozialpartnerschaftlichen Sinne mit ÖVP und SPÖ zurück (vgl. Anton Pelinka 2009: 613).

Darüber hinaus wird auf den rasanten Wandel seit Mitte der achtziger Jahre hingewiesen. Als Indikatoren der Veränderung sind die „*Dekonzentration des Parteiensystems*“ durch eine niedrigere Wahlbeteiligung und eine „*rückläufige*

Parteienmitgliedschaft“ gemeint. Der Organisationsgrad ist somit im Begriff abzunehmen und verringert dadurch automatisch die Distanz zum Verbändestaat und der Sozialpartnerschaft (vgl. Anton Pelinka 2009: 638).

Pelinka stellt dazu fest, dass

„die Abkehr von der unbedingten Stabilisierungsorientierung (Hyperstabilität) der 2. Republik zu einer Verschärfung des politischen Wettbewerbs führt. Der schärfere Wind des offenen, kaum noch durch (elitäre) Kartellabsprache regulierten (politischen) Marktes bestimmt die österreichische Politik des 21. Jahrhunderts“ (Anton Pelinka 2009: 639).

Außerdem kann die Aufweichung der *„Lagermentalität“* und die *„Personalisierung und Professionalisierung“* der Politik festgestellt werden. Diese Entwicklung oder Veränderung wird mit dem Begriff der *„Entaustifizierung“* oder dem Verlust *„typisch österreichischer“* Merkmale der Parteienstaatlichkeit von Pelinka beschrieben (vgl. Anton Pelinka 2009: 638).

3. Politische Parteien als Organisationen

Die verschiedenen Tendenzen und Prozesse des österreichischen Parteiensystems wurden im vorherigen Kapitel dargelegt. Das darauffolgende Kapitel über Parteien als Organisationen beschäftigt sich zum einen mit den rechtlichen Grundlagen und der Definition von Parteien. Außerdem werden die Strukturen und Funktionen sowie Ziele der Parteien veranschaulicht. Abschließend werden ausgewählte Parteilforschungsansätze über die Rolle der Parteiorganisation beschrieben.

3.1. Rechtliche Grundlagen der Parteien

Anton Pelinka erklärt die relativ späte Festlegung der rechtlichen Grundlagen der Parteien mit einem hohen Grad an Parteienstaatlichkeit in Österreich. Erst im Jahr 1975 sind die Parteien im Zuge des Parteiengesetzes der Rechtsordnung und Verfassung hinzugefügt worden, woraus für die im Nationalrat vertretenen Parteien eine staatliche Finanzierung resultierte (vgl. Anton Pelinka 2009: 622). Die Parteiendemokratie wird grundsätzlich in der österreichischen Verfassung festgeschrieben: zum einen das Bestehen und die Vielfalt der politischen Parteien und zum anderen die daraus entstehende politische Willensbildung (vgl. Wolfgang C. Müller 2006c: 280). Die Transparenzbestimmungen sind im Parteiengesetz 2012 geregelt. Dabei werden Punkte wie die Rechenschaftspflicht der Parteien, Spendenregulierungen und Wahlwerbekostenbeschränkungen behandelt (vgl. Bundeskanzleramt/Parteiengesetz 2012).

Neben diesem Verfassungsbegriff gibt es jedoch auch eine sogenannte Realverfassung. Laut Karl Ucakar bezieht diese auch Realitäten mit ein, die nicht ausreichend von der Rechtsordnung erfasst sind, wie beispielsweise in Österreich die „politischen Parteien“. Dahingehend argumentiert Ucakar, dass man mit dem Begriff der Realverfassung auch dem Begriff des politischen Systems näher kommt (vgl. Karl Ucakar 2006a: 119).

Artikel I über die „politischen Parteien“ lautet (§1 Abs. 1 Parteiengesetz 2012):

„Die Existenz und die Vielfalt politischer Parteien sind wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich.“

Mit diesem Absatz wird die existentielle Grundlage der Parteien innerhalb des österreichischen politischen Systems deutlich gemacht. Parteien gelten somit als Basis der demokratischen Rechtsordnung.

Das Parteiengesetz enthält für die Gründung und Funktion von Parteien kaum Reglementierungen. Wolfgang C. Müller hebt hervor, dass die Gründung einer Partei in Österreich nicht schwer zu vollziehen ist. Jedoch bedarf die Aktivität bei Wahlen oder der Anspruch an öffentlichen Ressourcen mehr als den Status einer „politischen Partei“ (vgl. Wolfgang C. Müller 2006c: 280f.).

Dahingehend lautet die Definition über die Gründung der Parteien (§1 Abs. 2 Parteiengesetz 2012):

„Eine politische Partei ist eine dauernd organisierte Verbindung, die durch gemeinsame Tätigkeit auf eine umfassende Beeinflussung der staatlichen Willensbildung, insbesondere durch die Teilnahme an Wahlen zu allgemeinen Vertretungskörpern und dem Europäischen Parlament, abzielt und deren Satzung beim Bundesministerium für Inneres hinterlegt ist,“

Die Satzung der Parteien (§1 Abs. 4 Parteiengesetz 2012) muss den „*Namen der politischen Partei*“ und das „*Datum der Hinterlegung*“ enthalten. Durch die Hinterlegung kann die „*Rechtspersönlichkeit*“ gewährleistet werden. Außerdem sollen die Statuten im Internet veröffentlicht und dadurch für alle zugänglich gemacht werden. Die wichtigsten zu erfüllenden Punkte der Satzung (§1 Abs. 4 Parteiengesetz 2012) sind:

- „1. Organe der Partei und deren Vertretungsbefugnis, wobei jedenfalls ein Leitungsorgan, eine Mitgliederversammlung und ein Aufsichtsorgan vorgesehen sein müssen,*
- 2. Rechte und Pflichten der Mitglieder*
- 3. Gliederung der Partei*
- 4. Bestimmungen über die freiwillige Auflösung der politischen Partei“*

Die Satzungen der im Nationalrat vertretenen Parteien unterliegen grundsätzlich demokratischen Prinzipien. Dies gilt für die „*innerparteiliche Demokratie*“ nur mit „*Vorbehalt*“ (vgl. Karl Ucakar/ Stefan Gschiegl 2012: 153). Wenn die Parteistatuten jedoch gegen das „*Verbot des nationalsozialistischen Wiederbetätigungsgesetzes*“ verstoßen wird die Parteigründung abgelehnt (vgl. Anton Pelinka 2009: 622).

Durch die relativ „einfache“ Parteigründung existieren in Österreich ca. 800 Parteien (Stand 2012). Jedoch schaffen es nur sehr wenige dieser Parteien „politische Relevanz“ zu erlangen. Politische Relevanz kann nach Karl Ucakar entweder durch „*öffentlich – rechtliche Vertretungskörperschaften*“ oder „*zumindest einer gewissen öffentlichen Wahrnehmung*“ gewährleistet werden (Karl Ucakar/ Stefan Gschiegl 2012: 153).

Die Einflussmöglichkeiten im politischen Alltag steigen außerdem mit dem Erlangen eines Klubstatus. Die Geschäftsordnung des österreichischen Nationalrates (§7 GOG) sieht vor, dass eine Klubgründung erst durch mindestens fünf Abgeordneten beantragt werden kann. Darüber hinaus bedarf die Klubgründung eines „*eindeutigen Parteinamens*“ und eines Klubs der sich mit „*Wahlvorschlag zur Wahl*“ stellt (vgl. Parlament 08.11.2012/Parlamentsskorrespondenz Nr. 880).

Der parlamentarische Klub gesteht den einzelnen Abgeordneten mehr Rechte zu. Dadurch können schließlich „*Initiativanträge, Entschließungsanträge und dringliche Anträge*“ neben dem Rederecht eingebracht werden. Außerdem steht es den Abgeordneten mit Klubstatus zu, Anträge zu „*Untersuchungsausschüssen*“ oder der „*aktuelle Stunde*“ einzureichen. Des Weiteren entstehen auch noch finanzielle Vorteile (vgl. Parlament 08.11.2012/Parlamentsskorrespondenz Nr. 880).

3.2. Begriffs- und Definitionsgrundlage der Parteien

Peter Lösche weist auf die verschiedenen Schwierigkeiten bei der Begriffsdefinition der Parteien hin. Insbesondere auch, weil sich der Begriff seit dem vorigen Jahrhundert verändert hat (vgl. Peter Lösche 1994: 11). Zum einen kann man das Wort „Partei“ aus dem lateinischen Verb „partire“ ableiten, dann bedeutet es so viel wie „trennen“ oder „abgrenzen“ (Seymour M. Lipset und Stein Rokkan 1967: 3). Zum anderen gibt es auch die Möglichkeit, das Substantiv „pars“ zu verwenden, dass so viel wie Teilhaftigkeit bedeutet bzw. *„Teil einer Gesamtheit“*, *„Teil der Gesellschaft“* oder *„Teil der politischen Aktivbürger“* (vgl. Peter Lösche 1994: 11).

Demnach kann man Parteien als stetig konkurrierende Elemente einer Demokratie betrachten oder eben als zentralen Teil der Demokratie verstehen. Beide Begriffsdefinitionen zusammen skizzieren die Realität wohl am besten. Der Begriff der „Parteien“ reicht historisch betrachtet bis in die Ideengeschichte des römischen Reiches der Antike zurück. Wobei sich früher eher konkurrierende Königshäuser gegenüberstanden. Heutzutage zeichnen sich Parteien durch ein bestimmtes Programm und eine feste Organisation aus (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 12).

Die entscheidende Entwicklung und Entstehung der Parteien war erst nach der Formierung der bürgerlichen Gesellschaft im ausgehenden 18. Jahrhundert möglich. Dabei sind einschneidende geschichtliche Ereignisse, wie beispielsweise die Französische Revolution zu nennen. Die Programme der damaligen parteiähnlichen Organisationen wendeten sich gegen das „alte Regime“ bzw. gegen „Feudal und Ständesystem“ (vgl. Peter Lösche 1994: 11).

Auch in aktuellen Parteidefinitionen finden sich die Verknüpfung zwischen Partei und Organisation. Ulrich von Alemann verfasste eine zentrale deutschsprachige Definition des Begriffs „Partei“, welche in der Parteienforschung hohe Anerkennung gefunden hat. Demnach sind Parteien als

„auf Dauer angelegte, freiwillige Organisationen, die politische Partizipation für Wähler und Mitglieder anbieten, diese in politische Entscheidungen transformieren, indem sie politisches Personal selektieren, was wiederum zur politischen Integration und zur Sozialisation beiträgt und zur Selbstregulation führen kann, um damit die gesamte Legitimation des politischen Systems zu befördern“ (Ulrich von Alemann 2010: 11)

Eine weitere Definition von Parteien stammt von Frank Decker, der drei wesentliche Begriffsmerkmale nennt. Zum einen, dass es sich um einen organisierten Personenverband handelt und zum anderen, dass die gemeinsamen politischen Interessen im Vordergrund stehen. Außerdem verbindet sie alle das Ziel, sich an staatlicher Herrschaft zu beteiligen (vgl. Frank Decker 2011: 10).

Oskar Niedermayer versucht auf Grundlage der unterschiedlichen Definitionen von Parteien eine sogenannte „Minimaldefinition“ zu entwerfen. Demnach gehören der Machterwerbswille und inhaltliche Komponenten der Parteien nicht dazu. Die Parteien werden demzufolge „nur“ „als Organisationen, die an Parlamentswahlen teilnehmen“ verstanden (vgl. Oskar Niedermayer 2013: 65).

Peter Lösche schließt sich der Charakterisierung der Parteien von Sigmund Neumann an. Demnach gelten auch für Lösche die „Bestimmungselemente“ von Sigmund Neumann: *Programm, Organisation und Kampfcharakter* womit sich Parteien von anderen Gruppierungen abgrenzen, auch wenn diese Elemente sehr „*unterschiedlich und unverbindlich*“ sein können (vgl. Peter Lösche 1994: 11). Die Teilnahme an Wahlen macht den maßgeblichen Unterschied zu anderen Organisationen wie Verbänden, NGOs und sozialen Bewegungen deutlich (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 16).

Die Organisation gilt also als ein wesentliches Element der Parteien, wodurch die Steuerbarkeit vereinfacht und die Leistungsfähigkeit gesteigert werden kann. Diese ist von fundamentaler Bedeutung, da sich Parteien mit komplexen sozialen Gebilden beschäftigen. Der Politiker Franz Müntefering unterstreicht dies mit dem Satz: „*Politik ist Organisation*“ (vgl. Josef Schmid/ Udo Zolleis 2009: 271). Eines der wichtigsten Ziele von Parteien ist die Verknüpfung zwischen Gesellschaft und Staat herzustellen, wofür die Organisation eine Voraussetzung darstellt. Auch die „Selektion“ und die „Rekrutierung“ des politischen Personals gelten als wichtige organisatorische Dimensionen, ebenso wie die Erstellung der Programmatik und Durchsetzung der Ziele (vgl. Josef Schmid/ Udo Zolleis 2005: 10).

Der politische Erfolg einer Partei kann somit durch die organisatorische Kapazität gesteuert werden. Diese resultiert aus der gefestigten Struktur und der kollektiven Handlungsfähigkeit. Somit gelten Organisationen als unverzichtbares Element der sozialen Welt. Daher können bereits durch die Organisation Einfluss und Macht gefestigt werden. Dabei sind es auch vor allem strategische Überlegungen, die zum Erfolg beitragen. Die strategischen und organisatorischen Überlegungen sind jedoch

stark dem Druck der Veränderung ausgesetzt (vgl. Josef Schmid/Udo Zolleis 2009: 271f.).

Nach Schmid und Zolleis sind Organisationen keine statischen Organe. Schließlich müssen sie sich stetig weiterentwickeln, um in einer fortwährend wandelnden Gesellschaft bestehen zu können (vgl. Josef Schmid/ Udo Zolleis 2009: 275). Gesellschaftliche Repräsentanz bzw. Akzeptanz und Berücksichtigung der Wünsche der Wählerschaft sind die wichtigsten Prinzipien der Parteiorganisation und dürfen nicht vernachlässigt werden (vgl. Josef Schmid/Udo Zolleis 2009: 17).

Die Anerkennung manifestiert sich in folgenden Gebieten: Verknüpfung mit gesellschaftlichen Gruppierungen (z.B. wie Vereine, Arbeitskreise, Sonderorganisationen), innerparteiliche Kommunikation und Willensbildungsprozesse (z.B. unterschiedliche Parteiprogramme), Gewinnung des politischen Nachwuchses (z.B. Mitglieder), Kampagnen und Parteifinanzierung (vgl. Josef Schmid/Udo Zolleis 2005: 19)

Des Weiteren finden sich zwischen den Organisationsformen zahlreiche Ähnlichkeiten, denen oftmals wenig Beachtung geschenkt wird. Dafür sind zum einen rechtliche und systematische Rahmenbedingungen verantwortlich. Auch der Parteienwettbewerb trägt seinen Teil dazu bei, dass Parteien sich in ihren Organisationsformen angleichen. Besonders beliebte Konzepte sind die Frauenquote, Mitgliederreferenden und Regionalkonferenzen. Demnach sind Parteien als Organisationen zu verstehen, die voneinander lernen können (vgl. Sebastian Bukow/Thomas Poguntke 2013: 202).

Politische Zielvorstellungen können durch Parteien artikuliert und inhaltlich positioniert werden. Wie beispielsweise Weltanschauungen, Interessenvertretung einzelner Bevölkerungsteile oder Ansammlungen von Einzelpositionen, sowie auch politische Programme (vgl. Fabian Magerl 2009: 58). Entscheidende Merkmale der Parteien sind die tatsächliche Wahlteilnahme, das Erpressungspotential, flexible politisch machbare Koalitionen, Wettbewerbsbeeinflussung, Repräsentation auf europäischer, nationaler oder kommunaler Ebene, Regierungsbeteiligung als Juniorpartner oder Regierungsübernahme (vgl. Oskar Niedermayer 2013: 67).

Ulrich Sarcinelli betont den verfassungsrechtlichen Auftrag der Parteien. Demnach sind sie Träger und Mittler des freien politischen Prozesses zwischen Gesellschaft und Staat. Dabei hebt er die sogenannte Doppelrolle der Parteien hervor. Danach steht auf der einen

Seite der Wille des Volkes und auf der anderen Seite der Staat (vgl. Ulrich Sarcinelli 2009: 99).

Eine grundsätzlich wichtige Funktion der Parteien wäre die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Staat und Gesellschaft, um Parteien auch als sogenanntes „*Sprachrohr des Volkes*“ bezeichnen zu können. Dabei ist es eine zentrale Aufgabe, verschiedenste Strömungen einer Gesellschaft wahrzunehmen und zu integrieren. Vor allem die großen Volksparteien haben dies als ihre besondere Herausforderung wahrgenommen (vgl. Fabian Magerl 2009: 56).

Die Parteien schaffen es immer weniger, die Gesellschaft an sich zu binden. Ihr Steuerungsvermögen gesellschaftlicher Prozesse und ihre Problemlösungskompetenzen werden zunehmend angezweifelt. Inzwischen gehören die „Politikverdrossenheit“ und die „Parteienkrise“ dem typischen Parteialltag an (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 11).

3.3. Parteiforschungsansätze über die Rolle der Organisation

Bereits die klassischen Studien der Parteiforschung des ausgehenden 19. Jahrhunderts von Max Weber haben sich mit organisatorischen Elementen und Machtstrukturen beschäftigt (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 20). Insbesondere die Veränderung hat sich als spezifischer Themenschwerpunkt der Parteienforschung herauskristallisiert. Auch die Väter der Parteiforschung wie Moissei Jakowlewitsch Ostrogorski und Robert Michels haben sich mit diesem Thema intensiv auseinandergesetzt (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 92).

Somit war die Analyse von Parteien und dessen Organisation, eines der ersten zu erforschenden Felder (vgl. Josef Schmid und Udo Zolleis 2005:10). Ende des 20. Jahrhunderts waren es renommierte Wissenschaftler wie Angelo Panebianco, Richard Katz und Peter Mair , Klaus von Beyme, Ruud Koole und Elmar Wiesendahl, die sich eingehend mit der Organisation von Parteien beschäftigt haben (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 20).

Die Organisationsforschung bzw. „*Organizational approach*“ beschäftigt sich insbesondere mit der Organisationswirklichkeit von politischen Parteien. Wiesendahl hebt hervor, dass klassische Fragestellungen organisatorischer Natur politische Parteien, wie Beschaffenheit und Funktionsweise so vielfältig sind, dass sie deshalb heute noch ein weites Feld der Parteienforschung einnehmen (vgl. Elmar Wiesendahl 1998: 20). Die zentralen Aspekte der Parteienforschung beziehen sich auf die Themenbereiche

Ideologie, Programmatik, Organisation, Wahlen und Wahlpolitik (vgl. Theo Schiller 2010: 66).

Erste „Party Change“ Forschungsansätze gab es bereits vor dem Zweiten Weltkrieg und wurden danach weitgehend verdrängt. Sie erlangte erst wieder in den achtziger Jahren, mit der Auflockerung der Konfliktlinien das Interesse der Forschung (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 92).

Es gibt zwei Hauptströmungen, die die „Party Change“ Forschung bzw. Wandlungsforschung bestimmen. Zum einen die negativ ausgelegte Krisenwissenschaft, die sich vor allem auf die fehlerhaften Entwicklungen des Parteiwesens bezieht und zum anderen den Parteiwandel *„als einen evolutionären Entwicklungsprozess“*, der eher positiv zu verstehen ist. Die zentralen Vertreter des zweiten Stranges sind Max Weber, Sigmund Neumann und Maurice Duverger (Elmar Wiesendahl 2010: 92).

Die ältere Parteiforschung hat sich noch vermehrt mit den Elementen der Stabilität beschäftigt, wobei die neuere Forschung sich vermehrt auf die instabilen Verhältnisse bezieht. Eine weitere Unterscheidung in der Forschung findet sich in der Untersuchung des Wandels von Parteiensystemen sowie im Strukturwandel von Parteien (vgl. Elmar Wiesendahl 2010:93). Besondere Merkmale der Veränderung sind Parteiführungswechsel, veränderte Mitgliederbasis und verschobene Gruppen innerhalb der Partei (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 20). Das Innenleben einer Partei, die Binnenanalyse, darf nicht isoliert von ihrer Umwelt behandelt werden, ansonsten besteht die Gefahr, dass die Analyse zu einseitig wird (vgl. Elmar Wiesendahl 1998: 20).

Zwischen der Parteitheorie und Organisationstheorie bestehen Verbindungen, jedoch grenzen sie sich auch voneinander deutlich ab. Parteien als „freiwillige Organisationen“ sollten als Organisationsgebilde *„sui generis“* betrachtet werden und mit anderen sozialen Gebilden mit Organisationscharakter nicht gleichgesetzt werden (vgl. Elmar Wiesendahl 1998: 27).

Des Weiteren besteht die Gefahr in der Erforschung der Organisationswirklichkeit laut Wiesendahl (1998: 28) darin, sich von *„werbenden Selbstdarstellung“* und *„Ereignisinszenierung“* von Parteien blenden zu lassen.

Oskar Niedermayer stellt fest, dass es keine allgemein gültige und einheitliche Theorie über Parteien gibt, sondern vielmehr eine unzählige Anzahl von Spezialstudien.

Außerdem beschreibt er den Fokus der Parteienforschung durch die Binnenanalyse von Parteien. Dabei handelt es sich größtenteils um innerparteiliche Strukturen, Prozesse und Inhalte. Jedoch warnt er vor der Vernachlässigung der Umwelt und äußeren Prozessen, die sehr wohl immer auch Einfluss auf das Innenleben von Parteien haben (vgl. Oskar Niedermayer 2013: 68).

4. Theorien der Parteienforschung

In diesem Kapitel werden insbesondere die theoretischen Ansätze der „*Party Change*“ Forschung formuliert. Zum einen wird über den sogenannten „*Niedergang*“ oder „*Nicht*“-Niedergang der Parteien diskutiert. Welche Ansätze sprechen dafür und welche dagegen? Zum anderen werden die unterschiedlichen Typologien und Modelle der „*Party Change*“ Forschung vorgestellt (Hypothese 2).

Eine weitere theoretische Grundlage dieser Arbeit bildet die Konfliktlinientheorie. Die traditionellen als auch neuere theoretische Perspektiven werden in diesem Kapitel behandelt (Hypothese 1).

4.1. Wandel der Parteien

Der Niedergang der Parteien wird in der Forschung schon Jahrzehnte debattiert. Das Ende des Parteienstaats wurde bereits in den sechziger Jahren postuliert. Jedoch scheint die Volksweisheit „*Totgesagte leben länger*“ in diesem Fall zuzutreffen. Die gängigsten Prognosen zu dieser Zeit lauteten: „*Parteien in den Wechseljahren*“, „*Ratlose Riesen*“ und „*Legitimationskrise des Parteiensystems*“ (vgl. Ulrich Sarcinelli 2009: 98).

In dieser Zeit nahm die Politikverdrossenheit in Europa zu und die Parteien kamen somit immer mehr ins Visier kritischer Betrachtungen. Ursprünglich galt für die Parteiendemokratie, dass die Schwäche der einen Partei, die Stärke der anderen sei. Diese Grundannahme veränderte sich zunehmend in eine allgemeine Schwäche der Parteien (vgl. Hubert Kleinerst 2009: 39). Die negativen Vorhersagen der heutigen Zeit haben sich kaum verändert. Die Angst, dass Parteien die Krise nicht überstehen könnten ist groß.

Die Symptome der Krise sind nach Detterbeck der Mitgliederschwund, die sinkende Wahlbeteiligung, die steigende Zahl der Wechselwähler, die Zersplitterung der Parteienlandschaft und die Politikverdrossenheit im Allgemeinen (vgl. Klaus Detterbeck 2009: 305). David Gehne und Tim Spier argumentieren hingegen, dass die Beständigkeit der Parteien in den siebziger Jahren ein Ausnahmezustand war. Die Bedingungen hierfür könnten das hohe Wirtschaftswachstum, das finanzkräftige Staatswesen und der allgemeine Wohlstand gewesen sein (vgl. David Gehne/ Tim Spier 2010: 10).

Für die Parteien wird es immer schwieriger, Prognosen zu treffen. Schließlich werden WählerInnen, Mitglieder, Verbände und Medien vermehrt unberechenbar. Die derzeitige Mediendemokratie gestaltet sich als sehr intransparent und schwankend. Verantwortlich dafür sind die Wertverschiebung, Individualisierung, gesellschaftliche Fragmentierung und voranschreitende Mediatisierung (vgl. Josef Schmid/ Udo Zolleisen 2005: 11). So bemerkt Bernhard Vogel, dass die strukturellen Gründe für die Krise der Volksparteien, der Niedergang des sozialen Milieus sind, als auch die Schwierigkeiten des Mittelstandes und das mangelnde Interesse an Politik bei jungen Menschen. Jedoch sieht Vogel das größte Manko bei den Volksparteien selbst (vgl. Bernhard Vogel 2009: 71).

Die Bedeutung bzw. der Bedeutungsverlust der Politik respektive der Parteien kann durch eine rationale Sichtweise erklärt werden. So stellt Ulrich Sarcinelli fest, dass die Einflussmöglichkeiten einer Partei sich auf eine Kosten/Nutzen Rechnung beziehen. Darin sieht er auch die Schwierigkeiten und Anreizschwächen der Parteien (vgl. Ulrich Sarcinelli 2009: 114).

Österreich wird als Land mit einer besonders hohen Mitglieder- und Organisationsdichte angeführt. In den sechziger Jahren waren noch 26% der Bevölkerung Mitglied einer Partei wogegen es heute nur noch 15% sind (vgl. Klaus Detterbeck 2009: 289).

Jedoch argumentiert Ulrich Sarcinelli, dass diese Niedergangsszenarien historisch betrachtet nicht zutreffend sind, denn der Erfolg der Parteien stellt kein Kontinuum dar. Vor allem im europaweiten Vergleich schneidet das österreichische Parteiensystem immer noch positiv ab, da dieses als sehr stabil gilt (vgl. Ulrich Sarcinelli 2006:99).

Es sind vor allem kleinere Länder in Europa die besonders viele Parteimitglieder verbuchen können. Hingegen haben die größten Länder in Europa wie Deutschland, Großbritannien und Frankreich den geringsten Anteil an Parteimitgliedschaften (vgl. Ulrich von Alemann/ Tim Spier 2008: 31).

Wobei Ulrich von Alemann und Tim Spier zu bedenken geben, dass die bevölkerungsärmeren Länder auch mehr Parteimitglieder verloren haben. Österreich zählt dahingehend im Zeitraum zwischen 1980 und 2000 mit einem Verlust von 10,8 Prozentpunkten zu den größten Verlierern (vgl. Ulrich von Alemann/ Tim Spier 2008: 32).

Jedoch kommt es nicht nur auf die Anzahl der Mitglieder an, sondern vielmehr auch auf ihre Aktivität. Wenn nur inaktive Mitglieder wegfallen würden, hätte dies keine Konsequenz für die Parteiorganisation (vgl. Ulrich Alemann/ Tim Spier 2008: 38).

Bernhard Vogel postuliert, dass die Volksparteien noch nicht ausgedient haben und verweist auf die Rolle der Volksparteien als Stabilisator und Rückgrat des parlamentarischen Regierungssystems. Deshalb verweist er auf die Wichtigkeit der positiven Entwicklung von Volksparteien im Allgemeinen (vgl. Bernhard Vogel 2009:72).

Für Wiesendahl ist klar, dass bei näherer Analyse das Krisenhafte eine bloße Facette des Wandlungs- und Modernisierungsprozesses ist. Des Weiteren argumentiert er, dass der „Krise“ das „Überraschungs- und Bedrohungsmotiv“ fehlen würde. Er vertritt die Meinung, dass Parteien genügend Zeit haben, um sich der Veränderung anzupassen (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 94).

Schließlich sind Parteien als reaktionsfähige Organisationen zu verstehen, die das Potential haben, sich an gesellschaftliche Bedingungen anzupassen (vgl. David Gehne/ Tim Spier 2010: 10). So argumentiert auch Fabian Schalt, dass Parteien ihre Krise überwinden können, wenn sie sich auf die gesellschaftlichen Veränderungen einlassen. Eine Schlüsselposition sieht Schalt vor allem im organisatorischen Bereich (vgl. Fabian Schalt 2009:10). Dass Parteien sich bereits im Wandlungsprozess befinden, lässt sich sowohl am veränderten Parteienumfeld als auch an der abgewandelten Struktur und Funktionsweise der Parteien erkennen (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 94).

Hingegen ist die Gründung der neuen Parteien ein Zeichen für die Unzufriedenheit der WählerInnen. Zugleich wird dadurch auch die bereits beschriebene Unzulänglichkeit der Volksparteien sichtbar. Da diese durch den sogenannten „Pragmatismus der Mitte“ bestimmte Themen nicht mehr bedienen (können). Des Weiteren entsteht dadurch ein chronischer Mangel an Oppositionen. Die neuen Parteien versuchen diese Lücken mehr oder weniger erfolgreich zu decken. Auch Elmar Wiesendahl merkt an, dass Parteien ihre Konturen verloren haben. Vor allem Mitgliederparteien sind nur sinnvoll, wenn eine Abgrenzung zu den anderen Parteien besteht (vgl. Elmar Wiesendahl 2009: 251).

Fabian Magerl schreibt, dass *„Parteien, die dauerhafte Defizite aufweisen, sich unabhängig von den staatspolitischen Unzulänglichkeiten nicht dauerhaft behaupten werden können, da der demokratische Wettbewerb zu Veränderungsmechanismen führen wird“* Fabian Magerl (2009: 53).

Dabei verweist er auf Adam Smiths „unsichtbare Hand“-Prinzip und hebt außerdem hervor, dass dieser Selbstreinigungsprozess nur in Demokratien möglich ist. Somit stellt ein Wandel des Parteiensystems kein Defizit dar, sondern darf als Stärke der pluralistischen Demokratie gesehen werden (vgl. Fabian Magerl 2009: 62).

Der Erfolg der Parteien kann durch verschiedene organisatorische Handlungen gelenkt werden. Die wichtigsten Faktoren sind: Disziplin, geschlossenes Auftreten, schlüssige Programmatik und positives parlamentarisches Handeln. Schmid und Zolleis weisen darauf hin, dass zwischen Erhalt der Mitglieder und Erfolg an der Wahlurne ein Zielkonflikt entstehen kann. Durch die ansteigende Wählerfluktuation konzentrieren sich die Parteien auf die politische Mitte, um eine größtmögliche Anzahl an potentiellen WählerInnen zu erreichen. Dies wiederum führt zu Konflikten innerhalb der Partei. Somit kann *„Themenhopping“* zu einem sinkenden politischen Vertrauen führen (vgl. Josef Schmid/ Udo Zolleis 2009: 276f).

Uwe Jun bestätigt dieses Argument und schreibt:

„Als gesellschaftliche Akteure haben sie – zumindest in den meisten westlichen Demokratien – einen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen, der sich insbesondere an der zurückgehenden Zahl ihrer Mitglieder und Stammwähler wie an ihrer geringeren Machtposition im gesellschaftlichen Gefüge festmachen lässt. Die Gründe dafür sind vielfältig, zum Teil bei den Parteien selbst zu suchen hauptsächlich jedoch in gesellschaftlichen und politischen Veränderungsprozessen zu finden“ (Uwe Jun 2009: 236).

Vogel schildert diesbezüglich ebenfalls die Risse des demokratischen Fundaments. Dabei beschreibt er die aufkommenden Zweifel am demokratischen System und die Häufung von kritischen Haltungen gegenüber Politik und PolitikerInnen. Außerdem argumentiert er, dass zeitgleich die Wahlbeteiligung sinkt, jedoch die radikalen Bewegungen gewinnen (vgl. Bernhard Vogel 2009: 64). Dadurch wird die politische Mitte immer kleiner und der äußere Rand wird durch neue Bewegungen gestärkt.

Es gelingt politischen Parteien immer weniger Loyalität und langfristige Bindungen zur Gesellschaft herzustellen. Uwe Jun stellt dahingehend fest, dass eine „gesellschaftlich akzeptierte Entscheidungsfindung über Konsens- und Kompromisslösungen von unterschiedlichsten Kleinstgruppen“ den politischen Parteien grundsätzlich Schaden zufügt (vgl. Uwe Jun 2009: 240).

Nach Klaus Detterbeck wächst die Unzufriedenheit mit dem elitezentrierten Politikstil. Junge Menschen suchen daher eher nach sozialen Bewegungen und Anti-Globalisierungskampagnen (vgl. Klaus Detterbeck 2009: 295). Es kann festgehalten werden, dass im Fokus der neueren Parteiforschung die organisatorische Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel steht (vgl. Klaus Detterbeck 2009: 289).

Eine besondere Stabilität findet sich jedoch in den Funktionen von Parteien. Michael Th. Greven formuliert, dass die wichtigsten Aufgaben der Parteien im demokratischen politischen Prozess weiterhin erfüllt werden können. Schließlich behindert die „Europäisierung“, „Transnationalisierung“ und „Globalisierung“ diesen Prozess nicht (vgl. Michael Th. Greven 2010: 234). Somit bleiben auch Parteien in repräsentativen Demokratien ein wichtiger Bestandteil. Man kann von keinem Niedergang der Partei sprechen, sondern nur von tiefgreifenden Veränderungen. Durch die unterschiedlichen Kategorisierungen hat man versucht, dem Formwandel einen Namen zu geben (vgl. Michael Th. Greven 2010: 234).

Auch Herbert Kitschelt unterstützt dieses Argument:

„Parties remain the key collective actors that aggregate political interests within the given political- economic settings and are charged with governing, a process that involves working out policy compromises in order to assemble winning coalitions according to democratic decision making criteria. Neither social movements nor functionally specialized interest groups could ever hope to fill the void parties would leave behind, if they ceased to serve as engines of interest articulation and aggregation.“
(Herbert Kitschelt 2000: 176).

Uwe Jun relativiert ebenfalls den sogenannten „Relevanz-Verlust“ der Parteien. Schließlich sind nach Jun die Regierungsbildung und die Rekrutierung des politischen Personals sogar „exklusive“ Aufgaben der politischen Parteien in parlamentarischen Demokratien. Somit hält Jun explizit fest, dass Parteien zwar häufig kritisiert werden,

aber sich dennoch als „*unentbehrlich und alternativlos für das Funktionieren parlamentarischer Demokratien herausgestellt*“ haben (vgl. Uwe Jun 2009: 244).

Selbst aus Sicht der amerikanischen Parteienforschung möchte man rein aus demokratischer Perspektive nicht auf Parteien verzichten. Schließlich erfüllen sie wichtige Funktionen wie den Antritt zu Wahlen, Repräsentation gesellschaftlicher Interessen, Bildung der Regierung und die Organisation parlamentarischer Arbeit (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 11).

Jedoch hat es in der Geschichte immer wieder gegenteilige Ansichten dazu gegeben. Insbesondere durch ihre Machtstellungen haben Parteien an Beliebtheit eingebüßt. Dabei spricht Detterbeck von einem sogenannten „Anti-Parteien-Affekt“. Die allgemeine Skepsis gegenüber Parteien scheint in der heutigen Zeit immer größer zu werden (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 11). Auch wenn es schon immer Krisen oder Kritik an Parteien gegeben hat sind die Herausforderungen der heutigen Zeit groß. Zwischen Mediatisierung, Globalisierung und Europäisierung sind es wahrscheinlich so viele Ebenen wie noch nie, die auf die Parteien einwirken.

4.2. Typologisierung und Organisationsstruktur

Die moderne „Party Change“ Forschung beschäftigt sich mit der Fortbeschreibung des Stufenmodelles der Parteientwicklung bzw. mit der nachfolgenden Typologie der Volksparteien. Grundsätzlich werden drei Epochen der Verlaufstypologie der Parteienentwicklung unterschieden (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 93).

Dabei spricht man bis zum Ende des 19. Jahrhunderts von *Eliten-, Honoratioren- oder Rahmenparteien* (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 93). Es handelte sich um bürgerliche Parteien, die nur aus einem losen Bündnis von Honoratioren bestanden und keine Mitgliedschaften pflegten (vgl. Ulrich von Alemann/ Tim Spier 2008: 33).

Diese Form wurde im 20. Jahrhundert von den weltanschaulichen und klassenbezogenen *Massen- und Massenintegrationsparteien* abgelöst (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 93). Das zentrale Kennzeichen von Massenparteien ist die politische Identität und die Parteimitgliedschaft. Insbesondere durch die finanzielle Konkurrenz zur Honoratiorenpartei mussten die Ressourcen durch die eigenen Mitglieder kompensiert werden. Die Massenpartei war die erste Form der Mitgliederpartei und gab der Bevölkerung erstmalig die Chance, politisch aktiv zu sein. Nach dem Zweiten

Weltkrieg hat sich der Typus der Massenpartei auch über rein sozialistische Parteien hinaus durchgesetzt (vgl. Ulrich Alemann/ Tim Spier 2008: 33).

Nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten sich die *Volksparteien bzw. die Catch-all Parteien*, die sich von spezifischen Weltanschauungen und Klassen wiederrum lossagten (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 95). Mit dem Strukturwandel von Parteien und dem Zeitalter der Volksparteien beschäftigte sich insbesondere Otto Kirchheimer (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 93). Die Parteiführung hat auf Kosten der Mitglieder ihre Vormachtstellung innerhalb der Parteien ausgeweitet. Jedoch kann in diesem Modell der Parteien nicht gänzlich auf die Mitglieder verzichtet werden, sie werden noch für Finanzierungs- und Mobilisierungszwecke aktiviert (vgl. Ulrich von Alemann/ Tim Spier 2008: 33). Die Volksparteien orientieren sich vermehrt in Richtung WählerInnen. Durch die soziale Heterogenität wird das einzelne Parteimitglied entwertet und auch ideologisch und organisatorisch ist die Volkspartei nur „dünner“ strukturiert (vgl. Klaus Detterbeck 2009: 293). Es handelt sich auch um eine Volkspartei, wenn die Struktur auf die Parteiführung abzielt. Außerdem ist ein relativ großer Anteil an Mitgliedern auch ein Zeichen für eine Volkspartei (vgl. Uwe Jun 2013: 126f.).

Die Problematik der Volkspartei ist bereits in ihrem Namen zugrunde gelegt. Ihr Ziel ist es, alle möglichen WählerInnen zu erreichen, jedoch pflegen sie durch ihre Pfadabhängigkeit ein bestimmtes Image. Dieses Image bzw. die Außenwahrnehmung der WählerInnen baut auf vergangenen Konfliktlinien und Mentalitäten auf. Auf der einen Seite fühlen sich StammwählerInnen vernachlässigt und auf der anderen Seite kann dadurch nie die gesamte Bevölkerung erreicht werden (vgl. Uwe Jun 2013: 131).

In den neunziger Jahren begannen die Diskussionen über das veränderte politische System und die Weiterentwicklung der Massen- und Allerweltparteien (vgl. Ulrich Alemann/ Tim Spier 2008: 33). Richard S. Katz und Peter Mair haben bereits im Jahr 1992 ein Modell der „*Kartellpartei*“ vorgeschlagen (vgl. Richard S. Katz/ Peter Mair 2009: 753f.).

„The cartel party thesis holds that political parties increasingly function like cartels, employing the resources of the state to limit political competition and ensure their own electoral success. The thesis has been subject to varied empirical testing and to substantial theoretical evaluation and criticism“ (Richard S. Katz/ Peter Mair 2009: 753).

Peter Mair verweist auf die Bewegung der Parteien hin zum Staat und weg von der Gesellschaft. Sie argumentieren weiter, dass die Massenpartei („*the classic mass party phase*“) noch fest in der Gesellschaft verankert war und die Volkspartei („*the classic catch all party phase*“) noch zwischen Volk und Staat agierte (vgl. Peter Mair 1994: 8). Wohingegen die Kartellpartei: „...*move closer to becoming part of the state, and remain at quite a remove from civil society*“ (Peter Mair 1994: 8).

Bei den Kartellparteien wird das einzelne Parteimitglied gestärkt durch interne Abstimmungen. Parteivorstände und die Partei geraten dabei in den Hintergrund. Daraus resultiert nach Detterbeck ein größerer Handlungsspielraum für die professionalisierte Parteispitze. Im Gegensatz dazu verliert die Partei die Bindung zur Basis (vgl. Klaus Detterbeck 2009: 293). Nach Detterbeck wird die legitimierende Funktion der Mitglieder wichtiger, jedoch deren Einfluss geringer. Die Kartelltheorie mit dem Paradigma der Professionalisierung erfasst demnach das heute geltende Modell (vgl. Klaus Detterbeck 2009: 295). Insbesondere die Ressourcenknappheit drängte die Parteien dazu, sich vom Staat absichern zu lassen (vgl. Elmar Wiesendahl 2010:97).

Des Weiteren zielen Kartellparteien auf BerufspolitikerInnen mit „Managerkompetenzen“ ab und beziehen ihre finanziellen Mittel vom Staat. Das meiste Geld der Parteien fließt somit in „professionalisierte“ Wahlkämpfe. Die Parteispitze ist nicht mehr von der Parteibasis abhängig und verfügt über eine üppige Handlungsautonomie (vgl. Richard Katz/ Peter Mair 1995: 20f.).

Die Parteibasis und auch die Parteiaktiven haben an Einfluss verloren und können weniger Druck auf das „*Party central office*“ oder auf das „*Party in public office*“ ausüben. Somit kommt es zwischen den verschiedenen Parteiebenen zu mehr Autonomie (vgl. Peter Mair 1994: 12). Die Kartellpartei entspricht keiner realtypischen Partei. Sie dient lediglich dazu, eine Tendenz der Parteienentwicklung vorzugeben und daran Veränderungen zu erfassen (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 99).

Bereits in der Nachkriegszeit werden Großparteien als geschlossene Gesellschaft und „*Quasi-Staatsparteien*“ bezeichnet. Dies würde bedeuten, dass das Phänomen der Kartellbildung bereits in den sechziger Jahren existiert hätte und somit der Unterschied zu den Volksparteien zu gering sei (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 100).

Außerdem kritisiert auch Ruud A. Koole die Kartellpartei von Katz und Mair in der Ausgabe von *Party Politics* im Jahr 1996. Koole argumentiert zum einen, dass eine klare Begriffsdefinition fehlt und zum anderen, dass individuelle Parteien nicht

charakterisiert werden. Außerdem beanstandet Koole weiter, dass die Idee des Kartells alle entscheidenden Konkurrenten in einem „Markt“ involviert (vgl. Ruud Koole 1996: 508). Dabei stellt sich Koole folgende Frage: *„How, then, can the term be applied to only some of the competing (major) parties, which together may not have a clear electoral „market dominance?“* (Ruud Koole 1996: 508).

Nicht nur Ruud Koole (1996) kritisiert den Typus der Kartellpartei, auch andere Wissenschaftler verweisen später auf verschiedene Argumente die gegen diesen Typus sprechen (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 101). Wie beispielsweise auch Herbert Kitschelt (2000), er verweist auf zwei Argumente die gegen einen Durchbruch der Kartellpartei von Katz und Mair sprechen. Diese lauten:

„First, the existing parties band together and constrain the voters' choice among alternatives. Second, existing parties can discourage the entry of new parties (e.g., through public party finance only to existing parties) or neutralize, coopt, or marginalize all those parties unwilling to join the cartel“ (Herbert Kitschelt 2000: 166).

Des Weiteren stellt Herbert Kitschelt fest, dass sich die vermehrte Kartellentwicklung parallel zu einem erweiterten Parteienwettbewerb vollzogen hätte und unterstreicht die Schwäche der Kartellparteien. Dabei verweist er insbesondere auf die mangelnde strategischer Mobilität der Kartellparteien durch die verschiedenen Interessensgruppierungen, die ein sogenanntes Vetorecht bei den Entscheidungen besitzen (vgl. Herbert Kitschelt 2000: 171).

Jedoch gibt es Ähnlichkeiten zwischen der Kartellpartei und der *modernen Version der Kaderpartei* nach Duverger von Ruud A. Koole. Auch sie haben nur noch eine geringe Anzahl an Mitgliedern und nur einen Kader an Aktivisten. Sie können ebenfalls beide nicht mehr als Massenpartei deklariert werden. In der modernen Kaderpartei ist auch die Parteispitze zentral, aber im Unterschied zur Kartellpartei sind sie der Parteibasis weiterhin verantwortlich (vgl. Ulrich Alemann/ Tim Spier 2008: 35).

Die *Netzwerkpartei* („*network-party*“) der norwegischen Forscher Knut Heidar und Jo Saglie (2003) ist ein Nachfolgemodell der modernen Kaderpartei. Jedoch möchte man sich von dem Begriff der Kaderpartei distanzieren, da es zum einen der leninistischen Kaderpartei sehr ähnlich scheint (Knut Heidar und Jo Saglie 2003: 221f). Die zentralen Strukturen der Netzwerkpartei sind jedoch der modernen Kaderpartei von Koole sehr

ähnlich. Es wird großer Wert auf innerparteiliche Demokratie gelegt (vgl. Knut Heidar und Jo Saglie 2003: 222).

Konkreter beschreiben die Forscher Heidar und Saglie die Netzwerkpartei im folgenden Absatz:

The characteristics describing the network parties are a mixture of 'cadre' and 'mass' elements. The main tension we expect to find within the network parties is between internal party democracy and the party elite with its professional staff acting in the media-driven public arena. Politically, the party elite will adapt quickly to a transient and turbulent external market, while at the same time anchoring its policies in party manifestos – or at least the elite will try to convince the party faithful that, under challenging circumstances, this is what it is doing (Knut Heidar und Jo Saglie 2003: 222).

Die Netzwerkpartei zeichnet sich insbesondere durch ihre informellen Prozeduren aus. Parteiprogramme und Strategien werden somit innerhalb der Partei formuliert und entwickelt (vgl. Alemann Ulrich und Tim Spier 2008: 35.f.).

Ulrich von Alemann und Tim Spier loben das realistische Spannungsverhältnis zwischen Parteibasis und Parteispitze. Wobei es bei der Darstellung der unterschiedlichen Typologien nicht um eine präzise Darstellung der Realität geht, sondern vielmehr um die Konzeption eines Idealtypus, um die komplexe Wirklichkeit besser verstehen zu können (vgl. Alemann Ulrich und Tim Spier 2008: 35.f.). Der größte Anteil der Parteien hat keinen Einfluss auf die Organisation und Zentralisierung von Macht. Somit bleiben die etablierten Organisationsstrukturen der Mitglieder bestehen, obwohl die Mitgliederzahlen sinken. Dies bestätigen die Thesen der modernen Kaderpartei und der Netzwerkpartei (vgl. Alemann Ulrich und Tim Spier 2008: 35.f.).

Der Ursprung der „*professionalisierten Wählerpartei*“ von Angelo Panebianco (1988: 21f.) befindet sich in der Volkspartei bzw. Catch-all Partei von Otto Kirchheimer. Die Kennzeichen einer „*professionalisierten Wählerpartei*“ sind Professionalität, Spezialisierung, elektorale Funktionen, moderne Kommunikation und personalisierte Parteiführung. Dadurch erhalten die Parteikader einen Autonomiegewinn (vgl. Frank Decker/ Anne Kathrin Oeltzen 2009: 261).

Klaus von Beyme hält auch die „*Wählerparteien der Berufspolitiker*“ für eine Möglichkeit. In diesem Entwicklungsstadium kann man bereits den inhaltlichen und organisatorischen Wandel von Parteien erkennen (vgl. Klaus von Beyme 2009: 25). Berufspolitiker haben die Absicht, ihre Karriere staatlich abzusichern. Die entscheidenden Merkmale des „Profi“-Politikers sind der Wählerinstinkt und Managerqualitäten. Es bedarf einer hohen Kapitalgrundlage durch mediale Materialschlachten der Berufspolitikerparteien. Diese lässt sich durch staatliche Finanzierungen und spezifischen Spenden jedoch aufbringen (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 102). Elmar Wiesendahl argumentiert, dass das Modell von Klaus von Beyme auch Erklärungsdefizite aufweist und kritisiert dass: „*das Merkmalsprofil der Berufspolitikerpartei (...) zu sehr dem Erscheinungsbild der Volkspartei, um von einem originären Parteityp sprechen zu können*“ ähnelt (Elmar Wiesendahl 2010: 105). Jedoch ist sich von Beyme der Schwäche seines Modells im Klaren und fixiert sich nicht auf seinen Begriff der Berufspolitikerpartei. Er lehnt sich auch an die Begriffe der „*professionalisierten Wählerpartei*“ von Angelo Panebianco (1988) oder der „*Wählerpartei der Berufspolitiker*“ an (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 105).

Aus der Sicht von Ulrich Sarcinelli hat sich das politische System zu einer Mediendemokratie entwickelt. Demnach sind Parteien unter einem neuen Typus der Medienparteien zu verstehen (vgl. Ulrich Sarcinelli 2009: 111).

Uwe Jun schließt sich diesem Ansatz an und gründete das Modell der „*professionalisierten Medienkommunikationspartei*“. Dabei argumentiert er, dass die Medienlogik und „elektorale Gesichtspunkte“ die zentralen Ursachen für den Wandel der „modernen“ Großparteien sind (vgl. Uwe Jun 2004: 114). Außerdem formuliert Jun, dass ideologische Grundsätze im Parteienwettbewerb sich verschoben haben und daher Neuparteien mit einzelnen Programmenthemen „begünstigt“ sind (vgl. Uwe Jun 2009: 244).

Uwe Jun nennt fünf Kernelemente der „*professionalisierten Medienkommunikationspartei*“:

- „(1) *Professionelles Kommunikationsmanagement,*
- (2) *Anpassung von Themen und Personal an die vorherrschende Medienlogik,*
- (3) *Orientierung an einzelnen Issues anstatt an kohärenten programmatischen und sinnstiftenden Entwürfen,*

- (4) *Wahrnehmen von wesentlichen Kompetenzen durch ein strategisches Machtzentrum,*
- (5) *Bedeutungsrückgang der aktiven Mitglieder als Ressource*“ (Jun Uwe 2004: 115).

Für Uwe Jun steht fest, dass „*der Medienwandel und der damit einhergehende erhöhte Medienkonsum die Parteien des Weiteren vor gravierende neue Herausforderungen*“ stellt (Uwe Jun 2009: 244). Auch von Alemann und Spier folgen dem Typus der „professionalisierten Medienkommunikationspartei“. Der Fokus dieses Typus liegt in der elektoralen und medialen Anforderung der Parteien als Begründung der verschiedenen Veränderungsprozesse. Das Zentrum der Macht geht von verstärkten Effizienz- und Kommunikationserfordernissen aus. In diesem Typus verlieren die Mitglieder und die AktivistInnen verstärkt an Bedeutung (vgl. Ulrich von Alemann/ Tim Spier 2008: 34).

Jun merkt an, dass die Typologisierung in unterschiedlichen Systemen verschiedene Auswirkungen hat. Bei der Klassifizierung von gewissen Typen geht es nur um eine tendenzielle Entwicklung und Veränderungen der Parteien (vgl. Uwe Jun 2013: 130). Die Forschung ist sich einig, dass sich in den letzten 100 Jahren ein Wandel der Parteien vollzogen hat. Jedoch bleibt eine gewisse Unschlüssigkeit gegenüber den verschiedenen Typologien (vgl. Uwe Jun 2013: 128).

Es werden verschiedene Typologien in der Forschung nach wie vor diskutiert, wie die „Kartellpartei“ von Richard Katz und Peter Mair, oder die „Berufspolitikerpartei“ von Klaus von Beyme sowie die „professionalisierte Medienkommunikationspartei“ von Uwe Jun (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 110). Kirchheimer und Wiesendahl haben den Typus der Volkspartei jedoch nicht vollständig verworfen (vgl. Uwe Jun 2013: 128).

Für Wiesendahl können Volksparteien durch ihre hybride und lose verkoppelte Organisationsstruktur in verschiedenen Typologien ihren Platz finden. Demzufolge ist er der Ansicht, dass die Wählerpartei, die Berufspolitikerpartei und die Medienpartei sich nicht gegenseitig ausschließen. Somit verweist er auf die Vereinbarkeit der verschiedenen typologischen Modelle und postuliert, dass die verschiedenen Typen sich von dem gleichen Wandlungsphänomen ableiten. Daraus zieht Wiesendahl den Schluss, dass sich daraus wiederum ein einheitlicher Nachfolgetypus der Volkspartei ergibt (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 13).

Uwe Jun verweist auf vielerlei Gründe, warum Großparteien insbesondere normativ am Modell der Mitgliederpartei festhalten. Hinsichtlich der Legitimation und der Finanzierung bleiben Mitglieder ein wesentliches Element. Aber auch die Rekrutierung des zukünftigen politischen Personals bringt pragmatische Vorteile der Mitgliedschaft insbesondere für Parteien mit sich. Außerdem fungieren „aktive“ Mitglieder auch als unbezahlte WahlkampfhelferInnen (vgl. Uwe Jun 2009: 249).

4.3. Konfliktlinientheorie

Das 19. und 20. Jahrhundert, war das Jahrhundert der industriellen Revolution und Nationenbildung. In dieser Zeit waren die Konfliktstrukturen besonders ausgeprägt und gehen mit Parteigründungen einher. Das klassische *Cleavage/Konfliktlinien-Modell* von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (1967) erklärt die „Stabilität“ der Parteien bis in die sechziger Jahre (vgl. Uwe Jun 2009: 237). Es gibt vier zentrale Konfliktlinien, die auf zwei verschiedene Ereignisse aufbauen:

„Two of these cleavages are direct products of what we might call the National Revolution: the conflict between the central nation-building culture and the increasing resistance of the ethnically, linguistically, or religiously distinct subject populations in the provinces (1) and the peripheries; the conflict between the centralizing, standardizing, and mobilizing Nation-State and historically established corporate privileges of Church (2). Two of them are products of the Industrial Revolution: the conflict between the landed interests and the rising class of industrial entrepreneurs (3): the conflict between owners and employers on the one side and tenants, laborers, and workers on the other (4)“ (Seymour M. Lipset und Stein Rokkan 1967: 14).

Diese vier Stadien bzw. Konfliktlinien sind bis in die sechziger Jahre prägend für die Entwicklung der Massendemokratie. Wobei Jun hervorhebt, dass insbesondere Arbeit und Kapital für das 20. Jahrhundert am bedeutendsten sind (vgl. Uwe Jun 2009: 237).

Bei einer klassischen Interpretation handelt es sich um die Gegensätze in politischen Konflikten. Jedoch kann nicht jede Trennlinie eine politische Verwendung finden. Eine weitere Deutung bezieht sich viel mehr auf soziale Differenzen von Gruppierungen.

Diese Abgrenzung der verschiedenen Gruppen kann, aber muss nicht, sehr groß sein (vgl. Martin Elff 2006: 46).

Uwe Jun stellt fest, dass Konfliktlinien die Grundlage für „ausgeprägte“ soziale Milieus bilden und somit auch eine starke Bindung zur jeweiligen politischen Partei herstellen. Insbesondere soziale Homogenität und kollektive Identität zeichnen soziale Milieus aus. Außerdem gilt das Milieu als Ausdruck gemeinsamer Werte und „Basis der parteipolitischen Organisation“. Die Organisation ermöglicht den Milieus sich ins politische System einzubringen und ihre Interessen mit „Nachdruck“ zu vertreten (vgl. Uwe Jun 2009: 237).

Demnach beschreibt Peter Lösche Parteien als „Ausdruck“ des Interessenkonfliktes. Die Interessen werden artikuliert und politisch organisiert mit dem Ziel den Konflikt zu überwinden. Dabei betont Lösche auch den Willen der Parteien an staatlicher Macht teilzunehmen (vgl. Peter Lösche 1994: 22).

Nach Sarcinelli sind demnach Parteien nicht ausschließlich als amorphe Großorganisationen oder gar Machtbeschaffungs- und Machterhaltungsapparate zu verstehen. Aus parteiinterner Sicht begreift man sich als „Gesinnungsgemeinschaft“, die Verbindungen zu sozialen Gruppierungen schafft und organisiert (vgl. Ulrich Sarcinelli 2009: 107).

Klaus Detterbeck argumentiert, dass für die Stabilität eines Parteiensystems das „Einfrieren“ des Parteiensystems entscheidend ist. Wenn ein enges Marktangebot besteht und die wenigen Parteien es schaffen eine enge und belastbare Bindung zur Bevölkerung aufzubauen, haben neue politische Kräfte kaum Einfluss. Diese Zeit war für Parteien gekennzeichnet durch Mobilisierung der Anhänger, Schaffung von politischen Identitäten und ein stabiles Wahlverhalten (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 40f.). Unter diesen Umständen können verschiedene gesellschaftliche Teile in die unterschiedlichen Parteien aufgenommen werden. Jeder Bürger und BürgerIn fühlt sich in einem spezifischen Lager aufgefangen und somit sind Wahlen kein variabler Prozess, sondern vielmehr eine Bestätigung der vorherrschenden Verhältnisse (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 45). Die Phase der Instabilität entwickelte sich in allen westlichen Demokratien in den sechziger Jahren. Dies beweisen vor allem die sinkenden Wahlergebnisse der unterschiedlichen Länder und Parteien. Die Erfolgskurve der etablierten Parteien hat sich radikal verändert und die Neugründung anderer Parteien hat zugenommen. Außerdem gibt es weitere Indikatoren für den Wandel und die Instabilitätsphase der etablierten Parteien. Sowohl die rückläufigen Mitgliederzahlen,

die Distanz der jungen Menschen als auch, dass schlechte Image der Parteien sind die prägnanten Merkmale (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 46). Eine sinkende Wahlbeteiligung bedeutet, dass Parteien die Verbindung zur Bevölkerung nicht mehr herstellen können. In der Parteiforschung spricht man hierbei von „*Party Dealignment*“ bzw. der Erschütterung der organisatorischen und ideologischen Bindung (vgl. Klaus von Beyme 2000: 43f).

Jedoch muss eine nachlassende Bindung nicht automatisch eine Nicht-Beteiligung herbeiführen. Es besteht auch die Möglichkeit, dass sich BürgerInnen zu einer anderen Partei hingezogen fühlen. In diesem Fall spricht man von einem „*Party Realignment*“. Als Beispiel wird bei Detterbeck die Gründung der grünen Partei angeführt. Schließlich bedienen grüne Parteien postmaterielle Werte die auch als neue Konfliktlinie gewertet werden dürfen. Bei einem „*Party Realignment*“ verlieren die politischen Konfliktlinien nicht an Prägungskraft (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 48f.).

Das Verhalten bei Wahlen war insbesondere in der Nachkriegszeit geprägt von klaren Konfliktlinien. Die Zugehörigkeit zu einer gewissen Klasse oder Kirche waren zu jener Zeit für den Ausgang der Wahlen und somit für Parteien entscheidend. Die Themen wie Alt/Neu und nationale Interessen/supranationale Interessen spielten zu dieser Zeit eine sekundäre bis gar keine Rolle (vgl. Reinhold Gärtner 1999:10).

Martin Dolezal erkennt folgende Problemstellung:

„Die zunehmende De-nationalisierung europäischer Gesellschaften stellt bestehende „Cleavage“ Strukturen und darauf aufbauende Parteiensysteme zunehmend in Frage (Martin Dolezal 2006: 99).

Insbesondere die Organisation (z.B europäische Parteibünde) und die Programmatik der Partei sind mit besonderen Herausforderungen konfrontiert (vgl. Martin Dolezal 2006:99). Die Globalisierung, die Individualisierung und Massenkommunikation sind einige zu überwältigende Hürden mit denen sich Parteien arrangieren müssen (vgl. Stefano Bartolini und Peter Mair 2001: 329).

Martin Dolezal beschäftigt sich mit zwei neueren Konfliktlinien und schreibt:

„Diese neuen durch den Öffnungsprozess (Europäische Integration) ausgelösten gesellschaftlichen Gegensätze lassen sich in zwei Dimensionen systematisch analysieren: einer ökonomischen und einer kulturellen. In beiden Dimensionen stehen einander offensive Einstellungen der Integration defensiven, protektionistischen Positionen der Abgrenzung gegenüber“ (Martin Dolezal 2006: 98).

Insbesondere im ideologischen als auch im organisatorischen Bereich sind die Parteien gezwungen sich anzupassen. Auf ideologischer Ebene bedeutet dies, dass das Parteiprogramm abgebaut wird. Es fehlt zunehmend an klaren Positionierungen und verbindlichen Weltanschauungen. Hingegen aus organisatorischer Sicht werden Vorfeldorganisationen und andere organisatorische Netzwerke reduziert. Parteien müssen sich dem neuen Kontext der modernen Zeit anpassen und dieser lautet: Unbeständigkeit und Unsicherheit (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 53).

Die klassischen Konfliktlinien sind im Begriff, an gesellschaftlicher Bedeutungskraft zu verlieren. Sie werden ersetzt durch ökonomische, neue und teilweise auch nicht materialistische Sichtweisen. Diese individualistischen Denkmuster der heutigen Zeit fördern diesen Prozess (vgl. Martin Elff 2006: 33).

Klaus Detterbeck verweist ebenfalls auf den gesellschaftlichen Wandel und die damit einhergehenden Veränderungen. Die Arbeiter, Selbständigen und Bauern haben sich in der modernen Gesellschaft zurück entwickelt und werden durch Beamte und Angestellte ersetzt. Dabei spricht man auch von der Entwicklung des „neuen“ Mittelstandes. Bei dieser weniger homogenen Beschäftigungsstruktur haben sich auch die sozialen Gruppierungen und ihre Bedürfnisse verändert. Durch die Steigerung des Lebensstandards, die Gründung des Wohlfahrtsstaates, die höhere soziale Mobilität und Bildung hat sich die Geschlossenheit der Gruppierungen aufgelöst. Dahingehend haben Parteien versucht, über die noch bestehenden sozialen Gruppen hinweg WählerInnen anzusprechen und haben im Zuge dessen an Profil und Konturen verloren (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 50). Die einzelnen Lebensabläufe wurden vielfältiger und haben sich individualisiert. Dies geschah auf Kosten der sozialen Verortung und einer zunehmenden Säkularisierung (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 51).

Dahingehend fügt Uwe Jun jedoch folgendes Argument hinzu:

„Bedeutungsvoller als ihre soziale Gestalt ist derzeit die symbolische Bedeutung der Konfliktlinien, weil politische Parteien diese nach wie vor aufnehmen, sie damit politische Debatten prägen und dem Wähler Orientierung für sein politisches Verhalten bieten. Insbesondere die Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital – neu übersetzt als ökonomische Dimension mit den Polen Marktfreiheit und Staatsinterventionismus zur Umverteilung materieller Güter – prägt wesentlich den politischen Wettbewerb mit“ (Uwe Jun 2009: 238).

Die neuen politischen und gesellschaftlichen Problemstellungen sind demnach zentrale Punkte dieser Arbeit neue Konflikte und Dimensionen herauszuarbeiten und hinsichtlich der einzelnen Parteien zu untersuchen.

5. Methodik

Der Fokus dieser Arbeit liegt auf dem Vergleich zwischen den neuen und etablierten Parteien. Damit wird der Frage nachgegangen, **inwiefern es sich bei der Entstehung und Entwicklung der „neuen“ Parteien, im Vergleich zu den etablierten Parteien um ein organisatorisches und inhaltliches Kontinuum handelt.**

Dabei stehen zwei zentrale Hypothesen im Mittelpunkt.

Hypothese 1 (H1): Die „neuen“ Parteien in Österreich („Das neue Österreich“ und „Team Stronach“) weisen *andere Strukturen* hinsichtlich Organisation und Programmatik auf, insbesondere im Vergleich zu den etablierten Parteien („Sozialdemokratische Partei Österreich“, „Österreichische Volkspartei“, „Freiheitliche Partei Österreich“ und „Grüne – Grüne Alternative“).

Hypothese 2 (H2): Das Phänomen der Mitgliederpartei und stabilen Lagermentalität ist heute durch instabile Machtverhältnisse gekennzeichnet. Parteien sind jedoch nicht als „Auslaufmodell“ zu verstehen, sondern befinden sich in einem *Wandlungsprozess*.

Beide Hypothesen werden methodologisch anhand eines Vergleiches untersucht. Der erste Schritt ist zunächst die Unterteilung der verschiedenen Parteien in drei Kategorien. Im österreichischen Nationalrat sind seit den letzten Wahlen im September 2013 sechs Parteien vertreten. Es gibt natürlich unterschiedliche Möglichkeiten, Parteien zu systematisieren bzw. zu kategorisieren.

Die sechs Parteien bieten in dieser Arbeit die Grundlage für den Vergleich jeweils zweier Parteien, die sowohl Ähnlichkeiten wie auch Unterschiede aufweisen. Demnach beginnt der Vergleich mit den beiden „Traditionsparteien“ SPÖ und ÖVP und wird fortgesetzt mit den „Mittelparteien“ FPÖ und Grüne. Den Abschluss bilden die „Klein- und Neuparteien“ Team Stronach und NEOs.

In dem vorherigen Kapitel (Kap. 2: Das österreichische Parteiensystem zwischen Umbruch und Kontinuum) werden die SPÖ und die ÖVP als „Großparteien“ behandelt. Die FPÖ und die Grünen galten demnach noch als „Klein- und Neuparteien“. Diese Terminologien und Kategorien haben lange Zeit die politikwissenschaftlichen Forschungsansätze geprägt. Im Zuge der aktuellen Veränderungen, die sich auch in den Wahlergebnissen der Parteien erkennen lassen, werden angepasste Einteilungen verwendet. Demnach sollen die ehemaligen Großparteien, die am meisten an Stimmen verloren haben in der vorliegenden Arbeit als „Traditionsparteien“ beschrieben werden.

Schließlich beanspruchen „Großparteien“ einen großen Teil, ab ca. 30% der Wählerstimmen, für sich. Da die SPÖ und die ÖVP diese Prozentzahl nur mehr schwerlich erreichen, scheint der Begriff der Traditionsparteien geeigneter. Die Parteien die jedoch an Stimmen gewonnen haben, wie die FPÖ und die Grünen, haben sich hingegen von „Kleinparteien“ zu „Mittelparteien“ entwickelt (vgl. Lothar Probst 2013: 519). Die „neu“ im Nationalrat 2013 vertreten Parteien werden als „Neu – und Kleinparteien“ kategorisiert.

Die Anzahl der Wählerstimmen und Mitglieder bestimmt die Kategorisierung in Groß- oder Kleinpartei. Die Kleinpartei kann wiederum in etablierte und nicht etablierte Parteien unterschieden werden (vgl. Uwe Jun/ Henry Kreikenbom 2006: 21).

Die eingeteilten Kategorien (Traditionsparteien, Mittelparteien und Neu- und Kleinparteien) verstehen sich untereinander als konkurrierend. Jedoch lassen sich innerhalb der Kategorien auch einzelne Gemeinsamkeiten feststellen. Zum einen soll die Beziehung innerhalb als auch außerhalb der Kategorie analysiert werden. Demnach wird nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Parteien und Kategorien gesucht.

Der Fokus der Untersuchung liegt auf der Entstehung und Entwicklung (Hypothese 2), die insbesondere durch historische Ereignisse skizziert wird, sowie auf der Analyse der Parteistatute und Wahlprogramme (Hypothese 1), die den organisatorischen und inhaltlichen Kontext der Parteien widerspiegeln sollen. Dadurch können Schlüsse über das System und dessen Wandel oder Kontinuität gezogen werden.

Dieser Vergleich wiederum basiert auch auf verschiedenen Typologien bzw. theoretischen Ansätzen der „*Party Change*“ Forschung und der „*Cleavage*“ Theorie. Wobei die verschiedenen Typologien die Grundlage des Vergleiches für die Hypothese 1 und 2 bilden und somit das Innere der einzelnen Parteien beleuchten. Auch äußere Einflüsse bzw. das Einwirken der jeweils „anderen“ Parteien sind Untersuchungsgegenstand in der vorliegenden Arbeit.

Nach Oskar Niedermayer gibt es verschiedene Analyseschwerpunkte bei der Binnenanalyse der Parteien. Dies sind die innerparteiliche Struktur und der Willensbildungsprozess, die Mitgliederanalyse und die inhaltlichen und programmatischen Positionierungen von Parteien (vgl. Oskar Niedermayer 2013: 72).

6. Untersuchung der Parteien

Im folgenden Kapitel wird die Vorgehensweise, die dieser Arbeit zugrunde liegt, und das zu analysierende Material beschrieben. Schließlich lassen sich Veränderungsprozesse anhand einzelner Parteien schildern. Diese werden in Kontext mit konkurrierenden Parteien gesetzt und somit verglichen. Der Vergleich berücksichtigt die bearbeiteten theoretischen Grundlagen und soll weitere Erkenntnisse, insbesondere zu den neuen Parteien liefern. Außerdem sollen die formulierten Hypothesen (1 und 2) dadurch überprüft werden. Der empirische Zugang wird durch die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2007) gewährleistet. Als Material werden die verschiedenen Satzungen der Parteien und aktuellen Wahlprogramme verwendet.

6.1. Entstehung und Gründung

Maurice Duverger formuliert zwei Arten der möglichen Neugründung der Parteien. Entweder erkennen einzelne ParlamentarierInnen, dass sie ähnliche Ansprüche und Interessen haben oder eine soziale/intellektuelle Gemeinschaft von außen strebt nach einer parlamentarischen Repräsentation. Das gesamtgesellschaftliche Ziel steht bei beiden Varianten im Vordergrund. Dabei kann ein ideologischer Unterbau unterstützend wirken (vgl. Martin Elff 2006: 71).

Durch die Herausbildung neuer Parteien kann eine interne oder externe Genese vorangetrieben werden (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 38). Somit können Parteien auf drei verschiedenen Arten entstehen. Entweder als Neugründung, Abspaltung oder Zusammenschluss (vgl. Oskar Niedermayer 2013: 66).

Außerdem kann festgehalten werden, dass sich Parteien zusammenschließen, um ein ideologisches Ziel voranzutreiben oder ihr Machtpotential zu erweitern. Vor allem die ideologische Begründung erklärt die Unterschiedlichkeit der Parteien. Dies gilt vor allem für außerparlamentarisch gegründete Parteien (vgl. Martin Elff 2006: 69f).

Ideologie kann an gesellschaftliche Veränderungen anknüpfen oder aber auch vorhandene Prinzipien unterstützen. Ideologien brauchen einen überzeugenden Charakter um bestehen zu können. Insofern haben Ideologien, die kurzfristig entstehen, gewisse Schwierigkeiten in der Gesellschaft angenommen zu werden bzw. überhaupt zu bestehen. Diese Problematik kann vor allem bei neuen Parteien festgestellt werden (vgl. Martin Elff 2006: 72).

Parteien können durch gewisse Parteifamilien zugeordnet werden, da sie gleiche politische Ansichten haben und ideologisch historisch ähnlich gewachsen sind. Es gibt in Westeuropa sechs entscheidende Parteifamilien. Die sozialdemokratische, die christdemokratische, die konservative, die liberale, die grün-ökologische und die linkssoziale. Auch rechtspopulistische Parteien werden neuerdings in Westeuropa zu den Parteienfamilien hinzugefügt. Jedoch gibt es auch Parteien, die sich nur auf spezifische Themen beschränken, dabei handelt es sich um Ein-Themen oder Nischenparteien. Beispiele hierfür sind die europaskeptischen Parteien oder die Piratenparteien, die sich mit der Digitalisierung des Kommunikationsangebots beschäftigen (vgl. Uwe Jun 2013: 124f.).

Herbert Kitschelt charakterisiert folgendes Phänomen bei der Neugründung der Parteien:

„First of all, wherever new parties arise, they rhetorically employ an underdog image that cultivates the image of a bias in democratic party competition that works in favor of the incumbents. The parties of the radical right are not unique in this regard“ (Herbert Kitschelt 2000: 173).

Jeder Organisationstypus von politischen Parteien hat unterschiedliche politische Erfolge und kann nur durch sich selbst bzw. einem ähnlichen Organisationstypus ersetzt werden. Martin Morlok führt das Beispiel der Grünen Partei an, die sich als Alternative zu den anderen Parteien präsentiert hat und sich im Laufe der Zeit den anderen Parteien angeglichen hat. Außerdem fügt Morlok hinzu, dass es in Zeiten, in denen Parteien als äußerst unbeliebt gelten, einfach ist, sich als „Anti“-Partei zu präsentieren. Jedoch verweist Morlok auf die nicht lange Lebensdauer solcher Versuche im politischen System (vgl. Martin Morlok 2010: 24).

In der vorliegenden Arbeit werden demnach die verschiedenen Gründungs- und Entstehungsphasen gegenübergestellt. Wobei sich innerhalb der gebildeten Kategorien gewisse Gemeinsamkeiten vorausgesetzt werden.

6.2. Struktureller Aufbau und Organisation der Parteien

Das Wesen der Parteien zeichnet sich auch durch organisatorische Handlungsmuster aus. Erstens sind sie eine langfristig angelegte Organisation mit territorialen und funktionalen Elementen. Dieser Aufbau reicht einerseits von der lokalen Ebene in Gemeinden und Städten bis hin zur nationalen und europäischen Ebene. Andererseits gibt es je nach Organisation verschiedene Sub-Gruppierungen (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 17).

Die territoriale Untersuchung versucht die verschiedenen Ebenen (Gemeinde, Landtag, Bund und EU), auf denen Parteien agieren, zu analysieren. Dabei wird der Frage nachgegangen, wie stark die einzelnen Parteien auf welcher Ebene vertreten sind. Die gleiche Analysetechnik wird bei der funktionalen Ebene angewandt, bei der es sich vor allem um die unterschiedlichen Gremien und Gruppierungen der Parteien handelt (vgl. Oskar Niedermayer 2013: 72).

Klassische Untergruppierungen von Parteien konzentrieren sich auf die Jugend, Frauen, ArbeiterInnen und Selbständige. Sie gelten als Teil der Partei und wirken am Gesamtkonzept der Partei mit (vgl. Klaus Detterbeck 2011:18). Im Vergleich der verschiedenen Parteien wird die Organisationsdichte untersucht und dahingehend werden auch territoriale und funktionale Bereiche analysiert. Des Weiteren sind die Parteireformbestrebungen ein wichtiger Indikator für Veränderungsprozesse in Parteien (vgl. Oskar Niedermayer 2013: 72).

Eine weitere Einteilung erfolgt durch die unterschiedlichen Ebenen innerhalb der Partei die jeweils berücksichtigt werden. Richard Katz und Peter Mair postulierten im Jahr 1994 drei verschiedene Gesichter der Parteien und skizzieren damit die Muster der Interaktion und Organisation. Der dreigliedrige Organisationsbegriff lautet: „*Party on the ground*“ (Parteibasis), „*Party in public office*“ (Parteispitze und Management), „*Party in central office*“ (Parteimitglieder in den öffentlichen Ämtern) (vgl. Richard S. Katz und Peter Mair, zitiert nach Peter Mair 1994: 4).

„*Party on the ground*“ bezeichnet die freiwilligen Mitglieder einer Partei. Dabei handelt es sich um die innerparteiliche Willensbildung von unten nach oben. Diese kann territorial von lokal, über regional bis national und international vernetzt sein. Außerdem bezieht sich „*Party on the ground*“ auch auf die funktionale Ebene bzw. auf spezifische Sonderorganisationen. Parteitage sind für die Basis respektive die

Mitglieder von zentraler Bedeutung, weil dort wichtiges Personal – und sachpolitische Entscheidungen getroffen werden (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 88).

Die „*party in public office*“ sind Regierungsvertreter oder Mandatsträger die ihr Amt den Wählern zu verdanken haben. Sie sind in großen Teilen Berufspolitiker und schließen sich in Fraktionen, Kabinette oder Ministerien zusammen. Die Ressourcen, Expertisen und Informationen erhalten sie über staatliche Institutionen. Selbst innerhalb der Abgeordneten gibt es eine interne Hierarchie. Es wird primär unterschieden in „Hinterbänkler“ und Spitzenkandidaten, die das Erscheinungsbild der Partei prägen und Medial präsent sind. Zwischen dieser Ebene der Partei und den Parteimitgliedern kann es immer wieder zu unterschiedlichen Interessen und Konflikten kommen (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 88).

Des Weiteren gibt es noch die „*Party in central office*“, das sogenannte dritte Gesicht der Partei. Hierbei ist im Gegensatz zum zweiten Gesicht die außerparlamentarische Arbeit gemeint. Der Sitz dieser Interaktionsebene ist meist in der nationalen Hauptstadt der jeweiligen Partei. In diesem Zentrum sind die Führungsgremien, der Vorstand bzw. der geschäftsführende Ausschuss und das Präsidium der Partei anzutreffen. Für die Teilnahme in diesen Bereichen braucht es eine elektorale Berufung durch Parteitage. Dem Parteivorstand stehen verschiedenste MitarbeiterInnen zur Verfügung die insbesondere die alltägliche Parteiarbeit gegen Bezahlung bewältigen. Sie betreiben Öffentlichkeitsarbeit, Medienarbeit, Vorbereitungen für den Wahlkampf, Vorbereitungen für Parteitage und verschiedenste Dienstleistungen für die Mitgliederorganisationen (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 88). Peter Mair argumentiert folgendermaßen: „*Indeed, a central hypothesis which*

emerges from this project has been that it is really only the party on the ground which is becoming less important or which is in decline, whereas the resources of the party in central office, and especially those of the party in public office , have been in fact strengthened. In this sense, we argue that the emphasis on party decline „tout court“ may be misplaced“ (Peter Mair 1994: 4).

Die Parteistruktur besteht aus einem fixen Bestandteil an Mitgliedern. Außerdem ist die Parteistruktur geprägt durch Hierarchie und Arbeitsteilung. Insbesondere hauptamtliche MitarbeiterInnen und Führungsgruppen bestimmen das Image einer Partei. Neben den

formalen Regulierungen und dem Aufbau einer Partei gibt es auch informelle Elemente der Parteiorganisation (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 85).

Die innere Demokratie wird bestimmt durch ihre Mitglieder und deren Beziehung zur Führung und umgekehrt. Außerdem ist auch das Verhältnis zwischen Partei und Fraktion relevant. Des Weiteren gibt es in jeder Partei unterschiedliche soziale und ideologische Flügel (vgl. Klaus Detterbeck 2011: 18).

Die Mitgliederanalyse beschäftigt sich insbesondere mit der Funktion von Mitgliedern. Einen weiteren zentralen Untersuchungsgegenstand stellt die Entwicklung der allgemeinen Mitgliedschaft dar. Auch die regionale Verteilung und die parteipolitischen „Hochburgen“ sind ein Kennzeichen für die unterschiedliche Mitgliederschwäche/-stärke. Des Weiteren sind sozialstrukturelle Zusammensetzungen und Verbindungen zu sozialen Gruppen wichtige Merkmale. Die verschiedenen innerparteilichen Aktivitäten und die Formen der Partizipation sind auch von Partei zu Partei verschieden. Insbesondere in den Großparteien wird die Vereinbarkeit zwischen der Basispartizipation und der abnehmenden Handlungsautonomie der Elite schwieriger (vgl. Oskar Niedermayer 2013: 72f.). Weitere Kriterien sind die Anzahl der Mitglieder, die Neuzugänge und die Intensität des Parteilebens, die Leistungsmotivation und die Beitrittsmotivation (vgl. Andreas Kempl 1996: 33).

Bei der Analyse der Mitglieder in Parteien können methodische Schwierigkeiten auftreten. Bevor es keine Parteienfinanzierung und die damit verbundene Rechenschaftspflicht gab, hatten die Parteien keinen Grund, Mitgliederzahlen zu archivieren. Nach der Einführung der Parteienfinanzierung hat die Dokumentation der Mitgliederzahlen weitreichend begonnen. Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass hohe Mitgliederzahlen für eine gute Organisation sprechen und niedrige Zahlen dagegen. Deshalb legen Parteien keinen großen Wert auf die konkrete Angabe der eigentlichen Zahlen. Insbesondere „Karteileichen“ sind schwierig zu überprüfen, aber auch Mitgliederbefragungen können nur teilweise als zuverlässig angesehen werden (vgl. Ulrich von Alemann/ Tim Spier 2008:31).

Neue und alte Parteien können, wie bereits eingangs erwähnt, als „lernende Organisationen“ verstanden werden. Beide Arten von Parteien müssen sich verschiedenen Herausforderungen stellen. Insbesondere die Neuparteien müssen ihre mangelnde Erfahrung aufholen. Decker und Oeltzen sehen darin die größte Hürde für Neuparteien, an der viele Neugründungen scheitern. Die Beweglichkeit der neueren linken als auch rechten Parteien hat auch Schattenseiten. Denn die Professionalität einer

Partei ist nicht abhängig von ihrer organisatorischen Neuartigkeit, sondern vielmehr von personellen Ressourcen, Pragmatismus und Fachkompetenz. Zudem spielt auch die langjährige Erfahrung eine zentrale Rolle (vgl. Frank Decker/ Anne-Kathrin Oeltzen 2009: 262).

Im Gegenteil dazu haben ältere Parteien Schwierigkeiten sich an neue Bedingungen anzupassen, was teilweise auf ihre unflexibleren Arbeitsweisen zurückzuführen ist. Dies birgt vor allem Schwierigkeiten für die großen Parteien, welche sich zunehmend mit verschiedenartigen Bevölkerungsteilen konfrontiert sehen. Kleinere Parteien hingegen vertreten eine homogenere Gruppe der Bevölkerung (vgl. Frank Decker/ Anne-Kathrin Oeltzen 2009: 263).

Der organisatorische Wandel fällt vor allem Groß- und Massenparteien schwer. Deshalb wird dieser auch nur in kleinen und unmerklichen Schritten vollzogen. Frank Decker und Anne-Katharin Oeltzen verweisen darauf, dass Reformen in Großparteien sich auf gewisse Situationen beschränken und erst auf massiven Druck nach Veränderung vollzogen werden (vgl. Frank Decker/ Anne-Kathrin Oeltzen 2009: 262).

Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring soll bei der nachfolgenden Untersuchung der Parteistatute behilflich sein. Demnach besteht das Instrument der Analyse aus einem „Kategorie-System“. Diese Kategorien unterstehen einer theoriegeleiteten Vorgehensweise. Dadurch soll die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse gewährleistet werden (vgl. Philipp Mayring 2007: 43f.).

Die Struktur und Organisation der Parteien wird durch die Analyse der verschiedenen Parteienstatute (jeweils aktuellste Version) erörtert. Die zu vergleichenden Kategorien des untersuchten Materials lauten nach organisatorischen Gesichtspunkten:

1. Territoriale und funktionale Gliederung
2. Mitgliederorganisation
3. Neuheiten der Organisation

Bei der Binnenanalyse von Parteien gilt es zu beachten, dass der formale Organisationsaufbau nicht völlig identisch mit der Parteirealität ist.

6.3. Programm und Inhalt der Parteien

Für die Analyse einer Partei sind verschiedene Punkte von zentraler Bedeutung. Einige davon sind: die Programmatik, der Ursprung einer Partei, die Nähe zum Staat und zur Gesellschaft, die Organisationsstruktur, der Rekrutierungsprozess und innerparteiliche Machtkonstellationen (vgl. Uwe Jun 2013: 124f.).

Die ideologische und programmatische Orientierung bzw. Positionierung ist auch sehr zentral für eine Partei bzw. deren organisatorische Analyse. Dabei wird vor allem untersucht, wie programmorientiert eine Partei sich darstellt. Außerdem wird zwischen den verschiedenen Typen von Programmen unterschieden (vgl. Oskar Niedermayer 2013: 73).

Programme sind vor allem im politischen Wettbewerb in Demokratien ein zentrales Element. Es können Wertvorstellungen, Ideen und spezifische Vorschläge in die Öffentlichkeit transportiert werden. Die Parteiprogramme können sich in verschiedenen Punkten unterscheiden: Handlungsorientierung, Konkretheit und Verbindlichkeit der politischen Ziele, sowie dem Zeithorizont und der Anzahl der behandelten Politikfelder (vgl. Marcelo Jenny 2006: 305.).

Die primäre Funktion von Parteiprogrammen ist es, Informationen über die wichtigsten Standpunkte für Parteispitze und Parteimitglieder vorzuhalten. Außerdem werden politische Streitfragen innerhalb der Partei festgelegt. Des Weiteren bieten die Programme entscheidende Informationen über die Argumentationslinien für gegnerische Parteien (vgl. Marcelo Jenny 2006: 305.).

Dies ist insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes von besonderer Bedeutung. Die Programme liefern Aufschluss über die Position von Parteien und ermöglichen dadurch die Messung der Distanz zueinander (vgl. Marcelo Jenny 2006: 309).

So argumentiert Marcelo Jenny, dass die *„Positionierungen der Parteien auf Konfliktdimensionen auf Basis von Wahlprogrammen empirische Untersuchung erlauben von Modellvorhersagen[...]größtmöglichen ideologischen Annäherung der beiden Parteien hin zur Position des Median – Wählers, um dadurch die maximale Stimmenanzahl zu erreichen“* (Marcelo Jenny 2006: 309).

Parteiprogramme sind keine Garantie für erfolgreiche Wahlergebnisse und geraten deshalb immer mehr in den Hintergrund. Deshalb werden heutzutage im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit immer wieder Aktionsprogramme oder Perspektivenpapiere erstellt. Diese liegen jedoch den ursprünglichen Parteiprogrammen zugrunde. Außerdem gelten sie immer noch als wichtiges identifikationsstiftendes Element für den innerparteilichen Willensbildungs- und Diskussionsprozess der aktiven Mitgliedschaft (vgl. Karl Ucakar 2006b: 333).

Die Grundlage der Analyse sind traditionelle Konfliktlinien sowie neuere Dimensionen. Dadurch sollen die Konturen der Parteien untersucht werden. Auch hierfür dient die qualitative Inhaltsanalyse von Mayring als Basis. Das Kategorienschema für die Wahlprogramme sieht folgendermaßen aus:

Traditionelle Konfliktlinien:

1. Arbeit/Kapital
2. Kirche/Staat
3. Peripherie/Zentrum
4. Stadt/Land

Weitere Dimensionen

5. Ökologie/Ökonomie
6. Nationale Interessen/ supranationale Interessen
7. Alt/Neu
8. Frau/Mann

Der Fokus dieser Arbeit wird auf die Wahlprogramme der letzten Nationalratswahl im Jahr 2013 gelegt. Durch die Programmanalyse kann eine Querschnitts-perspektive erstellt werden und damit die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der verschiedenen Parteien herausgefiltert werden. Es soll eine bessere Vergleichbarkeit der Parteien untereinander in Bezug auf die neueren und kleineren Parteien gewährleistet werden.

Diese Analyse zeigt wichtige Indikatoren für Veränderungen oder Kontinuitäten der Parteien. Jedoch gilt zu beachten, dass zwischen den Wahlprogrammen und der politischen Realität gewisse Differenzen auftun. Das bedeutet, dass Wahlprogramme nicht Wort für Wort auf die Tagespolitik umgelegt werden können, sondern lediglich als Versuch einer Selbstinszenierung der Parteien zu verstehen sind.

7. Die Traditionsparteien in Österreich – die SPÖ und die ÖVP

Im folgenden Kapitel werden nun die beiden Parteien hinsichtlich ihrer Entstehung und Entwicklung, Organisation und inneren Struktur sowie der jeweiligen inhaltlichen Präsentation in Bezug auf die Wahlprogramme 2013 verglichen.

Der Begriff der „Großparteien“ geht auf einen besonders hohen Wähleranteil zurück. Deshalb scheint dieser Terminus, in Bezug auf die SPÖ und die ÖVP nach den letzten Nationalratswahlen (Stand 2014) nicht mehr ausreichend zu sein. Als Alternative zur „Großpartei“ wird in dieser Arbeit der Begriff der „Traditionspartei“ verwendet. Schließlich ist die Tradition ein besonders wichtiges Merkmal für beide, dicht organisierte Parteien (vgl. Wolfgang C. Müller 1994: 59).

Im europäischen Vergleich weist die österreichische Parteienstaatlichkeit eine besonders hohe Organisationsdichte auf. Sowohl die SPÖ als auch die ÖVP haben eine – immer noch – straffe Organisation, auch wenn diese nach Pelinka zu schwinden scheint (vgl. Anton Pelinka 2009: 626).

7.1. Entstehung und Entwicklung

Die „Sozialdemokratische Partei Österreichs“ (SPÖ) entstand als eine Massenpartei der Arbeiterbewegung während der industriellen Revolution. Im Jahr 1867 mit der Einführung des Verfassungsstaates war eine größere organisatorische Vereinigung der ArbeiterInnen ermöglicht worden. Die Gründung geht auf Victor Adler und den Parteitag in Hainfeld im Jahr 1888/89 zurück. Er vereinigte die verschiedenen ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung mit der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ und ebnete den Weg hin zu einer handlungsfähigen Massenpartei (vgl. Karl Ucakar 2006b: 323). Sie verstand sich als Organisation zur Bekämpfung prekärer sozialer Verhältnisse, die im Zuge der Industrialisierung entstanden waren. Dabei waren die Verfassung, sowie die Chance der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit zentrale Instrumente zur Verbesserung der sozialen Umstände der ArbeiterInnen (vgl. Karl Ucakar 2006b: 325).

Karl Ucakar verweist auf die spezifischen Traditionslinien, die auch heute noch das Image der SPÖ prägen. Die Traditionslinien bestehen zum einen aus der Arbeiterbewegung und zum anderen aus einer sozialdemokratischen Subkultur, dem

Austromarxismus, dem Parlamentarismus, der Parteidemokratie und dem Pragmatismus (vgl. Karl Ucakar 2006b: 325).

Daneben entwickelte sich etwa zur gleichen Zeit eine „christlich-soziale Bewegung“, die die Wurzel der „Österreichischen Volkspartei“ (ÖVP) darstellt. Grundsätzlich war dies die klerikale und konservative Gegenbewegung zum Liberalismus der Habsburgermonarchie. Es ging vor allem um die christliche Nächstenliebe, Harmonisierung der Klassegegensätze und insbesondere um die Befürwortung des Privateigentums (vgl. Karl Vocelka 2002: 243f.).

Das Programm der „christlich-sozialen Bewegungen“ entstand schließlich ab dem Jahr 1889. Lage Zeit hatte die Bewegung eine eher geringe Breitenwirkung bis sich der Advokat Dr. Karl Lueger dem christlichsozialen Lager anschloss (vgl. Kurt Augustinus Huber 2005: 230).

Dadurch konnte die Wirksamkeit im politischen Geschehen gesteigert werden und auch die Bauern und das Kleinbürgertum, die unter dem Einfluss des Klerus standen, für sich gewonnen werden. Dabei spielte auch der luegerische Antisemitismus eine zentrale Rolle (vgl. Karl Vocelka 2002: 243f.). Demnach stand das antiliberalen „Christentum“ dem wirtschaftlich liberal geprägten „Judentum“ gegenüber (vgl. Kurt Augustinus Huber 2005: 230).

Des Weiteren war zu dieser Zeit auch das deutschnationale Lager für Österreich prägend. Somit war das österreichische Parteiensystem gekennzeichnet durch drei konkurrierende Lager. Die „deutsch-nationale Subkultur“ stellt die Grundlage der dritten Traditionspartei, der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) dar. Die FPÖ hat jedoch im Gegensatz zu den anderen Traditionsparteien eine *„relativ kleine Subkultur [und] niemals eine umfassende Organisation hervorgebracht“* (Wolfgang C. Müller et.al. 1999: 201).

Obwohl die FPÖ aufgrund ihrer Geschichte als Traditionspartei bezeichnet werden kann, wird sie in dieser Arbeit als Mittelpartei behandelt. Die Entstehung und Entwicklung wird im nächsten Kapitel bzw. im vergleichenden Teil betreffend FPÖ und die Grünen näher geschildert.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie im Jahr 1918 bildeten die Sozialdemokraten eine Koalition mit dem „christlich-sozialen“ Lager. In diesen turbulenten Zeiten konnte die Koalition lediglich kurze Zeit bestehen und zerbrach bereits im Jahr 1920. Daraufhin blieben die Sozialdemokraten in der Opposition bis Engelbert Dollfuß das

Parlament ausschaltete. (vgl. Karl Ucakar 2006b: 323). Die „Christlich-soziale Partei“ war unter Bundeskanzler Dollfuß für den Putsch im Jahr 1934 verantwortlich und blieb bis 1938 an der Macht. Ucakar verweist auf den blutigen Bürgerkrieg im Februar 1934, in dem die österreichische Arbeiterbewegung vergebens versuchte, den Faschismus im eigenen Land zu bekämpfen. Ab dem Jahr 1938 übernahmen schließlich die deutschen Nationalsozialisten die Führung in Österreich (vgl. Karl Ucakar 2006b:324).

Dieses Ereignis geschah inzwischen vor genau 80 Jahren (Stand Februar 2014) und ist für die weitere Entwicklung der beiden Parteien prägend. Schließlich ist dadurch noch heute die entstandene Kluft zwischen der „Sozialdemokratischen Partei“ und der „Österreichischen Volkspartei“ spürbar.

Aufgrund der Vorbelastung in den dreißiger Jahren sah sich die ÖVP nach dem Zweiten Weltkrieg gezwungen, sich von der Vorgängerpartei zu distanzieren und eine neue Partei zu gründen. Dies war ein zentrales Zugeständnis zur „parlamentarischen Demokratie“ und der österreichischen Nation. Dabei verzichtete die Partei außerdem auf ihr betont religiöses Image (vgl. Wolfgang C. Müller 2006d: 341).

Die ÖVP fokussierte sich jedoch auf die gleichen Anhänger wie die „christlich-soziale“ Vorgängerpartei. Die zentralen Gruppen bestanden aus Bauern, Gewerbetreibenden, Beamten und Angestellten. Die Bindung zur Kirche blieb weiterhin bestehen, wenn auch in aufgelockerter Form. Wolfgang Müller konstatiert, dass zwischen der ÖVP und dem „christlichen-sozialen Lager“ mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede bestehen (vgl. Wolfgang C. Müller 2006d: 341).

Jedoch erfuhr auch die vom Krieg geprägte sozialdemokratische Partei im Jahr 1945 eine Umbenennung. Die Partei nannte sich von nun an „Sozialistische Partei Österreichs - Sozialdemokraten und revolutionäre Sozialisten“. Der zweite Teil der Namensgebung wurde jedoch bereits im Herbst des Jahres 1945 wieder gestrichen. Diese Zeit war geprägt durch intensive Fraktionskämpfe (vgl. Karl Ucakar 2006b: 324).

Die SPÖ manifestierte das Grundprinzip der „Parteien“ als fixen Bestandteil im demokratischen Parlamentarismus. Demnach schließen sich Individuen für ein gemeinsames Ziel zu einer Gemeinschaft respektive politischen Partei zusammen. Dadurch kann eine Verbindung zwischen Individuum und Staat entstehen und Demokratie gewährleistet werden. Das repräsentative Demokratiemodell wird von politischen Parteien getragen und ist in dieser Denktradition ein fixer Bestandteil (vgl. Karl Ucakar 2006b: 326f.).

Damit haben die beiden Großparteien eine zentrale Gemeinsamkeit, nämlich die Mitbegründung und Gestaltung des Parlamentarismus der 2. Republik. Die erfolgreichste Phase der ÖVP findet sich in den Jahren von 1945 bis 1970. In dieser Zeit dominierte die ÖVP durch eine Alleinregierung die österreichische Politik. Mit dem Verlust der Stigmatisierung der SPÖ als kommunistische Partei und den Strukturproblemen der ÖVP wurde die langjährige Oppositionszeit eingeläutet. Im Jahr 1999 verlor die ÖVP weiter an WählerInnen und bekam sogar weniger Stimmen als die FPÖ. Trotzdem konnte die ÖVP den Kanzler in der darauffolgenden Regierung stellen und ging gestärkt aus dieser Koalition hervor (vgl. Wolfgang C. Müller 2006d: 342). Dementsprechend waren die siebziger Jahre, die erfolgreichste Zeit der SPÖ. Sie war zu dieser Zeit, im Gegensatz zur ÖVP, im Besitz der absoluten Mehrheit und konnte mit der hohen Wählergunst einige Reformen umsetzen (vgl. Karl Ucakar 2006b: 325). Bei den Nationalratswahlen im Jahr 1983 verlor die SPÖ die absolute Mehrheit. Die darauffolgende Phase beschreibt Ucakar folgendermaßen:

„Die SPÖ geriet in den achtziger Jahren, vor allem in der Zeit der SPÖ-FPÖ Koalition durch eine Reihe von Skandalen in die Rolle des Hauptverantwortlichen für negative Begleiterscheinungen der Parteidemokratie und hatte hier einen hohen Erklärungsaufwand zu leisten. Die Veränderung der Parteispitze, insbesondere die Wahl Franz Vranitzkys zum Parteivorsitzenden und seine schon davor erfolgte Bestellung zum Bundeskanzler haben sicher dazu beigetragen, dass die SPÖ die relative Mehrheit auch bei den Nationalratswahlen 1990 und 1994 halten und ihren Vorsprung bei der Nationalratswahl 1995 sogar wieder ausbauen konnte“ (Karl Ucakar 2006b: 325).

Wie bereits in den einführenden Kapiteln erwähnt, handelt es sich hierbei um eine Zeit der außerordentlichen „Stabilität“ und „Konzentration“. Ein gemeinsamer Stimmenanteil von bis zu 94,4% der beiden Traditionsparteien wäre heute undenkbar (vgl. Wolfgang C. Müller et.al. 1999: 201).

Sowohl in der Monarchie als auch in der Ersten Republik hatten die Sozialdemokraten als Klassenpartei das absolute Monopol für die Vertretung der ArbeiterInnen. Mit der Abschwächung der Konfliktlinien geht der Verlust des „Lagerdenkens“ einher (vgl. Karl Ucakar 2006b: 326).

Somit sind der SPÖ als auch der ÖVP viele potentielle StammwählerInnen weggefallen. Auch die Bindung zur Kirche hat in Österreich nachgelassen. Reinhold Gärtner argumentiert, dass gewisse Verbindungen zum Teil heute noch bestehen, sich aber im Schwinden befinden. Zudem haben die Zahlen der Gesamtwähler und verbunden damit Bindungen an eine Partei abgenommen (vgl. Reinhold Gärtner 1999:1).

Die beiden Traditionsparteien konnten bei der Nationalratswahl 2013 gemeinsam nur mehr 50,8 % der Stimmen erzielen. Dabei haben 26,8% der WählerInnen für die SPÖ und 24,0% für die ÖVP gestimmt. Demnach stellt die SPÖ 52 und die ÖVP 47 MandatarInnen. Insgesamt haben 74,9% der Wahlberechtigten ihre Stimme bei der Nationalratswahl abgegeben (vgl. BM.I Nationalratswahlen 2013). Das SORA Institut stellt nach den Nationalratswahlen 2013 fest, dass es sich um eine „inhomogenen politische Landschaft“ handelt. Außerdem wird darauf verwiesen, dass keine Partei „in allen Bevölkerungsgruppen gleichmäßig gut abschneidet“ und somit im Jahr 2013 „Volksparteien“ ausbleiben (vgl. SORA/ISA 2013).

Inzwischen haben sich die beiden -nur mehr knapp- führenden Parteien auf eine weitere „Große Koalition“ geeinigt. Meines Erachtens, kann festgehalten werden, dass sich entstehungs- und entwicklungstechnische Gemeinsamkeiten der Traditionsparteien finden lassen. Beide Parteien kommen aus einem völlig konträren Lager, sind aber von einer ähnlich dichten Organisation und Subkultur geprägt. Diese Strukturen weisen aber bei beiden Parteien gleichermaßen Zerfallerscheinungen auf. Dieser Prozess der Veränderung bedingt somit, dass die SPÖ als „Massenintegrationspartei“ und die ÖVP als „Volkspartei“ diesen ursprünglichen Klassifizierungen nicht mehr vollständig gerecht werden können.

Dennoch kann die SPÖ als Mitgliederpartei klassifiziert werden.

Demnach schreibt Karl Ucakar: *„Die Formel, dass die Zahl der Wähler etwa drei mal so hoch ist, wie die Zahl der Mitglieder, stimmt noch immer, wenngleich einschränkend gesagt werden muss, dass die Wahlforschung zeigt, dass keineswegs sicher ist, dass jedes Mitglied automatisch zur Wahl geht und in jedem Fall SPÖ wählt“* (Karl Ucakar 2006b: 331).

7.2. Organisation und innere Struktur

Der Unterbau und die kleinste Einheit der SPÖ stellt die Ortsorganisation dar. In dieser werden alle in der Gemeinde lebenden Parteimitglieder zusammengefasst. Bei größeren Ortschaften oder Städten gibt es mehrere Sektionen. Nur einmal im Jahr gibt es ein Treffen für alle Parteimitglieder. Hingegen politisch aktive Mitglieder treffen sich in regelmäßigen Abständen und besprechen die aktuelle Parteiarbeit. Außerdem organisieren die Sektionen immer wieder Veranstaltungen, Vorträge und Diskussionen für die eigenen Mitglieder und für Interessierte (vgl. Karl Ucakar 2006b: 328).

Auch die kleinste Ebene der ÖVP-Organisation stellt die Ortsorganisation bzw. Gemeinde/Stadtorganisation dar. Diese versammeln sich in der Regel ebenfalls einmal im Jahr oder mindestens einmal in der vierjährigen Amtsperiode der Parteiorgane. Die Mitgliedschaft der ÖVP besteht auch aus Ex-Officio-Mitgliedern, sie sind beispielsweise VertreterInnen der Teilorganisationen (vgl. Wolfgang C. Müller 2006d: 343).

Die nächsten Einheiten bestehen aus Bezirksorganisationen und Landesorganisationen. Jede Stufe der Organisation besteht aus einem demokratisch gewählten und willensbildenden Organ. Die Bezirksausschüsse und der Bezirksvorstand bilden gemeinsam den Bezirk. Die Landesorganisation setzt sich aus Landesparteitag und Landesparteivorstand zusammen. Der Bund stellt die oberste Stufe der Parteienorganisation dar. Dieser besteht aus dem Bundesparteitag und dem Bundesparteivorstand. Demnach ist der Bundesparteivorstand für die Führung und Verwaltung der Partei verantwortlich (vgl. Karl Ucakar 2006b: 328).

Diese Organisationsebenen spiegeln die territoriale Gliederung der Parteien wieder. Über die nationale Organisation hinaus besteht auch noch die europäische Organisationsebene. Auch wenn die beiden Mitgliederparteien hinsichtlich der Organisationsdichte Ähnlichkeiten aufweisen, gibt es zentrale Unterschiede in der eigentlichen Organisation (vgl. Anton Pelinka 2009: 626).

Außerhalb der Bundesebene besteht innerhalb der ÖVP keine einheitliche Organisationsstruktur. Auch dies steht im Gegensatz zur zentralistischen Organisation der SPÖ. Deshalb sind zahlreiche Unterschiede zwischen den Landesorganisationen der ÖVP auszumachen. Das Bundesparteiorganisationsstatut gibt lediglich grundsätzliche Gemeinsamkeiten vor (vgl. Wolfgang C. Müller 2006d: 343). Die Parteiarbeit geht über

die regionalen Einheiten hinaus und bietet auch immer noch eine umfassende Organisation in den verschiedensten Lebensbereichen an. Demnach ist die ÖVP, gleich wie die SPÖ, durch ein doppeltes Organisationsprinzip gekennzeichnet (vgl. Wolfgang C. Müller 2006d: 342).

Eine zweite zentrale Organisationsebene für die beiden Traditionsparteien stellt die funktionale Einteilung dar. Die Organisation der SPÖ wird von verschiedenen Untergruppierungen bestimmt. Diese bestehen aus neun Landesorganisationen, Frauenorganisationen und der Fraktion der sozialdemokratischen Gewerkschafter (FSG). Sie sind die Verbindung zwischen der SPÖ und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB). Eine relativ zentralistische Form der Organisation charakterisiert die SPÖ. Der Beitritt bzw. die Mitgliedschaft kann nur individuell angestrebt werden und zwar auf direktem oder unmittelbarem Weg. Hingegen die Mitgliedschaft der ÖVP erfolgt direkt oder automatisch über Teilorganisationen (vgl. Anton Pelinka 2009: 626).

Die Sozialdemokraten befassen sich außerdem mit Bildungsarbeit, Frauenarbeit, der jungen Generation, Betriebsarbeit, Gemeindearbeit und Jugendarbeit. Weitere anerkannte Organisationen der Sozialdemokraten sind der Freie Wirtschaftsverband, der Arbeiterbauernbund, der Bund Sozialdemokratischer Akademiker, der Sozialdemokratische Lehrerverein Österreichs, der Verband Sozialistischer Studenten Österreichs, der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, der Pensionistenverband Österreichs u. v. m. (vgl. Karl Ucakar 2006b: 328).

Diese Auflistung soll die prinzipiell tiefe Verflochtenheit der Massenintegrationsparteien besser veranschaulichen.

Die ÖVP organisiert sich über eine sogenannte „bündische Struktur“. Hierbei ist die Parteimitgliedschaft an eine der sechs Teilorganisationen der ÖVP gebunden (vgl. Anton Pelinka 2009: 626). Auch für die ÖVP spielen Unterorganisationen eine besondere Rolle. Die „schwarzen“ Unterorganisationen setzen sich auch aus neun Landesorganisationen und sechs weiteren Teilorganisationen, der Österreichische Arbeiter und Angestelltenbund (ÖAAB), der Österreichische Bauernbund (ÖBB), der Österreichische Wirtschaftsverband (ÖWB), die Österreichische Frauenbewegung, der Österreichische Seniorenbund und die Junge Volkspartei, zusammen (vgl. Anton Pelinka 2009: 626).

Außerdem gibt es noch weitere Verbände, die der Partei sehr nahe stehen und somit als Vorfeld der Partei gelten können. Das sind der Akademikerbund und der Österreichische Cartell-Verband. Sie sind mit der Partei durch ihre Weltanschauung und auch personell verbunden (vgl. Wolfgang C. Müller 2006d: 342).

Wolfgang C. Müller et.al. bezeichnen die beiden großen österreichischen Parteien gar als „Weltmeister“ was die organisatorische Leistungsfähigkeit betrifft. Die verschiedenen Subkulturen konnten weitreichend entweder von der Sozialdemokratischen Partei oder von der Österreichischen Volkspartei aufgegriffen werden (vgl. Wolfgang C. Müller et.al. 1999: 201).

Das Organisationsstatut der SPÖ ist ihre Verfassung und existiert in aktueller Version seit dem Jahr 1998. Es werden lediglich immer wieder Veränderungen vorgenommen (zuletzt am 13.10.2012).

Dabei verschreibt sich die SPÖ (§3 Abs. 1 Organisationsstatut SPÖ 2012) dem österreichischen Parteiengesetz und hebt „*die Existenz und Vielfalt politischer Parteien [als] wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich*“ hervor. Außerdem versteht man sich nicht nur als nationale Organisation (§3 Abs. 2 Organisationsstatut SPÖ 2012) und manifestiert eine europäische und internationale Verbindung, wie zum Beispiel durch die „*Sozialdemokratische Partei Europas*“ und der „*Sozialistischen Internationale*“. Des Weiteren wird im Statut die Wahrnehmung als „*Mitgliederpartei*“ beschrieben.

Um SPÖ-Mitglied zu werden (§4 Organisationsstatut SPÖ 2012), bedarf es einer grundsätzlichen Überzeugung der sozialdemokratischen Werte und der Erfüllung der im Statut geforderten Pflichten. Außerdem wird auf die „Aktivität“ der Mitgliedschaft Wert gelegt. Das 16. Lebensjahr muss für einen Beitritt bereits vollendet und eine Mitgliedschaft in einer anderen Partei ausgeschlossen sein. Prinzipiell sind die einzelnen Orts- bzw. Sektionsausschüsse beauftragt, die Bewerbungen (§5 Abs. 1 Organisationsstatut SPÖ 2012) binnen acht Wochen zu bearbeiten und das entsprechende Mitglied aufzunehmen oder abzulehnen. Eine Ablehnung kann aber auch widerrufen werden.

Die aktuellste Fassung des Bundespartei- Organisationstatutes der ÖVP gibt es seit 2007. Das Parteistatut der ÖVP sieht ebenfalls Pflichten für den „Erwerb“ der Mitgliedschaft (§11 Bundespartei-Organisationsstatut ÖVP 2007) vor. Dabei schließt

das Statut eine Mitgliedschaft in einer anderen politischen Partei aus. Aber auch das „*Bekenntnis zu Sekten oder Kulturen*“ wird von der Partei abgelehnt. Außerdem muss das „ethnische“ Verständnis dem der ÖVP entsprechen bzw. die Anerkennung des „*liberalen Rechtsstaates*“ vorhanden sein.

Grundsätzlich werden im ÖVP-Statut zwei Formen der Mitgliedschaft dargelegt. Zum einen die automatische Mitgliedschaft durch eine Teilorganisation und zum anderen die direkte Form der Mitgliedschaft. Die Entscheidung über die Mitgliedschaft trifft die „zuständige Landesorganisation“ und ist bereits am Tag der „Beitrittserklärung“ gültig, wenn sie nicht nach drei Monaten abgelehnt wird (vgl. Bundespartei – Organisationsstatut ÖVP 2007: 11).

Nach dem SPÖ- Statut erlischt „*Die Mitgliedschaft durch Tod, Austritt, Streichung oder Ausschluss*“ (§ 11 Abs. 1 Organisationsstatut SPÖ 2012). Ein Ausschluss aus der Partei ist insbesondere durch die Nicht-Bezahlung des Mitgliederbeitrags möglich. Die ÖVP-Parteimitgliedschaft endet ebenfalls durch die auch von der SPÖ genannten Gründe und sieht zusätzlich den Ausschluss durch „*Eintritt in eine andere Partei oder die Annahme eines Mandats einer anderen politischen Partei*“ vor (Bundespartei- Organisationsstatut ÖVP 2007: 12).

Das Parteienstatut soll weitgehend die innerparteiliche Demokratie sicherstellen. Damit ist festgeschrieben, dass die Rekrutierung von Vertrauenspersonen, FunktionärInnen und KandidatInnen, die Formulierung der politischen Meinung sowie die Mitgestaltung der Programmatik formelle Aufgaben der Mitglieder sind (vgl. Karl Ucakar 2006b: 331).

Demnach heißt es bei der SPÖ (§7 Organisationsstatut SPÖ 2012):

„(1) Mitglieder der SPÖ haben das Recht, bei der Entscheidung wichtiger politischer Fragen und bei der Auswahl von KandidatInnen der SPÖ nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Statutes mitzubestimmen.

(2) Eine Mitgliederbefragung zur Erkundung des Willens der Parteimitglieder zu wichtigen politischen Fragen und Themen, welche die jeweilige konkrete Arbeit der betreffenden Ebene berühren, ist durchzuführen, wenn dies vom Parteivorstand des jeweiligen Organisationsbereiches (Ortsorganisation, Sektion, Bezirksorganisation, Landesorganisation und Bundesorganisation) beschlossen oder von 15 Prozent der Mitglieder des Organisationsbereiches verlangt wird.“

Grundsätzlich wird bei der Quotenregelung der SPÖ das Reißverschlussprinzip (§16 Abs. 5 Organisationsstatut SPÖ 2012) angewandt. Es wird festgelegt, dass nicht weniger als 40% Frauen bzw. 40% Männer vertreten sein sollen (§16 Abs. 2 Organisationsstatut SPÖ 2012). Diese Quotenregelung ist bei der ÖVP nicht festgeschrieben. Des Weiteren verweist das SPÖ-Parteienstatut auf das Mitbestimmungsrecht der Parteimitglieder bei der Kandidatenauswahl. Damit haben die Mitglieder Einfluss auf die Kandidatenreihung (§7 Abs. 1 Organisationsstatut SPÖ 2012). Ab der Hälfte der Mitgliederstimmen wird das Verbindlichkeitsquorum von 50% in Kraft gesetzt.

Für die Aufstellung der Kandidaten sind prinzipiell Parteimitglieder vorgesehen. Jedoch gibt es laut SPÖ-Statut (§18 Abs. 11 Organisationsstatut SPÖ 2012) Ausnahmen, die durch den Vorschlag der Wahlkommission oder Beschlussfassung eine Kandidatur von Nicht-Mitgliedern ohne andere Parteizugehörigkeit ermöglichen. Keine Möglichkeit für eine Kandidatur gibt es während des Funktionsverbotes (§12 Abs. 2 Organisationsstatut SPÖ 2012) oder der Unvereinbarkeit (§21 Organisationsstatut SPÖ 2012).

Generell kann es in der Realität zu einer Abweichung von diesen Prinzipien kommen und somit zu einer Verletzung der innerparteilichen Demokratie. Karl Ucakar spricht verschiedene Gründe für die „realen“ Defizite der innerparteilichen Demokratie an:

„Die Individualisierung politischer Abläufe und die damit verbundene tendenzielle Auflösung politischer Gemeinschaften, die Entsolidarisierung und damit das Abkoppeln von Traditionen der Arbeiterbewegung, der Bedeutungsverlust einer auf Gesellschaftsveränderung gerichteten, vom Programm geleiteten Reformpolitik, eine von Einzelthemen geprägte, mit Symbolpolitik verbundene Politik aus Anlass bestimmter Missstände, die Reduzierung der Reformperspektive der möglichst effizienten, reibungslosen, und korruptionslosen Qualität des Verwaltens und Erhaltens“(Karl Ucakar 2006b: 331).

Der (ehemalige) Erfolg von Massenintegrationsparteien ist auf ihre besondere organisatorische Natur und das Mobilisierungspotential zurückzuführen. Dichte Lokalorganisationen, eine große Anzahl an Mitgliedern, eifrige AktivistInnen sind Kennzeichen von Massenintegrationsparteien. Die hohe organisatorische Dichte hat sich in der Vergangenheit als vorteilhaft erwiesen (vgl. Wolfgang C. Müller et.al. 1999: 201).

Auch die Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der ÖVP sind laut Organisationsstatut vorgeschrieben. Diese gehen über die Beteiligung in den Landesorganisationen hinaus. Zum einen durch die Urabstimmung, die auf Verlangen von 10% der Mitglieder zum Einsatz kommt und zum anderen durch die Vorwahlen zur Kandidatenaufstellung. Jedoch ist das Ergebnis dieser Abstimmungen nicht umsetzungsgebunden und kommt somit sehr selten vor (vgl. Wolfgang C. Müller 2006d: 344). Demnach lassen sich in beiden Parteien Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Parteienstatutes festhalten.

Müller versteht Volksparteien durch ihre Größe und Vielfalt als „riesige Tanker“, die in ihrer Beweglichkeit begrenzt sind. Veränderungen oder gar Kurskorrekturen sind daher für diese Parteien eine besondere Herausforderung (vgl. Wolfgang C. Müller 2005: 275). Dies unterscheidet sie auch von den anderen im Parlament vertretenen und teilweise kleineren oder neueren Parteien.

Karl Ucakar stellt fest, dass die SPÖ in Hinblick auf ihre Struktur und Organisation als Mitgliederpartei bezeichnet werden darf. Eine hohe Mitgliederdichte kann sich positiv auf die Wahlen auswirken, stellt jedoch keine Garantie zum Wahlerfolg dar. Dies hängt weitgehend von der tatsächlichen Motivation des Parteieintritts ab (vgl. Karl Ucakar 2006b: 331).

In den achtziger Jahren war die SPÖ noch die mitgliederstärkste Partei mit 685.588 Mitgliedern. Wohingegen die ÖVP im Jahr 1985 im Vergleich nur 555.000 Mitglieder verbuchen konnte (vgl. Anton Pelinka 2009: 627). Den erhobenen Daten aus dem Jahr 2005 und 2002 ist ein Umkehrprozess zu entnehmen. Demnach hat die SPÖ nur mehr 301.251 (2005) und die ÖVP 622.000 (2002) Mitglieder für sich gewinnen können (vgl. Karl Ucakar 2012: 153). Aufgrund der schwierigen Mitgliederanzahlermittlung, schätzt man die aktuellen Zahlen der ÖVP auf 700.000 Mitglieder mit steigender Tendenz (vgl. der Standard 31.10.2008).

7.3. (Wahl)Programmatik und Konfliktlinien

Die Analyse der Wahlprogramme aus dem Jahr 2013 bezieht sich auf die beiden Traditionsparteien. Die SPÖ nannte ihr Wahlprogramm „111 Projekte für Österreich“ und verfasste dazu 44 Seiten. Das Wahlprogramm der ÖVP trägt den Titel „Zukunftsweisend: Österreich 2018“ und hat einen Umfang von 84 Seiten.

Die SPÖ beginnt ihr Wahlprogramm mit der klassischen Konfliktlinie „Arbeit“. Dabei stehen Arbeitsplätze bzw. Beschäftigung, Wachstum und Industrie im Zentrum des Programms. Die „soziale Marktwirtschaft“ in Österreich wird als europäisches Erfolgsmodell bezeichnet (Wahlprogramm SPÖ 2013: 8). Aus dem Programm geht deutlich hervor, dass sich die SPÖ gegen „Privatisierung“ und „für eine starke öffentliche Hand“ stark machen will (Wahlprogramm SPÖ 2013:10).

Die ÖVP hingegen artikuliert zu Beginn des Wahlprogramms die Erfordernisse der Unternehmen und erfüllt dadurch die klassische Konfliktlinie des „Kapitals“ und steht damit im direkten Gegensatz zur SPÖ. Diese Gegensätzlichkeit geht auch beim Themenschwerpunkt der Privatisierung hervor. Die ÖVP bleibt demnach ihrer Tradition für eine „Verringerung der staatlichen Leistungen“ und einer „Förderung der privaten Unternehmen“ treu (Wahlprogramm ÖVP 2013: 8). Der Verweis in den ersten Sätzen des Wahlprogramms der ÖVP auf die „ökologische Verantwortung“ durch eine „Öko-soziale Marktwirtschaft“ sticht hervor (Wahlprogramm ÖVP 2013: 8).

Auch in weiteren Teilen des Programms schreibt die ÖVP von Österreich als „Grüne Batterie Europas“ (Wahlprogramm ÖVP 2013: 19). Das Thema Umwelt wird auch von der SPÖ im letzten aber nicht unwesentlichen Teil behandelt. Dementsprechend fordert die SPÖ einen Vorrang der Ökosysteme gegenüber kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen (Wahlprogramm SPÖ 2013: 21). Meines Erachtens ist dies ein Anzeichen für eine Erweiterung der Dimensionen. Des Weiteren kann dies auch als Versuch gewertet werden, andere Wählerströme zu erreichen.

Eine weitere klassische Konfliktlinie findet sich in beiden Wahlprogrammen wieder. Der Konflikt Stadt/Land wird von beiden Parteien aufgegriffen. Die ÖVP hebt als klassische „Land“- Partei die Förderungen von ländlichen Regionen deutlich hervor. Aber auch die SPÖ schreibt über den ländlichen Raum und dessen Lebensqualität sowie

der zu fördernden Chancengleichheit (Wahlprogramm SPÖ 2013:41). Also kann auch hier eine Angleichung der Konfliktlinien festgestellt werden.

Das Wahlprogramm der SPÖ erwähnt die zentrale Rolle der Europäischen Union, insbesondere in Bezug auf Wachstum, Beschäftigung und einer sozial ausgewogenen Haushaltspolitik. Die SPÖ steht der EU-Mitgliedschaft loyal gegenüber und verweist auch auf die volkswirtschaftlichen Vorteile für Österreich (Wahlprogramm SPÖ 2013: 13). Auch das Wahlprogramm der ÖVP liest sich gegenüber der EU zunehmend positiv (Wahlprogramm ÖVP 2013: 9).

Demnach sind sich die beiden Traditionsparteien in Punkto EU größtenteils einig. Dennoch kann meiner Meinung nach die Europäische Union auch als zu analysierende Dimension herangezogen werden, da sich die verschiedenen Parteien hier eindeutig für oder gegen eine EU-Position aussprechen. Auch wenn sich hierbei nicht die klassischen Traditionsparteien gegenüberstehen, sondern vielmehr die Oppositionsparteien. Diese Tatsache ist jedoch auf die Veränderungen und Modernisierungen der heutigen Zeit zurückzuführen. Durch die Gesetzeshoheit der EU sind alle BürgerInnen davon betroffen, auch wenn nationale Interessen weiterhin im Vordergrund stehen.

Außerdem wird abschließend auch die Grundhaltung gegenüber Diskriminierung und einer positiven Zuwanderung geschildert (Wahlprogramm SPÖ 2013: 37). Auch die ÖVP formuliert in ihrem Wahlprogramm eine positive Grundhaltung gegenüber der Zuwanderung und distanziert sich von radikalen Positionen. Jedoch definiert die ÖVP eine positive Integration durch Leistung (Wahlprogramm ÖVP 2013: 59).

Das Thema „*Migration*“ spielt in der österreichischen Gesellschaft eine große Rolle und findet sich seit einigen Jahrzehnten zunehmend im öffentlichen Diskurs wieder. Das Thema Migration kann auch als vorwiegend nationales Interesse gewertet werden.

Ein besonders wichtiges Anliegen der SPÖ stellt die Gerechtigkeit dar. Dabei steht die gerechte Entlohnung für ArbeitnehmerInnen im Allgemeinen im Mittelpunkt sowie im Speziellen für Frauen. Durch Frauenförderpläne und Quoten soll die Situation der Frauen verbessert werden (Wahlprogramm SPÖ 2013:16).

Auch die ÖVP formuliert diesbezüglich einen identischen Satz wie die SPÖ: „*Gleichwertige Arbeit ist gleich zu bewerten*“ (Wahlprogramm ÖVP 2013: 28). Also kann festgehalten werden, dass auch in Punkto Frauenpolitik eine ähnliche Meinung vorherrscht, auch wenn die Traditionen durchaus unterschiedliche sind. In dieser Arbeit

soll zudem das Themengebiet der Geschlechter bzw. die Dimensionen Frau/Mann berücksichtigt werden. Schließlich ist die Emanzipation der Frau in den siebziger Jahren eine der wichtigsten Errungenschaften des 21. Jahrhunderts und darf deshalb nicht außer Acht gelassen werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die beiden Traditionsparteien insbesondere thematisch aneinander angeglichen haben, auch wenn sie ihren Grundpositionen weitgehend treu geblieben sind. Also bedienen sie weiterhin die Traditionslinie Arbeit und Kapital. Meiner Meinung nach geht aus den Programmen hervor, dass sie soweit wie möglich die Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft erfüllen wollen. Demnach sind es auch Themen wie Jugend, Senioren, Gesundheit, Wohnen, Bildung, Kultur und Sport, die von beiden Parteien aufgenommen werden. Festzuhalten ist auch, dass sich bei neueren Dimensionen wie beispielsweise „Frauenpolitik“, „Umweltpolitik“ und „EU-Politik“ die Positionen der beiden Parteien sehr ähnlich sind.

8. Mittelparteien – die FPÖ und die Grünen

Die Organisationsformen der FPÖ und der Grünen unterscheidet sich stark von den Traditionsparteien ÖVP und SPÖ (vgl. Anton Pelinka 2009: 626).

Dennoch haben sie gesellschaftliches Potential und sind inzwischen auch im Nationalrat und dem österreichischen System verankert. Beide Parteien können somit als organisationsschwach beschrieben werden, wobei sich Unterschiede in der Organisation von FPÖ und Grünen erkennen lassen. Diese werden in den folgenden Kapiteln erläutert.

Der Begriff der „Mittelpartei“ konnte sich bisweilen in der Politikwissenschaft nicht ausreichend etablieren, insbesondere im Vergleich zu den Begriffen der Klein- oder Volksparteien. Lothar Probst merkt jedoch an, dass explizite Kriterien, die eine Mittelpartei charakterisieren, weitgehend fehlen. Trotz Definitionsschwächen wird die Formulierung der Mittelparteien immer unumgänglicher (vgl. Lothar Probst 2013: 519). Aufgrund der starken Veränderungen und vermehrten Schwankungen der WählerInnenstimmen scheint der Begriff der „Mittelpartei“ für die ehemaligen Kleinparteien FPÖ und die Grünen Alternativen am geeignetsten.

8.1. Entstehung und Entwicklung

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der beginnenden Entnazifizierung wurden ehemalige NSDAP-Mitglieder und andere belastete Organisationen in drei Gruppen eingeteilt und registriert. Sie wurden unterteilt in Kriegsverbrecher, Belastete und Minderbelastete. Im Zuge der „Nazi- Amnestie“ und der „Integration der Minderbelasteten“ konnten diese bereits an der Wahl im Jahr 1949 teilnehmen (vgl. Karl Vocelka 2002: 319f.).

In diesem Zusammenhang entstand in erster Linie der „Verband der Unabhängigen“ (VdU), später der „Wahlverband der Unabhängigen“ (WdU) und schließlich im Jahr 1956 die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ). Der Verband der Unabhängigen war eine Oppositionspartei mit insbesondere nationalen aber auch liberalen Elementen (vgl. Karl Vocelka 2002: 319f.). Die FPÖ war in ihrer Anfangszeit geprägt von einer schwachen Organisation und einem einseitig nationalen Themenspektrum. Die Wählergunst war zu dieser Zeit gering und vom tatsächlich politischen Geschehen war die Partei weitgehend ausgegrenzt (vgl. Kurt Richard Luther 2005:3).

Dadurch war die FPÖ auf der politischen Ebene geprägt durch eine Außenseiterrolle. Sie hatte kaum Einfluss auf die Strukturen und Entwicklungen der Nachkriegszeit. Darin sieht Anton Pelinka den Populismus der FPÖ und dessen Marginalisierung im politischen System begründet. Die FPÖ war vom inneren Kreis der Politik „der da oben“ ausgeschlossen und etablierte sich damit zum Sprachrohr „der da unten“. Hierbei unterscheidet sich die FPÖ auch stark von den anderen freiheitlichen Parteien in Westeuropa (vgl. Anton Pelinka 2002: 283f.).

In den sechziger Jahren versuchte der Bundesparteiobmann Friedrich Peter, die Partei vermehrt zu integrieren. Kurt Richard Luther nennt diese Zeit der FPÖ eine „Normalisierungsphase“, in der die Wahlergebnisse sich stabilisierten. Dies gelang durch die Akquirierung akademischer und intellektueller MitarbeiterInnen und der Anpassung der Programmatik (vgl. Kurt Richard Luther 2005: 3).

Durch die neue Gesprächsbereitschaft entwickelte sich in den siebziger Jahren die Chance zur SPÖ- Minderheitsregierung. Die Phase der „Akzeptanz“ wurde jedoch von einer Phase der „inneren Auseinandersetzungen“ abgelöst. Die erste Bundesregierungsbeteiligung im Jahr 1983 fügte der Partei erheblichen Schaden zu (vgl. Kurt Richard Luther 2005: 3).

Die Partei war weitgehend unvorbereitet für die Regierungsbeteiligung und außerdem organisatorisch unterentwickelt. Schließlich kam es im Jahr 1986 bei einem Bundesparteitag zu einer Kampfabstimmung, in der Jörg Haider das Ruder der Partei übernahm (vgl. Kurt Richard Luther 2005: 3).

Durch den ansteigenden Stimmenverlust der beiden Großparteien konnte die FPÖ ihren Kleinparteienstatus überwinden und über 10% des Stimmenanteils erzielen. Als größere Mittelpartei verschärfte die FPÖ ihre populistischen Akzente. Insbesondere der oben erwähnte Parteitag im Jahr 1986 in Innsbruck bestätigte diesen Wendepunkt (vgl. Anton Pelinka 2002: 284).

Die FPÖ wird zum einen als Traditionspartei in Österreich eingestuft, da sich die Ursprünge im großdeutschen Lager finden. Die nationalsozialistische Vergangenheit und Kontinuität verweist zum anderen auch auf die partiell rechtsextremistische Ader der populistischen Partei (vgl. Anton Pelinka 2002: 285).

Daraus resultierte die populistische und erfolgreichste Phase der FPÖ. In dieser Zeit kam es auch zu einer ersten Abspaltung von der FPÖ. Der liberale Flügel hat sich im Jahr 1993 durch die Gründung des „Liberalen Forums“ (LiF) von der Ursprungspartei distanziert. Im Jahr 1999 wurde die FPÖ mit 26,9% zweitstimmstärkste Partei und überholte damit erstmals die ÖVP (vgl. Kurt Richard Luther 2005:4).

Dieses Wahlergebnis und der Koalitionswille der ÖVP ermöglichte der FPÖ ein weiteres Mal eine Regierungsbeteiligung. Jedoch scheiterte die Partei wiederum an den hohen organisatorischen, personellen und strategischen Herausforderungen (vgl. Kurt Richard Luther 2005: 4).

Jörg Haider erhob sich zum schärfsten Kritiker der FPÖ-Regierungslinie und regte die innerparteilichen Spannungen weiter an. Die wichtigsten Parteipositionen wurden ständig von neuen Leuten besetzt (vgl. Karl Richard Luther 2005:9). Die von Jörg Haider inszenierte Abspaltung im Jahr 2005 und die folgende BZÖ-Gründung fügte der Partei weiteren Schaden zu (vgl. Kurt Richard Luther 2005: 4).

Die Regierungsverantwortung der FPÖ führte außerdem zu einer Distanzierung zu den lokalen Parteifunktionären, die sich an der protestartigen Politik der FPÖ orientiert hatten. Die politischen Positionen erwiesen sich als inkonsistent und die Regierungslinie konnte nicht ausreichend an die Basis kommuniziert werden. Die FPÖ verlor maßgeblich an Stimmen und dadurch stieg die zuvor unterdrückte regionale Spannung innerhalb der Partei immer mehr (vgl. Karl Richard Luther 2005: 8f.).

Die als Oppositionspartei aufgebaute Organisation musste sich den verschiedenen Regierungsmodi anpassen. Zum einen hat die Partei an Schlag- und Oppositionskraft verloren und zum anderen war sie der politischen „Selbstzerstörung“ ausgesetzt. Die Partei büßte bei der Nationalratswahl im Jahr 2002 ganze zwei Drittel ihrer WählerInnen ein und verlor in weiterer Folge finanzielle und personelle Mittel (vgl. Kurt Richard Luther 2005:13).

Außerdem schildert Pelinka die Distanz der FPÖ zu den Zentren der österreichischen Konkordanzdemokratie. Laut Pelinka erklärt dies auch die geringe Organisationsdichte der FPÖ im Vergleich zur SPÖ und ÖVP. Damit war sie die einzige der drei traditionellen Lagerparteien, die sich zu einer locker organisierten Wählerpartei entwickelte und somit eine geringe Anzahl an Mitgliedern ansprach (vgl. Anton Pelinka 2002: 284).

Auch Angelo Panebianco klassifiziert im Jahr 1988 die FPÖ als professionalisierte Wählerpartei dem Idealtypus entsprechend (Angelo Panebianco 1988: 21-32). Dies gilt für die Zeit während des populistischen Protests unter Jörg Haider aufgrund der Veränderungen in der Parteizentrale (vgl. Kurt Richard Luther 2005: 11).

Im österreichischen Parteiensystem sind die Parteien sowohl außerhalb als auch innerhalb entstanden. Als klassische Abspaltungs- bzw. innerparlamentarische Parteien können das LiF und das BZÖ genannt werden. Sie sind Nachfolgeparteien der FPÖ und sind auch entlang der Konfliktlinie des „dritten Lagers“ entstanden. Die Grünen hingegen sind als Bewegung außerhalb des Parlaments gegründet worden (vgl. Wolfgang C. Müller 2006c: 294).

Elmar Wiesendahl stellt außerdem fest, dass auch die partizipatorische Revolution eine Veränderung in der Beteiligungs- und Protestkultur mit sich brachte. Dadurch erst konnten ökologischen Themen auf die politische Agenda gesetzt werden. Aber auch sozioökonomische- und kulturelle Themen kamen ins Zentrum der Proteste und rechtspopulistische Parteien konnten die sogenannten „Modernisierungsverlierer“ für sich gewinnen (vgl. Elmar Wiesendahl 2010: 93).

Die Entstehung der Grünen kann auch mit der Postmaterialismustheorie in Verbindung gebracht werden. Diese steht in einer engen Verbindung zu den neuen sozialen Bewegungen in den Industrieländern während der siebziger Jahre. Dabei treten die postmaterialistischen Werte wie Umwelt, Frieden und Frauenpolitik in den Mittelpunkt. Kitschelt und Hellemans haben in den neunziger Jahren die Postmaterialismusthese mit der Cleavage-Theorie von Stein und Rokkan verknüpft. Somit argumentieren auch diese Autoren, dass die Gründung der grünen Parteien im Zusammenhang mit der Entstehung einer neuen Konfliktlinie (Ökonomie und Ökologie) steht. Außerdem wird auf den Gegensatz „neue“ und „alte“ Politik verwiesen (vgl. Lothar Probst 2013: 510).

Im Jahr 1986 ist die grüne Bewegung und die daraus resultierende grüne Partei, die erste Partei, die nicht der traditionellen und weltanschaulichen Lager zugehörig war, entstanden. Jedoch ging dieser Erfolg auf verschiedene Initiativen und Gruppierungen aus den siebziger Jahren zurück. Das politische Monopol der etablierten Akteure und Institutionen wurde von diesen Gruppierungen in Frage gestellt. Im Zuge der gesellschaftlichen Veränderungen entstanden neue soziale Bewegungen mit dem Fokus auf postmaterielle Werte und der Einsicht der „*Grenzen des Wachstums*“ (vgl. Herbert Dachs 2006: 389).

Die Geschichte der österreichischen Grün- und Alternativparteien ist geprägt durch heterogene Entwicklungen und Positionierungen, angefangen bei der Bürgerliste (BL) in Salzburg die in den siebziger Jahren zum ersten Mal in den Landtag einzog. Die Entstehung der ersten Grün – Alternativen Partei auf Bundesebene geht auf die Vereinten Grünen Österreichs zurück (VGÖ). Sie entstanden um die Diskussion der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der Kampagne „Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf“ (vgl. Herbert Dachs 2006: 390).

Bereits im Jahr 1982 hat die Bewegung beschlossen, bei den nächsten Nationalratswahlen zu kandidieren unter der Führung des Geologen und Universitätsprofessoren Alexander Tollmann. Die Grundregeln des Parlamentarismus und der Demokratie wurden von dieser Bewegung akzeptiert. Das Programm der Partei beschränkt sich auf Themen wie „Bürger und Staat“ und „Mensch und Umwelt“. Die Bewegung hat versucht, durch bekannte Persönlichkeiten eine besondere Medienwirksamkeit zu erzielen und somit ihre organisatorische Schwäche auszugleichen. Jedoch scheiterte die Partei bei den Nationalratswahlen im Jahr 1983 aufgrund interner Uneinigkeiten und Meinungsverschiedenheiten (vgl. Herbert Dachs 2006: 390).

Im Jahr 1983 versuchte eine weitere Grünpartei in den Nationalrat gewählt zu werden. Bei der Alternative Liste Österreichs (ALÖ) handelte es sich um eine sehr heterogene Gruppierung. Ideologisch orientierten sie sich an den deutschen Grünen und fokussierten sich auf die Prinzipien: ökologisch, basisdemokratisch, solidarisch und gewaltfrei. Außerdem standen sie für eine gesellschaftliche und staatliche Veränderung (vgl. Christian Oliver Popken 2012: 46).

Dies manifestierte sich durch das Prinzip der Dezentralisierung und der strikten Geschlechterparität bei der KandidatInnenliste. Auch der ALÖ blieb der Eintritt in den Nationalrat im Jahr 1983 verwehrt. Die Gründe lagen in der zu schwachen personellen und organisatorischen Präsenz (vgl. Herbert Dachs 2006: 391).

Im Jahr 1986 sind die Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) und die Alternative Liste Österreichs (ALÖ) gemeinsam als „Die Grüne Alternative“ bei den Nationalratswahlen angetreten. Die Vereinigung wurde durch den Bau des Kraftwerks Hainburg begünstigt, da beide Gruppen diesem Vorhaben ablehnend gegenüber standen. Somit schafften sie

es mit 4,8% der Stimmen in den Nationalrat und hatten ihren ersten parlamentarischen Erfolg zu verbuchen (vgl. Christian Oliver Popken 2012: 46).

Die „Grüne Alternative“ ist seither im Nationalrat kontinuierlich vertreten und es kann bis auf die Ausnahme im Jahr 1995 eine ansteigende Tendenz der Stimm- und Mandatsanteile verbucht werden. Die grünen MandatarInnen konnten sich auch in den verschiedenen Landtagen etablieren. Außerdem verfügen die Grünen in den Gemeinden auch über sympathisierende Listen und VertreterInnen. Des Weiteren waren die Grünen auch schon in Regierungen auf Landesebene und Exekutiven tätig. Dementsprechend stellt Herbert Dachs fest, dass die Grünen ein fixer Bestandteil der österreichischen Parteienlandschaft sind. Von einer „Alternative zum Parteiensystem“ haben sie sich zu einer „Alternative im Parteiensystem“ entwickelt (vgl. Herbert Dachs 2006: 399f.).

Bei den Nationalratswahlen im Herbst 2013 hat die FPÖ plus 3,0% im Vergleich zu den letzten Wahlen im Jahr 2008 erzielen können und damit einen Stimmenanteil von 20,5% erreicht. Damit konnte die FPÖ 40 MandatarInnen in den Nationalrat bestellen. Auch die Grünen haben einen Zugewinn von 2,0% erhalten und liegen damit bei 12,4%. Sie stellen damit 24 MandatarInnen (vgl. BM.I Nationalratswahlen 2013).

Anhand des Zugewinns der WählerInnenstimmen der beiden Parteien, die sich bereits im zweistelligen Bereich befinden, kann meines Erachtens festgehalten werden, dass sich die FPÖ aber auch die Grünen jenseits der Kleinparteien befinden und durchaus als Mittelpartei deklariert werden dürfen. Hinsichtlich ihrer Entstehung stehen sich zwei konträre Parteien gegenüber. Schließlich gehen die Wurzeln der FPÖ bis in die Habsburgermonarchie zurück.

Die gesamte Umweltbewegung bzw. auch das Umweltbewusstsein in der Gesellschaft ist ein neueres Phänomen. Wenn man die Konfliktlinie der ökologischen Bewegung, also Ökologie vs. Ökonomie anerkennen mag, dann ist die Entstehung der Grünen auf das zurückzuführen. Wobei beider Parteien einen politischen Aufwind Mitte der achtziger Jahre erlebt haben.

Hinsichtlich ihrer Entwicklung stehen beide Parteien einer organisatorischen Veränderung gegenüber. Umso größer eine Partei, desto komplexer werden die organisatorischen Ansprüche.

8.2. Organisation und innere Struktur

Die Satzung der „Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – die Freiheitlichen“ wurde weitgehend am Bundesparteitag im Jahr 1957 beschlossen. Jedoch hat es immer wieder Novellierungen gegeben. Die hier herangezogene aktuellste Version stammt aus dem Jahr 2011 (vgl. Satzung FPÖ 2011: 1).

Die FPÖ-Landesgruppen sind auf formaler Ebene eine Untergliederung der Bundespartei und somit weisungsgebunden. Die Ortsgruppen können je nach Anzahl der Mitglieder in einzelnen oder mehreren Gemeinden bestehen. Diese Entscheidung obliegt der Landesleitung (vgl. Kurt Richard Luther 2005: 6). Der Bundesvorstand und das Präsidium gelten als die mächtigsten Gremien. Die Machtposition der Obmänner bzw. Obfrauen war sehr unterschiedlich und abhängig von ihrer eigenen Persönlichkeit und dem Rückgrat in der Basis (vgl. Andreas Kampl 1996: 85).

Die Vereine der FPÖ sind rechtlich unabhängig und stellen keine Untergliederung der Partei dar. Jedoch pflegen sie die gleichen Interessen, Ziele und Ideologien wie die sogenannte „Mutterpartei“. Zu den Vereinen zählen der Ring Freiheitlicher Jugend, der Ring Freiheitlicher Studenten, der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender, der Freie Österreichische Lehrerverband, der Österreichische Pensionistenring sowie der Österreichische Verband für Jugendwohlfahrt ebenso wie die Freiheitliche Akademie und die Neue Freie Zeitung (vgl. Andreas Kampl 1996: 79).

In der Satzung der FPÖ werden auch die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft

(§4 Satzung FPÖ 2011) festgelegt:

„Ordentliche Mitglieder können Personen werden, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und sich zu den Grundsätzen der Partei bekennen. Unterstützende Mitglieder können physische und juristische Personen werden, welche die Ziele der Partei durch Geld- und Sachzuwendungen oder sonst wie fördern. Ehrenmitglieder sind Personen mit außerordentlichen Verdiensten um die Partei.“

Die Mitgliedschaft (§5 Satzung FPÖ 2011) wird durch den zuständigen Landesparteivorstand bestätigt oder abgelehnt. Dieser kann durch den Ort des Hauptwohnsitzes oder der Beantragung bestimmt werden. In „besonderen Fällen“

entscheidet jedoch der Bundesparteivorstand bzw. in Ausnahmefällen ist eine *„Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Bundesparteivorstandes erforderlich.“*

In der FPÖ sind es nach Pelinka nicht die Mitglieder, sondern vielmehr sogenannte „Karten“-Besitzer mit verschiedenen Einflussmöglichkeiten (vgl. Anton Pelinka 2009: 626). Die Rechte der FPÖ-Mitglieder (§7 Satzung FPÖ 2011) lauten:

„Die ordentlichen Mitglieder sind berechtigt, nach Maßgabe dieser Satzungen entweder persönlich oder durch Delegierte an den Tagungen der Partei teilzunehmen, bei diesen das Wort zu ergreifen, Anträge zu stellen und bei den zu fassenden Beschlüssen und vorzunehmenden Wahlen durch ihre Stimmabgabe mitzuwirken.“

Die Kandidatur bei der FPÖ wird in ihrer Satzung grundsätzlich den ordentlichen Mitgliedern (§7 Abs. 4 Satzung FPÖ 2011) vorbehalten. Jedoch gibt es auch hier Ausnahmen, die durch den Bundesparteivorstand bestimmt werden können. Bei der FPÖ entscheidet der Bundesparteivorstand (§14 Abs. 6 Satzung FPÖ 2011) über die „Kandidatenliste“ bei den Nationalratswahlen im dritten Ermittlungsverfahren und den EU-Wahlen. Außerdem entscheidet der Bundesparteivorstand über die Nominierung der „Kandidaten“ der Bundesregierung (inklusive Staatssekretäre) und der Bundespräsidentenwahl. (vgl. Satzung FPÖ 2011:9).

Auch innerhalb der FPÖ werden die Wahlen prinzipiell „geheim“ abgehalten. Wobei im Statut (§24 Abs. 4 Satzung FPÖ 2011) die Möglichkeit einer offenen Wahl durch Zuruf, bei einer Zweidrittelmehrheit eingeräumt wird. Dies gilt jedoch nicht bei der Wahl des Bundesparteiobermannes, der Landesparteiobmänner und der Bezirksparteiobermänner.

Vor allem Parteien aus der „rechten“ und „populistischen Ecke“ haben eine parteienfeindliche Grundeinstellung. Die organisatorischen Merkmale dieser Parteien sind vor allem kombiniert mit autoritären Kaderstrukturen und elektoralen Strategien. Die Mitgliederorganisation hält sich deshalb bei diesen Parteien prinzipiell in Grenzen (vgl. Franz Decker und Anne-Kathrin Oeltzen).

Die hohe Organisationsdichte des Landes ist weitgehend geprägt von den Traditionsparteien SPÖ und ÖVP. Besonders im Vergleich dazu erscheint der Organisationsumfang der FPÖ gering. Jedoch hat die FPÖ seit dem Jahr 1986 einen Mitgliederzuwachs zu verbuchen (vgl. Kurt Richard Luther 2005: 10). Wobei Wolfgang C. Müller et. al. auf die Tatsache verweisen, dass im Vergleich zu den WählerInnen diese Zahl immer noch gering ist (vgl. Wolfgang C. Müller 1999: 207).

Der Mitgliederzuwachs bildet keinen konstanten Prozess, ist jedoch seit dem Jahr 2002 wieder rückläufig. Luther stellte einen Verlust von 11,6% der Mitglieder zwischen Oktober 2000 und August 2004 fest. Dabei verweist er auf die unterschiedlichen Entwicklungen in den Landesgruppen. Aufgrund innerparteilicher Konflikte wurden einzelne Ortsgruppen sogar aufgelöst. Insbesondere die Gründung des BZÖ wirkte sich schwierig auf den territorialen Zusammenhalt aus (vgl. Kurt Richard Luther 2005: 11).

Die Mitgliederanzahl beläuft sich bei der FPÖ auf 40.000 (Stand 2008) (vgl. der Standard 2008). Die Daten zur Mitgliedschaft der FPÖ sind besonders lückenhaft. Jedoch hebt Luther hervor, dass die meisten FPÖ Mitglieder männlich sind und Frauen somit nur einen geringen Teil (25%) der Partei ausmachen. Ein weiterer Aspekt ist, dass die meisten Mitglieder vergleichsweise jung sind (vgl. Kurt Richard Luther 2005: 11). Auffallend an der Parteisatzung der FPÖ ist, dass keine Regelung der Frauenquote oder Ähnliches festgeschrieben ist. Dementsprechend klein ist der Anteil der FPÖ-Frauen im Nationalrat. Außerdem finden sich auch keine Regelungen bezüglich begrenzter Kandidatur.

Die traditionelle Subkultur der Freiheitlichen ist auf ein deutsch-nationales Denkmuster zurückzuführen. Diese Subkultur war in Österreich nie dominierend und bediente sich keiner umfassenden Organisation (vgl. Wolfgang C. Müller et. al. 1999: 201).

Auch Pelinka beschreibt die FPÖ bis 1995 als schwach organisierte Wählerpartei. Jedoch hat die Partei einen organisatorischen Wandel vollzogen. Er bezeichnet die FPÖ nun als neu organisierte Bewegung (vgl. Anton Pelinka 2009: 626).

Kurt Richard Luther betont insbesondere die Veränderung der Organisationswirklichkeit innerhalb der FPÖ in der Zeit der Regierungsverantwortung von 2000 bis 2006. Er argumentiert, dass die Position von Jörg Haider in dieser Zeit weitgehend geschwächt wurde und „loosely coupled anarchy“ entstand. Dadurch kam es zu Spannungen zwischen „party in the public office“ und der „party on the ground“,

die wiederum die Spaltung der Partei im Jahr 2005 beeinflussten (vgl. Kurt Richard Luther 2005:7).

Die grüne Parteiorganisation unterscheidet sich ganz grundsätzlich von allen anderen vertretenen Parteien durch die starken basisdemokratischen Elemente. Deshalb wird die Organisation der Grünen auch nicht als traditionelle Parteiorganisation verstanden. Dies wird im folgenden Absatz (§2 Satzungen der Grünen 2012) der Satzungen der „Grünen“ und der „Grünen Alternative“ im Jahr 2012 folgendermaßen beschrieben:

„[Anm.: Die Grünen wollen] keine Parteiorganisation im traditionellen Sinn sein, sondern die gemeinsame demokratische Organisation jener Menschen, die sich in ökologischen, demokratischen, sozialen Bereichen, in der Kultur- und Friedenspolitik engagieren und für die Gleichberechtigung der Frauen in Beruf, Politik und in der Gesellschaft eintreten.“

Auch die Unterteilung bzw. „Gliederung“ (§7 Satzungen der Grünen 2012) verweist auf eine gewisse Unabhängigkeit der Landesorganisationen. Nach der Satzung der Grünen gelten diese als „autonome“ Organisationen. Außerdem wird hierbei besonderer Wert auf die ethnischen Minderheiten und deren adäquate Vertretung Wert gelegt.

Weitere besondere Regelungen lassen sich bei der KandidatInnenauswahl finden. Es wird festgelegt, dass die Kandidatur nach 10 Jahren erschwert wird. Wenn also ein/e KandidatIn (§8 Abs. 9 Satzungen der Grünen 2012) vor einer Wahl *„länger als 10 Jahre im Nationalrat, dem Bundesrat, Europaparlament, Bundes- oder Landesregierung tätig war“*, dann sollte erst durch eine zweidrittel Mehrheit des Bundes- oder Landeskongresses die Kandidatur bestätigt werden.

Demnach kann festgehalten werden, dass eine Begrenzung der Kandidatur vorliegt und besonders auf ethnische Minderheiten geachtet wird.

Die Grünen ermöglichen jeder „natürlichen Person“ (§5 Abs. 1 Satzungen der Grünen 2012) die Mitgliedschaft in ihrer Partei. Im nächsten Absatz (§5 Abs. 2 Satzungen der Grünen) wird dezidiert auf den Beitritt oder die Mitarbeit bei den Grünen eingegangen:

„Der Beitritt erfolgt durch schriftliche Erklärung und Aufnahme bei einer Landesorganisation. Die Mitgliedschaft beginnt nach der Aufnahme mit der Entrichtung eines Mitgliedsbeitrages. Grundsätzlich gibt es weder auf Bundes- noch auf Landesebene die verpflichtende

Einführung von „Mitgliedschaften. Die Landesorganisationen handhaben diese Frage autonom.“

Bereits aus diesem Absatz geht klar hervor, dass sich die Grünen nicht als Mitgliederpartei verstehen und auch nicht unbedingt das Konzept der Mitgliedschaft praktizieren. Dementsprechend gering sind auch die Verpflichtungen der grünen Mitglieder.

In nur einem Absatz (§6 Abs. 4 Satzungen der Grünen 2012) werden die Pflichten dargelegt:

„Jedes Mitglied soll sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für die politischen Ziele der GRÜNEN – DER GRÜNEN ALTERNATIVE (GRÜNE) einsetzen.“

Auch die Frauenrechte werden in den Satzungen der Grünen besonders hervorgehoben. Die sogenannte Quotenregelung der Grünen ist durch das *Paritätsprinzip* (§7 Abs. 3 Satzungen der Grünen 2012) gekennzeichnet. Demnach sind in allen gewählten Organen und Funktionen 50% Frauen vorgesehen. Eine Mehrheit an Frauen wird akzeptiert und forciert.

Die generelle Machtverteilung innerhalb der Partei ist laut Statut durch einen föderalistischen Ausgleich unter Berücksichtigung der Qualifikation gekennzeichnet (§8 Abs. 9 Satzungen der Grünen 2012). Auch die Minderheitenvertretung wird in einem eigenen Paragraphen behandelt (§ 7 Abs. 1 Satzungen der Grünen 2012). Grundsätzlich handelt es sich bei den Grünen um eine dezentrale Organisationsweise.

Die Grüne Partei ist also eher durch eine lose Organisationsform gekennzeichnet (vgl. Anton Pelinka 2009: 626). Sie ist auch mit dem Vorsatz gegründet worden anders zu sein als die Anderen. Als außerparlamentarische Protestpartei wollte sie sich als „Anti-Parteien Partei“ etablieren. Sie lehnte die Parteienoligarchie ab, sowie den Repräsentationsgedanken an sich. Deshalb unterscheidet sich die Grünpartei grundsätzlich in ihrer organisatorischen Form von den anderen Parteien. Das Organisationsideal lautete: *„Keine Macht für niemanden“* (vgl. Hubert Kleinert 2009: 45).

Außerdem kann sie als Medienpartei eingestuft werden, die von der Medienöffentlichkeit und dem Personalisierungseffekt profitiert. Typologisch kann die Partei aber auch als WählerInnenpartei angesehen werden. Des Weiteren kann eine

Professionalisierung und eine weitgehende Dominanz des Klubs festgestellt werden. Dadurch zeigen sich Schwächen in der Verbindung zur Basisinitiative und Zivilgesellschaft (vgl. Herbert Dachs 2006:390f.).

Insbesondere die Grünen haben sich geschlossene Hierarchien als Gegenbild zu Eigen gemacht. Jedoch gibt es auch heute bei den Grünen BerufspolitikerInnen und die Politik der Grünen hat sich den anderen Parteien angepasst (vgl. Sebastian Bukow /Thomas Poguntke 2013: 185).

Die Grünen verstehen sich nicht als Regierungspartei. Sie sind gekennzeichnet durch eine Bewegungs-und Rahmenstruktur (vgl. Franz Decker und Anne-Kathrin Oeltzen 2009: 262). Hubert Kleinerst argumentiert jedoch, dass die Grünen keinen neuen Typus der politischen Organisation gegründet haben. Er beschreibt den Gründungsweg der Grünen als einen Prozess von einer Bewegung zu einer Partei (vgl. Hubert Kleinert 2009: 46).

Am Beispiel der Grünen lässt sich erkennen, dass es „neue“ Parteien einfacher haben ihre Organisation zu verändern. Als neuere Partei müssen sie die Altlasten nicht mit sich tragen (vgl. Frank Decker/ Anne-Kathrin Oeltzen 2009: 262).

Meiner Meinung nach können die beiden Parteien fast als „Gegenstück“ zueinander beschrieben werden. Insbesondere bei der Vertretung von Frauen und Minderheitenrechten gibt es entgegengesetzte Positionen. In der Satzung der Grünen stellt sowohl die Mitgliedschaft als auch damit verbundene Pflichten keinen zentralen Punkt dar. Bereits in der Satzung lassen sich „inhaltliche“ Merkmale der Partei festmachen.

8.3. (Wahl)Programmatik und Konfliktlinien

Die Ideologie der FPÖ kann in ihren Ursprüngen als „Deutschtum“ Partei der Außenseiter beschrieben werden (vgl. Kurt Richard Luther 2005: 15). In der Zeit des populistischen Protests Anfang der achtziger Jahre hat sich die Partei vermehrt einem österreichischen Nationalismus zugewandt. Diese Fokussierung ist eng mit der Person Jörg Haider, dem ehemaligen Parteiobmann verbunden. Außerdem stellt die Proporzkritik ein wesentliches Merkmal der FPÖ-Ideologie dar, wobei diese in der Zeit des Regierungseintritts in den Hintergrund gedrängt wurde (vgl. Kurt Richard Luther 2005: 16).

Die FPÖ bezeichnet sich in ihrem aktuellen Wahlprogramm als eine „soziale Heimatpartei“. Der Titel des Wahlprogrammes lautet: „*Liebe deine Nächsten – für mich sind das unsere Österreicher*“ und beläuft sich auf nur 12 Seiten (vgl. Wahlprogramm FPÖ 2013: 1).

Bereits hier lässt sich ein markanter Unterschied zur anderen untersuchten Oppositionspartei, den Grünen, feststellen. Ihr Wahlprogramm nennt sich „*Saubere Umwelt – saubere Politik*“ und hat einen Umfang von 136 Seiten (vgl. Wahlprogramm die Grünen 2013: 1).

Im Titel des Wahlprogramms der FPÖ („*Liebe deinen Nächsten*“) lässt sich die Konfliktlinie von Kirche/Staat erkennen. Die konkreten politischen Forderungen enthalten jedoch fast keine religiösen Aspekte. Es lässt sich in diesem Programm in weiterer Folge das Eintreten für eine Trennung von Kirche und Staat beobachten (vgl. Wahlprogramm FPÖ 2013:11).

Dieser Punkt findet sich ausschließlich im Programm der FPÖ. Auch bei dem Wahlprogramm der Grünen wird anhand des ersten Teils („*Saubere Umwelt*“) die Dimension Ökologie angerissen. Zudem beanspruchen die österreichischen Grünen mit dem zweiten Teil des Titels („*saubere Politik*“) ein weiteres Themenfeld, das im tagesaktuellen Diskurs behandelt wird, für sich.

Der erste angeführte Punkt im Wahlprogramm stellt die Dimension Alt/Neu dar und kann als Kritik an den Traditionsparteien gewertet werden. Diese Kritik verläuft durch das gesamte Programm und betrifft abseits der Traditionsparteien auch die Grünen (vgl. Wahlprogramm FPÖ 2013: 2).

Das Element der Kritik wird auch bei den Grünen verwendet, sie verweisen zu Beginn auf die Korruptionsskandale, die sie im Umfeld von Rot, Schwarz und Blau verorten (vgl. Wahlprogramm die Grünen 2013: 6). Für klassische Oppositionsparteien wie es die FPÖ und die Grünen im Prinzip sind, ist dies jedoch ein zu erwartender Aspekt.

Die Grüne Partei bezieht sich im letzten Abschnitt auf das „*Einkommen zum Auskommen*“, ein Punkt der die Konfliktlinie der Arbeit anspricht (Wahlprogramm die Grünen 2013: 91). Da dies aber bei den Grünen erst gegen Ende des Wahlprogrammes aufscheint, hat dieser Punkt aus meiner Sicht eher geringe Priorität. Wobei Aussagen wie „*Wer in der richtigen Klasse ist, besitzt mehr*“ oder „*Vermögen verteilt sich auch*

nach Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen“ wieder auf den Konflikt der Arbeit verweisen würden (Wahlprogramm die Grünen 2013: 37).

Nachdem aber unternehmerische Aspekte vor allem hinsichtlich Einzel- und Kleinst-UnternehmerInnen im Programm ebenso eine Rolle spielen, wird die Konfliktlinie der Arbeit abgeschwächt (vgl. Wahlprogramm die Grünen 2013: 39).

Die Grünen auch betrachten die Wirtschaft immer unter „ökologischen“ Gesichtspunkten. Demnach ist die Umwelt im Zentrum der politischen Forderung, die lautet: *„sauberes Wasser, gute Luft und eine intakte Natur [sind] kein Luxus, sondern unsere Lebensgrundlage“* (Wahlprogramm die Grünen 2013: 10). Sie selbst sehen sich als einzige Partei, die diesem Grundsatz tatsächlich treu bleibt (vgl. Wahlprogramm die Grünen 2013: 14).

Des Weiteren beschäftigt sich die FPÖ mit „sozialen“ Belangen, die auch das sozialdemokratische Milieu betreffen. Exemplarisch sollen hier die Familienbeihilfe, die Pendlerpauschale und Sozialleistungen allgemein angesprochen sein (vgl. Wahlprogramm FPÖ 2013: 2). Außerdem spricht sich die FPÖ ebenfalls für ein *„leistbares Leben samt sicherer Arbeitsplätze“* und ein *„Einkommen zum Auskommen“* aus, wobei dies nur für österreichische StaatsbürgerInnen Geltung haben soll (Wahlprogramm FPÖ 2013: 3).

Demnach können diese Äußerungen bereits als Indikatoren für Dimensionen, die sich auf nationale oder supranationale Interessen beziehen, gewertet werden. Die FPÖ definiert sich sozusagen über das Thema Heimat, wobei der „Schutz“ vor Zuwanderung impliziert wird. Dies geht auch im Kapitel *„Politik der Nächstenliebe heißt: Schutz vor Kriminalität und Asylmissbrauch“* hervor. Dabei geht es vor allem um die Verschärfung von Strafen und Asylkontrollen (vgl. Wahlprogramm FPÖ 2013: 10).

Die Grünen nehmen genau die gegenteilige Position zum Thema Migration ein. Sie setzten sich ganz klar gegen jegliche Form der Diskriminierung und gegen Rechtsradikalismus ein (vgl. Wahlprogramm die Grünen 2013: 109 und 123).

Die FPÖ äußert sich vorwiegend negativ gegenüber der Europäischen Union. Dabei lautet der Tenor, dass weniger EU von Vorteil wäre (vgl. Wahlprogramm FPÖ 2013: 7). Die Grünen sehen sich im Gegensatz zur FPÖ als globale Partei und bevorzugen internationale Lösungen (vgl. Wahlprogramm die Grünen 2013: 31).

Die FPÖ sieht sich selbst als Heimatpartei und die Grünen sehen sich im Dienste einer Umweltpolitik, die keine nationalen Grenzen kennt. Demnach beziehen die Grünen eine

klare pro-europäische Position und demnach eine konträre Position zur FPÖ (vgl. Wahlprogramm die Grünen 2013: 29f.).

In der FPÖ werden Themen und Konflikte wie Frauen und Umwelt völlig ausgespart. Auch auf eine Gender gerechte Sprache wird kein Wert gelegt. Meiner Ansicht nach misst die Partei demnach diesen Themenkomplexen keine Bedeutung zu.

Die Grünen hingegen heben den Stellenwert der Frau und der Gleichberechtigung für Lesben, Schwule und Transgender hervor (vgl. Wahlprogramm die Grünen 2013: 81). Gegenwärtig werden Frauen noch stark benachteiligt und die Grünen verweisen auf einen Rückgang der emanzipierten Frauenpolitik in Österreich (vgl. Wahlprogramm die Grünen 2013: 84).

Auch Menschen mit Behinderung oder Benachteiligte werden erwähnt (vgl. Wahlprogramm die Grünen 2013: 104). Im direkten Vergleich zur FPÖ behandeln die Grünen einige „neuartige“ Themen, wie beispielsweise Digitalisierung und Netzwerkpolitik (vgl. Wahlprogramm die Grünen 2013: 53), Tierschutz (Wahlprogramm die Grünen 2013: 23) und Ernährung (vgl. Wahlprogramm die Grünen 2013: 24).

Die österreichischen Grünen sind zwar als spezifische Umwelt- und Ökologiepartei entstanden, haben jedoch ihr Programm erweitern können und dadurch auch Verhandlungen mit anderen Parteien ermöglicht. Dieser Wandel skizziert die Entwicklung von einer „Protest-“ zu einer „Veränderungs-Partei“. Demnach stehen die Grünen heute auch für ein Engagement der Minderheiten, gegen Diskriminierung jeglicher Art, Frauenfragen und AusländerInnen ein. Die „Grüne Alternative“ ist nicht in das Macht- und Klientelsystem eingebunden. Dadurch haben sie jedoch die Möglichkeit, weitgehende Kritik auszuüben und neue Lösungsansätze zu präsentieren (vgl. Herbert Dachs 2006:390f.).

9. Die Klein- und Neuparteien – Die NEOs und das Team Stronach

Bei dem Begriff der Kleinparteien handelt es sich um eine Definition, die immer im Zusammenhang mit dem jeweiligen Parteiensystem zu sehen ist. In den letzten 69 Jahren haben zahlreiche Neuparteien versucht (Stand Februar 2014), in den österreichischen Nationalrat zu gelangen. Barbara Liegl gibt bis zum Jahr 2006 an, dass die Zahl bei über 40 Parteien zwischen null und sechs Prozent liegt (vgl. Barbara Liegl 2006: 402).

9.1. Entstehung und Entwicklung

Am 27. September 2012 gründete der Industrielle Austro-Kanadier Frank Stronach die neue Partei „Team Stronach für Österreich“. Frank Stronach ist in den fünfziger Jahren nach Kanada ausgewandert und hat dort das Autozulieferunternehmen Magna gegründet. Durch den Magna – Konzern ist Frank Stronach zum Milliardär geworden. Er wurde in Weiz in der Steiermark als Frank Strohsack im Jahr 1932 geboren. Als er im Jahr 1954 nach Kanada auswanderte, vollzog er nach eigenen Angaben den „kanadischen Traum“ (vgl. FAZ 27.09.2012).

Die Gründung des Team Stronachs war nicht der erste politische Akt des Austro-Kanadiers. Bereits in den achtziger Jahren hatte Frank Stronach den Versuch, ein politisches Amt zu erlangen, gewagt. Damals trat er als Kandidat einer liberalen Partei an und scheiterte (vgl. FAZ 27.09.2012).

Das „Team Stronach für Österreich“ ist während einer laufenden Gesetzesperiode und innerhalb des Nationalrates entstanden. Abgeordnete aus anderen Fraktionen, insbesondere vom BZÖ wechselten zum Team Stronach. Daraufhin konnte der Status eines parlamentarischen Klubs beantragt und am 08.11.2012 nach einer formalen Prüfung von der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer gewährt werden (vgl. Parlament/Parlamentskorrespondenz Nr. 880).

Während der ersten Umfragen im Jahr 2012 kam das „Team Stronach für Österreich“ bereits auf ca. zehn Prozent der WählerInnenstimmen. Frank Stronach selbst erhoffte sich ein Ergebnis jenseits der 20% Marke. Somit wurde das Team Stronach von den Medien auch als Sensation des Jahres gehandelt (vgl. Profil 22.12.2012).

Der Gründer selbst war überzeugt und prognostizierte dass „*der 27. September 2012, [...] ein sehr wichtiger Tag, der in die Geschichte Österreichs eingehen wird und der auch in die Geschichte der Welt eingehen wird*“ sein sollte (derStandard 27.09.2012). Das österreichische Magazin „Profil“ schrieb Anfang des Jahres 2013 sogar von einer Art neuem Populismus und einer totalitären Bewegung durch Frank Stronach. Dies wird argumentiert durch die mangelnde demokratische Grundhaltung und die „Anti-Parteiführung“. Außerdem wird bemerkt, dass sich die Abgeordneten aus rein politischen Karriereoptionen dem Team Stronach zugewandt haben und diese werden zudem als „Glücksritter“ bezeichnet (vgl. Profil 18.02.2013).

Nach den Nationalratswahlen 2013 (Team Stronach 5,7% (BM.I Nationalratswahlen 2013)) kann festgehalten werden, dass das Projekt Team Stronach dem erwarteten Erfolgs nicht gerecht wurde (vgl. Spiegel 23.10.2013). Frank Stronach selbst hat das politische Parkett bereits wieder verlassen. Frank Stronach war vom 29.10.2013 bis zum 30.01.2014 Abgeordneter des österreichischen Nationalrates (vgl. Parlament 2014: Frank Stronach Biographie).

Kathrin Nachbauer wurde Anfang 2013 von Frank Stronach als Vertrauensperson instrumentalisiert (vgl. Profil 18.02.2013). Nach den Wahlen entmachtete der Parteigründer den (ehemaligen) Fraktionschef Richard Luger. Anstatt Luger leitete von nun an Kathrin Nachbauer die Partei. Des Weiteren wurden der Wahlkampfleiter sowie die Landeschefs von Niederösterreich, Kärnten und Salzburg entlassen. Auch in Vorarlberg sind zwei Vorstandsmitglieder und neun Ortsgruppenobleute abgetreten (vgl. Spiegel 23.10.2013).

Nach dem Rückzug des Parteigründers Frank Stronach soll die Partei unter dem gleichen Namen im Nationalrat weiter bestehen. Jedoch lehnte der Parteigründer jegliche weiteren Finanzierungen der Partei ab (vgl. derStandard 28.01.2014). Die Kandidatur bei den Parlamentswahlen der Europäischen Union findet nicht statt (Stand Mai 2014).

Genau einen Monat nach der offiziellen Gründung des Team Stronach stellte sich eine weitere neue Partei für die Nationalratswahlen 2013 auf. Am 27. Oktober 2012 initiierte Matthias Strolz die „NEOs – Das neue Österreich“. Der 40 Jährige NEOs- Politiker stammt aus Vorarlberg und war im Wirtschaftsbund der ÖVP aktiv. Die meisten Anhänger der NEOs stammen ursprünglich aus den Reihen der ÖVP. Bereits vor zwei Jahren veröffentlichte Strolz ein Buch mit dem Titel „*Warum wir Politikern nicht*

trauen“. Daraufhin hat ihn insbesondere der Ex ÖVP-Chef Erhard Busek aufgefordert, politisch aktiv zu werden (vgl. Profil 11.02.2013).

Die NEOs sehen sich als die liberale Stimme in Österreich. Auf europäischer Ebene gehören sie auch bereits der liberalen Parteifamilie an. Bei den Nationalratswahlen im Herbst 2013 (NEOs 5,0% (BM.I Nationalratswahlen 2013)) haben die NEOs die Vier-Prozent- Hürde geschafft und sind nun im Nationalrat mit neun Abgeordneten vertreten (vgl. dieZeit 02.10.2013).

Zum ersten Mal seit 1945 ist damit keine abgespaltene Partei (wie 1993 das Liberale Forum) mit einem liberalen und pro-europäischen Programm gewählt worden, sondern eine eigenständige Bewegung (vgl. dieZeit 21.10.2013).

Die NEOs haben sich im Jahr 2012 mit den Jungen Liberalen auf eine Kooperation einigen können. Des Weiteren arbeiten die NEOs mit der Online Partei Österreichs (OPÖ) zusammen. Bereits im März 2013 haben sich die NEOs mit dem Liberalen Forum auf eine gemeinsame Wahlplattform verständigt (vgl. NEOs Homepage 2014).

Bei dem Konvent der NEOs im Jänner 2014 stimmte eine Mehrheit des Liberalen Forums und der NEOs für eine Fusion der beiden Parteien. Der offizielle Name der Partei hat sich dadurch geändert, seit diesem Zeitpunkt nennt sich die Partei „NEOs – das neue Österreich und Liberale Forum“. NEOs Parteigründer Matthias Strolz blieb nach einer Abstimmung mit herausragender Mehrheit (370 von 375 Stimmen) der Vorsitzende der Partei. Mit der Vereinigung wurde das von Heide Schmitt gegründete Liberale Forum nach 21 Jahren aufgelöst. Der Millionär Hans Peter Haselsteiner, ein ehemaliges Mitglied des Liberalen Forums, versteht sich als Vermittler und „Senior Advisor“ zwischen den beiden zusammengeführten Parteien (vgl. diePresse 25.01.2014).

Auch die Jungen Liberalen haben inzwischen angegeben, dass sie sogar ihren Namen in „JUNOS – Junge Liberale Neos“ umbenennen. Außerdem sollen sie von nun als Jugendorganisation der NEOs fungieren (vgl. derStandard 22.03.2014).

Ihrer Entstehung und Gründung zufolge sind die beiden neuen Parteien fast zeitgleich vor der Wahl entstanden. Vorhergehende politische Enttäuschungen und Korruptionsskandale haben den nötigen Nährboden für diese Parteien geschaffen. Wobei die Vorgehensweise der beiden Parteien sich stark voneinander unterscheidet.

Beide Neuparteien verstehen sich als „wirtschaftliche“ Kräfte. Das Team Stronach will insbesondere durch einen stark personen- („Frank“) und einen werte-bezogenen Wahlkampf punkten. Wohingegen die NEOs auch eine starke Persönlichkeit („Matthias Strolz“) an ihrer Spitze haben, aber sich doch als Entscheidungskollektiv („basierend auf Bürger“) verstehen. Ein weiterer markanter Unterschied der beiden Parteien bezieht sich auf ihren parteifamiliären Ursprung.

Das Team Stronach kann wohl als ein nationales bzw. österreichisches Phänomen festgehalten werden. Demzufolge ist auch klar, dass das Team Stronach bei den EU-Parlamentswahlen nicht teilnehmen wird, wohingegen die NEOs ihre Wurzeln in einer europaweiten liberalen Parteifamilie haben. Demzufolge ist die Kandidatur bei den EP-Wahlen 2014 für die NEOs wohl als Selbstverständlichkeit anzusehen („*Wir lieben Europa*“).

Abschließend kann noch die Beständigkeit der beiden Parteien verglichen werden. Gegenwärtig scheint das Team Stronach vor allem durch innere Konflikte als gering bedeutsam. Die NEOs haben zumindest die Zeit nach der Nationalratswahl unbeschadet überstanden und haben somit eine bessere Grundlage für ein Fortbestehen.

9.2. Organisation und innere Struktur

Der offizielle Name im Statut vom 25. September 2012 der Partei von Frank Stronach lautet „Team Stronach für Österreich“ (Kurzbezeichnung „Team Stronach“) mit Sitz in Wien (vgl. Team Stronach Statut 2013: 1). Der Name der NEOs ist laut dem Statut vom 27.10.2012 und 30. März 2013 „NEOs –Das Neue Österreich“. Inzwischen ist das „Liberale Forum“ Teil des Namens. Der offizielle Sitz der Partei ist ebenfalls in Wien (vgl. NEOs Statut 2014: 1).

Das Team Stronach besteht in erster Linie aus (§7 Statut Team Stronach 2013) dem Obmann und seinem Stellvertreter¹. Weitere Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung, sowie die Rechnungsprüfer und das Schiedsgericht.

Der Vorstand (§8 Statut Team Stronach 2013) besteht wiederum aus Obmann, Stellvertreter und Finanzreferenten. Außerdem wird die Partei, nach außen, ausschließlich durch den Obmann repräsentiert. Falls der Obmann jedoch verhindert

¹ Die nicht gendergerechte Begriffe des TS- Statutes wurden zur Veranschaulichung in dieser Arbeit genauso übernommen.

sein sollte, darf auch sein Stellvertreter einspringen. Der Stellvertreter wiederum darf bei Verhinderung durch den Finanzreferenten oder auch das älteste Parteimitglied vertreten werden.

Der Vorstand ist nach Beschlussfassung der Mitgliederversammlung für 4 Jahre im Amt. Die zentralen Aufgaben des Vorstandes sind die *„Leitung der Partei, die Vorbereitung und Leitung der Mitgliederversammlung, die Aufstellung der Kandidatenliste für allgemeine Vertretungskörper (z.B. Nationalrat) und die Aufsicht der gesamten Parteitätigkeit“* (Team Stronach Statut 2013: 3).

Die mächtigste Stellung innerhalb der Partei geht (ursprünglich) vom Obmann bzw. Frank Stronach selbst aus. Demnach handelt es sich hierbei um eine hierarchische Struktur, derzufolge der größte Einfluss von „oben“ kommt. Inzwischen ist Frank Stronach zurückgetreten und Kathrin Nachbauer hat das Amt der Obfrau besetzt.

Die Organe der NEOs hingegen bestehen aus der Mitgliederversammlung, dem Vorstand, dem/der RechnungsprüferIn und dem Schiedsgericht. Demnach ist die Mitgliederversammlung das „höchste“ Organ der NEOs im Unterschied zum Team Stronach. Durch eine zwei Drittelmehrheit hat die Mitgliederversammlung das Recht, „einzelne oder alle Mitglieder“ abzuberaufen. Der Vorsitz besteht aus einem „dreiköpfigen Präsidium“, das „aus der Mitte“ der Mitgliederversammlung gewählt wird (vgl. NEOs Statut 2013: 5f).

Der Vorstand der NEOs (Art. 7) besteht aus einem/r Vorsitzenden und „bis zu drei StellvertreterInnen“ und dem/der GeschäftsführerIn („ohne Stimmrecht“). Des Weiteren besteht der Vorstand aus einem/r FinanzreferentenIn, einem/r SchriftführerIn und „weiteren fünf Mitgliedern“. Es besteht auch noch die Möglichkeit weitere Mitglieder („ohne Stimmrecht“) dem Vorstand hinzuzufügen (vgl. NEOs Statut 2013: 9).

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählt. Dieser darf sich regulär zweimal aufstellen lassen, beim dritten Mal ist eine Zweidrittelmehrheit der Mitgliederversammlung notwendig. Der/die GeschäftsführerIn kann entweder aus „der Mitte“ des Vorstandes oder von dem/der Vorsitzenden direkt berufen werden (vgl. NEOs Statut 2013:9). Klubobmann und Vorsitzender der NEOs ist nach wie vor Matthias Strolz. Im Vergleich zum Team Stronach ist die Amtsperiode zeitlich begrenzt.

Außerdem berufen sich die NEOs in ihrem Statut auf die Möglichkeit, (Art. 8.1.) Foren von und für BürgerInnen oder ExpertInnen ohne Mitgliedschaft einzurichten. Dadurch

soll eine höhere Partizipation der österreichischen WählerInnen erreicht werden. Diese Foren können entweder online oder bei Arbeitstreffen arrangiert werden. Einmal jährlich sollen die unterschiedlichen Foren dem Vorstand und der Mitgliederversammlung einen Bericht vorlegen. Ein Forum kann entweder durch eine einfache Mehrheit der Mitgliederversammlung oder einer Zweidrittelmehrheit des Vorstandes aufgelöst werden (vgl. NEOs Parteistatut 2013: 10). Eine funktionale Organisation haben die beiden Neuparteien nicht, wobei mit dem Anschluss der JULIS zu den NEOs eine erste Untergliederung stattgefunden hat.

Der erste Paragraph (§ 1 Abs. 2 Statut Team Stronach 2013) des Statuts vom Team Stronach verweist sowohl auf die nationalen als auch europäischen Tätigkeiten der Partei. Daraus kann abgeleitet werden, dass die Pläne des Team Stronachs über Österreich hinausgehen und ursprünglich auch ein Antreten bei den Europawahlen geplant war.

Außerdem wird im Statut festgelegt (§1 Statut Team Stronach 2013), dass neben der Bundesorganisation auch *„Landesorganisationen und/oder landesübergreifende Regionalorganisationen mit eigenem Statut“* möglich sind. Diese haben wiederum Anrecht auf weitere Unterorganisationen, gegliedert in Bezirk, Ort und Wahlkreis. Der Vorstand der Bundespartei muss die Landes- bzw. Regionalstatuten genehmigen.

Die Landorganisationen des Team Stronachs können unter drei Schlagwörtern zusammengefasst werden: Gründung, Umbruch und Auflösung. Landesorganisationen wie Niederösterreich und Tirol sind bereits geschlossen. Auch wenn die anfänglichen Zahlen bzw. Wahlergebnisse um die ca. 10 % sehr vielversprechend schienen, verliert die Partei an Einfluss (vgl. derStandard 20.11.2013 und 03.12.2013). Bei den NEOs lassen sich weitere Erfolge nach der Nationalratswahl 2013 beobachten (zum Bsp.: Gemeinderatswahlen in Salzburg 2014). Im Moment können noch keine Abspaltungen oder Umbrüche festgehalten werden.

Die politische Administrationsstelle der NEOs befindet sich im Bundesbüro. *„Die Sitzungen der Parteiorgane, die Organisation der Parteiveranstaltungen, die Koordination der Aktivitäten der Parteiorgane als auch die Kontakthaltung zu den Landesgruppen“* und den verschiedenen Foren bestehend aus BürgerInnen und ExpertInnen werden über diese Stelle koordiniert (vgl. NEOs Statut 2013: 12). Die Landesgruppen (ohne eigene Rechtspersönlichkeit) werden vom Vorstand beschlossen.

Die entsprechende/n LandessprecherIn wird daraufhin wiederum vom Vorstand eingesetzt (vgl. NEOs Statut 2013: 11).

Das Team Stronach ermöglicht es laut dem Statut (§3 Statut Team Stronach 2013) jeder „*natürlichen und juristischen Person*“, ab dem 16. Lebensjahr, Mitglied der Partei zu werden. Außerdem schreibt das TS-Statut vor, dass die Mitgliedschaft, bzw. die Aufnahme des Mitgliedes, durch den Vorstand entschieden wird. Hingegen die Berufung des Finanzreferenten und des Geschäftsführers obliegt dem Obmann. Auch das Ausscheiden dieser wird vom Obmann bestimmt (vgl. Team Stronach Statut 2013: 2).

Bei den NEOs hingegen ist die Mitgliedschaft für „*Männer und Frauen*“ an den Wohnsitz bzw. österreichische Staatsbürgerschaft gebunden. Die Mitglieder sollen sich zu den „*Grundsätzen der Partei bekennen*“. Die Mitgliedschaft kann nur nach Benennung der Gründe durch den Vorstand abgelehnt werden (vgl. NEOs Statut 2013: 4).

Die Mitgliederzahlen lassen sich teilweise angeben, jedoch können diese nicht auf ihre Richtigkeit überprüft werden, da sie auf Anfrage mitgeteilt wurden. Für das Team Stronach gibt es keine Zahlen, da diese mit einem Verweis auf Datenschutzbestimmungen, nicht genannt wurden. Die NEOs beziffern die Mitgliederzahl (mit Abstimmungsrecht) auf 1885 Personen und verweisen zusätzlich auf 3698 Freunde, deren Rechte im Vergleich zu den Mitgliedern eingeschränkt sind.

Die Mitglieder des Team Stronachs werden dem Statut zu folge (§ 5 Statut Team Stronach 2013) der Partei verwiesen, wenn sie gegen den Ehrenkodex verstoßen oder dem „Ansehen der Partei“ schaden zufügen. Außerdem kann man von der Partei ausgeschlossen werden, wenn man die Pflichten der Mitgliedschaft nicht erfüllt.

Zu den Pflichten der Mitgliedschaft gehört auch die Beitragsleistung (§ 6 Statut Team Stronach 2013). Diese ist einmal jährlich im Voraus zu bezahlen. Über die Höhe der Beitragsleistung der Mitglieder entscheidet der Vorstand. Außerdem bezieht die Partei auch Spenden, die sie jedoch im Sinne der Transparenz offenlegen möchte (vgl. Team Stronach Statut 2013: 3).

Der finanzielle Verbleib der Spenden (§18 Statut Team Stronach 2013) wird im Statut des Team Stronachs nach dessen Auflösung geregelt. Beispielsweise sollen die

Parteispenden an die Spender zurücküberwiesen werden. Das restliche Vermögen soll einem „gemeinnützigen Zweck“ zugeführt werden (vgl. Team Stronach Statut 2013: 8). Auch diesbezüglich gibt es Konflikte zwischen Frank Stronach und einzelnen Landesorganisationen.

Die Mitgliederversammlung (§ 9 Statut Team Stronach 2013) findet mindestens einmal im Jahr statt bzw. kann auch durch das „*Interesse der Partei*“ einberufen werden. Außerdem werden der Mitgliederversammlung auch verschiedene Aufgaben zugeteilt. Darunter fällt die „*Wahl, Bestellung und Enthebung der Mitglieder des Vorstandes (mit Ausnahme des Finanzreferenten) und der Rechnungsprüfer nach Ablauf der jeweiligen Periode*“ (Team Stronach Statut 2013: 4). Außerdem obliegt der Mitgliederversammlung auch die „*Verleihung und Aberkennung*“ der Ehrenmitgliedschaften.

Des Weiteren kann eine Auflösung der Partei von der Mitgliederversammlung herbeigeführt werden. Sowohl Veränderungen der Satzung und des Parteiprogrammes als auch die Bestätigung des Rechnungsabschlusses gehören ebenfalls zu den zentralen Aufgaben (vgl. Team Stronach Statut 2013: 6).

Auch die Rechte und Pflichten der Mitglieder werden im Statut (§10 Statut Team Stronach 2013) behandelt. Dabei werden die Mitglieder verpflichtet, bei Veranstaltungen, persönlich oder telefonisch teilzunehmen. Auch das Stimmrecht und die Parteiaktivität sollen wahrgenommen werden. Eine „außerordentliche“ Mitgliederversammlung kann von über der Hälfte der Mitglieder verlangt werden.

Prinzipiell werden die Abstimmungen (§13 Statut Team Stronach 2013) offen abgehalten, außer Zweidrittel der Mitglieder beantragen eine geheime Abstimmung. Ein Beschluss wird dann gefasst, wenn die Mehrheit der Mitglieder sich dafür ausspricht.

Falls es zu einer gleichen Anzahl an gültigen Stimmen kommt, ist die Stimme des ältesten Mitglieds entscheidend (vgl. Team Stronach Statut 2013: 6f.).

Auch bei den NEOs findet mindestens einmal im Jahr eine Mitgliederversammlung statt. Außerdem wird auch hier festgehalten, dass mehrere Versammlungen „*auf Begehren*“ der Mitglieder möglich sind. Ein Drittel der Mitglieder, oder mindestens drei Mitglieder aus dem Vorstand sowie der/die RechnungsprüferIn sind hierfür notwendig. Des Weiteren verweisen die NEOs in ihrem Statut auf eine „*öffentlich*

zugängliche Plattform im Internet“, die es ermöglichen soll, auch „Nicht – Mitglieder“ in die Diskussion einzubinden (vgl. NEOs Statut 2013: 5f.).

Die Aufgabenbereiche der Mitgliederversammlung umfassen bei den NEOs einen größeren Umfang als im Team Stronach. Sie erstrecken sich von der „Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung und der Wahl des Sitzungspräsidiums“ [über] „Kenntnisnahme des alljährlichen Tätigkeitsberichts des/der Parteivorsitzenden“ [und der] „Genehmigung des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes nach Kenntnisnahme des Berichts des/der RechnungsprüferIn“ (NEOs Statut 2013: 6).

Weitere Zuständigkeiten sind die „Mitgliedsbeiträge und das Budget“ sowie die „Wahl/Abwahl des/der Parteivorsitzenden und der übrigen Mitglieder des Vorstandes/des/der RechnungsprüferIn und der Mitglieder des Schiedsgerichts“ (vgl. NEOs Statut 2013: 6).

Auch die KandidatInnenauswahl für nationale und europäische Wahlen obliegt der Abstimmung der Mitgliederversammlung (Mitgliedervorschlag gem. Art. 5). Außerdem werden für themenspezifische Sprecherfunktionen KandidatInnen gewählt. Übereinkommen mit anderen „politischen Parteien, Vereinen oder Gruppierungen“ müssen nach Statut mit der Mitgliederversammlung besprochen werden (vgl. NEOs Statut 2013: 6).

Weitere Kompetenzen sind die „Annahme und Änderung der Satzung, sowie der Ausführungsstatute (z.B. Transparenzstatut, Partizipationsstatut usw.) des Parteiprogramms und des Wahlprogramms. Auch die „Beschlussfassungen über die Einrichtung von BürgerInnen- und ExpertInnenforen“ sind im Verantwortungsbereich der Mitgliederversammlung (vgl. NEOs Statut 2013: 6).

Jedem Mitglied steht es zu, sich online via Intra- bzw. Internet (Art 4.3.) am Entscheidungsprozess der Partei zu beteiligen. Außerdem besteht die Möglichkeit für BürgerInnen und ExpertInnen durch die Bestimmung der Mitgliederversammlung, online oder in „entsprechenden Veranstaltungsformaten“ am Willensbildungsprozess der Partei mitzuwirken (vgl. NEOs Statut 2013: 7). Im Art. 5 des Statuts der NEOs wird die Erstellung der KandidatInnenliste (für eine nationale oder europäische Wahl) beschrieben. Auch hier lassen sich markante Unterschiede im Vergleich zum Team Stronach feststellen.

Bei den NEOs sind demnach Vorwahlen in einem Onlineprozess vorgesehen. Daraufhin haben alle „interessierten KandidatInnen“ (auch Nicht-Mitglieder) die Möglichkeit, bei einer Mitgliederversammlung respektive einem Nominierungskonvent teilzunehmen und ein „Hearing“ zu absolvieren. Eine Nominierung erfolgt demnach ab der Hälfte der abgegebenen Mitgliederstimmen. Wer nominiert wurde, bekommt die Möglichkeit sich auf einer „*öffentlichen Webseite*“ zu präsentieren und „*mit den WählerInnen in Dialog zu treten (Online Hearing)*“. Der nächste Schritt ist die „Teilnahme an einer öffentlichen Vorwahl“ (vgl. NEOs Statut 2013: 8).

Auch das aktive Wahlrecht wird bei dieser Vorwahl jeder/m InteressentIn ermöglicht. Die Partei legt in ihrem Statut lediglich fest, dass die WählerInnen auf ihre Identität zu prüfen sind und einen „Unkostenbeitrag von 10 Euro“ zu entrichten haben. Außerdem behält sich die Partei vor, bei Verdacht auf Manipulation die Wahl für nichtig zu erklären (vgl. NEOs Statut 2013).

Die Vorwahl wird durch drei Gruppen bestimmt. Dies sind die TeilnehmerInnen der öffentlichen Vorwahl, der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Sie müssen alle Vertrauenspunkte vergeben, die wiederum durch die Anzahl aller Wählenden (einzeln in den Gruppen) dividiert werden. Nach diesem Prinzip wird auch die Liste gereiht. Wobei Mitglieder die Möglichkeit haben, einmal online öffentlich und ein zweites Mal in der Mitgliederversammlung ihre Stimme abzugeben. Schlussendlich gilt die Gesamtzahl der Vertrauenspunkte aller wählenden Gruppen als verbindlicher Wahlvorschlag für die Liste (vgl. NEOs Statut 2013: 8).

Innerhalb der TS-Satzung gibt es keine Punkte, die die frauenrechtlichen Aspekte behandeln. Auch auf eine gendergerechte Sprache wird verzichtet. Wobei zum Schluss auf geschlechtsneutrale Bezeichnungen (§19 Statut Team Stronach 2013). Bezug genommen wird. Bei den NEOs kann zwar eine geschlechtergerechte Sprache festgestellt werden, jedoch wird inhaltlich darauf kein Bezug genommen.

9.3. (Wahl)Programmatik und Konfliktlinien

Bei der Untersuchung der beiden Neuparteien handelt es sich im Vergleich zu den etablierten Parteien um eine Mischform der zu analysierenden Dokumente. Für das Team Stronach und die NEOs ist das kurz vor den Wahlen erschienene Grundsatzprogramm gleichzeitig auch das Wahlprogramm. Das Programm des Team

Stronach nennt sich „*Neue Werte für Österreich*“ und umfasst 64 Seiten (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 2).

Auch die NEOs – das neue Österreich werben mit einem Slogan der Veränderung. Der Name des Programms lautet „*Pläne für ein neues Österreich*“ und umfasst 77 Seiten (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 2). Demnach kann gleich zu Beginn der Untersuchung festgehalten werden, dass der Konflikt des „Neuen“ bzw. „Alten“ hervorgehoben wird.

Bereits die Namensgebung des Team Stronach unterscheidet sich von den restlichen im Nationalrat vertretenen Parteien. Dadurch wird primär erkennbar gemacht, dass „eine“ Person hinter der Partei steht und auch die Richtung hinsichtlich des Programms bestimmt. Dies wird auch nochmal durch die Benennung des Programms mit „*Neue Werte für Österreich*“ hervorgehoben. Das Programm enthält auch einen spezifischen Ehrenkodex für Mitglieder, die sich diesem per Unterschrift verpflichten müssen (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 4). Die NEOs besitzen zwar keinen Ehrenkodex, verweisen jedoch auch explizit auf die Bekämpfung der Korruption und die Forcierung der Transparenz (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 6). Dabei befürworten die NEOs das Konzept des „*Open Government*“ und des „*Legal Footprint*“ (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 7). Jedoch stellen diese Forderungen für keine neue Partei bzw. Oppositionspartei ein Novum dar.

Neben der Kritik an den großen und etablierten Parteien, die „Frank“ durch „*Wahrheit, Transparenz und Fairness*“ bekämpfen möchte, sind es insbesondere wirtschaftliche Themenfelder, die das Programm dominieren (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 10-12). Auch für die NEOs ist die Veränderung des Kurses der „alten“ und regierenden Parteien eine zentrale Forderung (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 2).

Hinter der bereits erwähnten Dimensionen des „Alten“ und „Neuen“ verbirgt sich eine Generalkritik an dem „*alten politischen System*“ der Parteien. Demnach lauten die Feindbilder des Team Stronach Programms: „*Altparteien, Großbanken, Bünde, Kammern und Gewerkschaften*“ (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 21).

Grundsätzlich geht aus dem Programm hervor, dass sich das Team Stronach nicht als Partei, sondern vielmehr als eine „politische Bewegung“ versteht (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 4). Auch das Selbstverständnis der NEOs geht von einer „von BürgerInnen getragenen Bewegung“ aus (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 2).

Das TS-Programm setzt auf „mehr Wettbewerb, Unternehmertum und Eigenverantwortung“ (Team Stronach 2013: 5). Wohlstand kann demnach nur garantiert werden, wenn ein marktwirtschaftliches System vorherrscht, das Wettbewerb und freies Unternehmertum garantiert (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 13).

Diese Aussagen entsprechen der Konfliktlinie des Kapitals. Auch der Ruf nach weniger Zentralismus und Verwaltung ist ein Kennzeichen dafür (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 5). Ähnliche Ansätze lassen sich auch im Programm der NEOs wiederfinden. Der Föderalismus und eine schlanke Verwaltung sind für die NEOs Voraussetzungen für ein gut funktionierendes System (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 6). Dabei steht auch der freie Wettbewerb und weniger staatliche Kontrolle im Zentrum der parteiprogrammatischen Anliegen der NEOs (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 23 und 26).

Außerdem bedient sich das Team Stronach einer weiteren klassischen Konfliktlinie: Stadt/Land. Aus dem Parteiprogramm geht ein großes Interesse für die Landwirtschaft und die bäuerliche Bevölkerung hervor (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 14).

Das Team Stronach positioniert sich auch zu Dimensionen wie Frauen, nationalen Interessen und Umwelt. Das Programm verwendet in keinsten Weise die gendergerechte Sprache und dennoch wird ein Kapitel den Anliegen der Frauen gewidmet. Auch das Team Stronach bekennt sich laut Programm zu einer finanziellen Gleichbehandlung unter dem Slogan „gleiche Arbeit – gleicher Lohn“ (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 49). Die NEOs hingegen bedienen sich sehr wohl einer gendergerechten Sprache. Jedoch findet sich kein eigens angeführtes Kapitel zum Thema Frauen.

Das Thema Zuwanderung bzw. Migration wird stark mit erbrachten Leistungen verknüpft. Das heißt, Zuwanderung wird nur dann als positiv angesehen, wenn Österreich einen volkswirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen kann (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 15). Hierbei können Ähnlichkeiten zu den Formulierungen der ÖVP festgestellt werden, wobei das Team Stronach noch vehementer auf den Leistungsanspruch von Zuwanderern eingeht und dadurch der Forderung einen radikaleren Charakter verleiht (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 50).

Das Thema „Integration“ gehört für die NEOs ganz klassisch zur österreichischen Politik dazu, da sie Integration als Tradition verstehen (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 67). Demnach haben die NEOs einen positiveren Zugang zu Zuwanderung als das Team Stronach. Wobei auch hierbei die wirtschaftliche Komponente eine tragende

Rolle einnimmt (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 67). Die NEOs sehen die Bildung als besten Weg zur erfolgreichen Integration. Allgemein haben die NEOs dem Thema viel Raum im Parteiprogramm eingeräumt. In ganzen 11 Seiten stellen die NEOs in 12 Punkten ihre Idee von Bildung vor. Dabei machen sie sich vor allem für eine „autonome“ Schule stark (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 9 -20).

In Punkto Europa respektive Europäische Union verweist das Team Stronach anfänglich auf das gelungene friedensstiftende Konzept der Europäischen Union (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 15), bevorzugt aber schlussendlich die selbstbestimmen Staaten innerhalb dieses europäischen Konzeptes. Insbesondere bei der Währungsunion und Finanzierung setzt das Team Stronach auf starke Nationalstaaten (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 15 und 28). Die NEOs haben wiederum einen positiveren Zugang zur Europäischen Union. Das Ideal bildet ein „*europäischer Bundesstaat in Langfristperspektive*“ (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 21). Themen wie „Asylvollzug“ sollen demnach auf europäischer Ebene gelöst werden. Außerdem befürworten sie ausführlich die „Kooperation und die Assoziierungsabkommen“ mit der Türkei und wünschen sich ein rasches Vorankommen (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 23).

Ein weiterer Schwerpunkt bzw. „*Herzensanliegen*“ des TS-Programms stellt das Umwelt- und Tierschutz-Thema dar. Für das Team Stronach handelt es sich dabei um kein Nischenthema und ist laut Programm daher für alle Parteien gleichermaßen gültig (vgl. Wahlprogramm Team Stronach 2013: 51). Auch die NEOs bekennen sich zum Thema „Umwelt“ und sehen keine Widersprüchlichkeiten zwischen Umwelt und Wirtschaft (vgl. Wahlprogramm NEOs 2013: 54).

Zunächst kann festgehalten werden, dass sich beide Programme durch eine Protesthaltung auszeichnen. Es gibt einige Vorschläge Bestehendes zu reformieren bzw. gänzlich zu erneuern. Eine weitere Gemeinsamkeit findet sich in einer wirtschaftsliberalen Einstellung und dem Vorhaben, ein faires Steuersystem einzuführen. Als weiteres Beispiel kann der Staatschuldenabbau genannt werden. Auch das Thema Bildung findet sich in den Programmen, wobei hier die NEOs einen Schwerpunkt innerhalb ihres Programms gesetzt haben und eine „freie Schule“ fordern. Das Team Stronach bekennt sich ebenfalls zu einer autonomen Schule, vor allem in Bezug auf personelle Fragen. Eine gegensätzliche Haltung in den Programmen weist

das große Themenfeld der europäischen Union auf. Beispielhaft kann hier die Forderung des Teams Stronach nach souveränen Staaten im Gegensatz zu einem „*europäischen Bundesstaat*“ angeführt werden.

10. Die politischen Parteien im Vergleich

In diesem Kapitel werden nun alle Parteien miteinander verglichen und Parallelen sowie Unterschiede aufgezeigt. Als Grundlage dieser Analyse gelten die bereits bearbeiteten Parteistatute und die Wahlprogramme 2013. Demzufolge handelt es sich um keinen Vergleich des politischen Alltags oder der politischen Umsetzung an sich. Schließlich zeichnen die Wahlstatute und Wahlprogramme ein Bild der Selbstwahrnehmung der Parteien. Die Einteilung der Parteien anhand des oben beschriebenen dreigliedrigen Schemas ergibt sich aus der jeweiligen Gründungsphase bzw. einer Phase, in der die Partei von Bedeutung im österreichischen System wird. Die Kategorien „Traditionsparteien“, „Mittelparteien“ und „Klein- und Neuparteien“ umfassen jeweils zwei Parteien.

10.1. Entstehung und Entwicklung

Die als Traditionsparteien kategorisierte SPÖ sowie die ÖVP gehen, wenn auch in veränderter Form und unter anderen Bezeichnungen, auf eine Gründungsphase in der Zeit der Habsburgermonarchie zurück. Geprägt sind beide Parteien, besonders hinsichtlich ihrer Konkurrenz, durch ein „Lagerdenken“, das seit über 100 Jahren besteht.

Insofern handelt es sich bei der Gründung dieser Parteien um eine Entstehungen von außen bzw. eine „*externe Genese*“ (vgl. Detterbeck 2011:38).

Der wohl markanteste Unterschied zu den anderen Parteien ist, dass ein homogenes Milieu hinter den Parteien gestanden ist. Insbesondere die bereite Basis der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts hat die sozialdemokratischen Massenintegrationsparteien weitgehend geprägt. Auch der hohe Grad an Organisation (vgl. Wolfgang C. Müller 1994: 59) in beiden Parteien ist auf ihr langjähriges Bestehen und die gesellschaftliche Verankerung in vielen Lebensbereichen zurückzuführen. Zudem agierten diese Parteien, zumindest seit Ende des Zweiten Weltkriegs, bis in die achtziger Jahre weitgehend ohne weitere politische Konkurrenz auf der politischen Bühne. Dadurch ist auch eine parteifamiliäre Einteilung (vgl. Jun Uwe 2013: 124f) der Parteien möglich. Es handelt sich zum einen um eine sozialdemokratische und zum anderen um eine konservative Zugehörigkeit. Die Abschwächung der Konfliktlinien

ging mit einem Verlust des „Lagerdenkens“ einher (vgl. Karl Ucakar 2006b: 326). Die Zeiten der Massenintegrationsparteien und auch der „*catch-all*“ Volksparteien (Kirchheimer 1988) haben sich verändert. Dennoch kann die SPÖ als Mitgliederpartei bezeichnet werden (vgl. Karl Ucakar 2006b: 331).

Die FPÖ ist grundsätzlich auch durch ihre Wurzeln in der Habsburgermonarchie den Traditionsparteien zuzurechnen. Jedoch gibt es die FPÖ ähnlich ihrer heutigen Form erst seit dem Jahr 1956. Zu dieser Zeit war die Partei eine Mischung aus liberalen und nationalen Elementen (vgl. Karl Vocelka 2002: 319f.). Die Partei erlebte in den letzten 20 Jahren immer wieder Abspaltungen einzelner Gruppen (LiF und BZÖ). Gegenwärtig kann die FPÖ eher der rechtspopulistischen Parteifamilie zugeordnet werden. Dies ist nach Pelinka insbesondere Jörg Haider zuzuschreiben, der ab dem Jahr 1986 eine entscheidende Rolle in der Partei einnimmt. In diesem Zusammenhang spricht Pelinka von „*populistischen Akzenten*“ und einer „*rechtsextremistischen Ader*“ der Partei (vgl. Anton Pelinka 2002: 284f.).

In diese Zeit fällt neben dem Erstarken der FPÖ auch die Gründung der Grünen. Diese zwei Parteien werden in dieser Arbeit als „Mittelparteien“ charakterisiert, auch wenn sie zunächst als Kleinparteien in unterschiedlichen historischen Phasen entstanden sind. Die Grünen waren 1986 die erste absolut neu gegründete Partei. Gesellschaftliche Veränderungen wie die Entwicklung postmaterieller Werte haben zur Gründung der Partei beigetragen. Aber auch die „Grenzen des Wachstums“ und schlussendlich im österreichischen Fall die Planung und der Bau von Kraftwerken haben die Gründung der Grünen forciert (vgl. Herbert Dachs 2006: 389f.).

Diese durchaus heterogene Gruppierung verstand sich aber viel mehr als Bewegung und als „Anti-Partei“ (vgl. Martin Morlok 2010: 24). Inzwischen gehören die Grünen zu den etablierten Parteien in Österreich und haben sich von einer Bewegung oder „Anti-Partei“ weitgehend entfernt. Wie Herbert Dachs beschreibt, haben sich die Grünen von einer „Alternative zum System“ zu einer „Alternative im System“ entwickelt (vgl. Herbert Dachs 2006: 399f.). Parteifamilientechnisch sind sie dem grün – ökologischen (vgl. Uwe Jun 2013: 124f.) Teil zugehörig. Somit sind die Grünen die erste nicht weltanschauliche Traditionspartei wie die vorherigen Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ.

Die zwei neusten Parteien sind formell im Jahr 2012 gegründet worden. Im Vergleich zu den anderen Parteien gibt es keine spezifischen Konfliktlinien oder Ereignisse die auf den Gründungsprozess zurückzuführen sind. Diese Parteien, das Team Stronach und die NEOs, sind gekennzeichnet durch Kritik an bestehenden Parteien und durch den

Faktor „neu“. Obwohl sich beide Parteien als Bewegung sehen, fehlt gegenwärtig eine weitverzweigte Organisation im Hintergrund. Hierzu muss natürlich auch die junge Parteigeschichte mitgedacht werden. Wobei es sich bei genauerer Betrachtung gar nicht um vollkommen „neue“ Parteien handelt. Beispielsweise ist das Team Stronach während der vorherigen Amtsperiode („interne Genese“) entstanden und bezog sein politisches Personal aus bestehenden Fraktionen (z.B. BZÖ). Frank Stronach selbst, war auch – zumindest in Canada – bei einer liberalen Partei aktiv. Auch Matthias Strolz der Parteichef der NEOs hat bereits eine politische Vergangenheit im österreichischen Wirtschaftsbund der ÖVP. Es handelt sich bei den NEOs jedoch nicht um eine abgespaltene Partei. Die Partei hat sich „neu“ gegründet und sich nach den Wahlen mit dem bereits bestehenden Liberalen Forum vereint. Die Zuordnung zu einer liberalen Parteifamilie liegt bei den NEOs auf der Hand. Diese Einteilung fällt beim Team Stronach schwer, nachdem es sich um ein rein österreichisches Phänomen handelt und auch im europäischen Kontext keine Rolle einnimmt.

10.2. Organisation und innere Struktur

Die Organisationsstruktur wurde anhand der Kategorien territoriale und funktionale Gliederung, Mitgliederorganisation und (eventuelle) Neuheiten der Organisation untersucht. Die Analyse der Statute soll nicht den Anspruch erheben ein Abbild der Realität wiederzugeben. Trotzdem gelten die Statuten als Grundlagen der in Österreich gegründeten Parteien und können daher einen gewissen Aufschluss über das Innenleben der Parteien liefern.

Die funktionale und territoriale Untergliederung der beiden ehemaligen Großparteien geht auf eine lange Tradition zurück. Nicht ohne Grund hatten die beiden Parteien den Ruf als „Weltmeister der Organisation“ zugesprochen bekommen (vgl. Wolfgang C. Müller 1999: 201).

Die territoriale Gliederung reicht bei beiden Parteien von der lokalen Ebene bis zu der europäischen Ebene und ist dicht organisiert (vgl. Anton Pelinka 2009: 626). Österreich ist jeweils in „rote“ oder „schwarze“ Länder aufgeteilt. Wobei hierbei prozentuell gesehen, beinahe ein Ausgleich festzumachen ist. Hinzugefügt werden muss, dass die Organisationsform der SPÖ eine zentralistische ist und die der ÖVP außerhalb vom

Bund eine föderalistische Organisation. Beide unterliegen einem doppelten Organisationsprinzip (vgl. Wolfgang C. Müller 2006b:342).

Dementsprechend ausgebaut sind diese Untergliederungen, auch wenn sie die Gesellschaft nicht mehr so stark einbinden können wie zu früheren Zeitpunkten. Die SPÖ verfügt über 15 Teilorganisationen und auch die ÖVP verfügt über 6 Teilorganisationen (vgl. Anton Pelinka 2009: 626).

Die Mitgliedschaft bei der SPÖ erfolgt individuell und somit auf einem direkten Weg. Wohingegen die ÖVP-Mitgliedschaft auch über eine automatische Zugehörigkeit durch die Teil- und Unterorganisationen erfolgt (vgl. Anton Pelinka 2009: 626). Die formellen Aufgaben der SPÖ-Mitglieder sind die Rekrutierung der Vertrauenspersonen, FunktionärInnen und KandidatInnen für die öffentlichen Ämter sowie die politische Meinungsbildung und die Mitgestaltung der Programmatik (vgl. Karl Ucakar 2006b: 331). Außerdem sind im Statut Quotenregelungen wie das „Reißverschlussprinzip“ und Kandidatenbestellung durch die Mitglieder geregelt. Damit bleibt die SPÖ eine Mitgliederpartei. Wobei Ucakar auf die „realen Defizite“ hinweist, die durch die Individualisierung, Entsolidarisierung und gesellschaftliche Veränderung gekennzeichnet sind (vgl. Karl Ucakar 2006b: 331).

Auch die ÖVP bietet laut ihrem Statut verschiedene Partizipationsmöglichkeiten, sowie eine Urabstimmung ab 10% der Mitglieder oder Vorwahlen bei der Kandidatenbesetzung. Jedoch sind diese nicht Umsetzungsgebunden und hängen daher stark von der Partei ab.

Die Mitgliederzahlen belaufen sich bei der SPÖ im Jahr 2005 auf 301.251 Mitglieder. Die ÖVP gibt hingegen im Jahr 2002 ca. 622.000 Mitglieder an (vgl. Karl Ucakar 2012: 135). Wobei die Angabe der konkreten Zahlen wenig über die „Aktivität“ der Mitglieder aussagt (vgl. Ulrich von Aleman und Tim Spier 2008: 31).

Insbesondere innerhalb der Organisation unterscheidet sich die FPÖ von den anderen beiden Traditionsparteien.

Die Landesorganisationen der FPÖ sind grundsätzlich Weisungsgebunden (vgl. Richard Luther 2005: 6). Jedoch sind der Bundesvorstand bzw. das Präsidium die mächtigsten Positionen innerhalb der Partei. Wie sich dies Auswirkt hängt jedoch von den jeweiligen Persönlichkeiten ab, die diese Ämter übernehmen (vgl. Andreas Kampl 1996: 85). Auch die territoriale Gliederung der FPÖ reicht von lokal bis auf die europäische Ebene.

Bei der funktionalen Gliederung der FPÖ handelt es sich um keine Unterorganisationen. Diese Suborganisationen sind zwar rechtlich Unabhängig, schließen sich aber den Interessen, Zielen und auch ideologisch der „Mutterpartei“ an. Dabei handelt es sich um keine allumfassende Organisation (vgl. Wolfgang Müller 1999: 201).

Die Partei ist gekennzeichnet durch viele Abspaltungen und einhergehend damit waren organisatorische Schwierigkeiten auch während der Regierungsbeteiligung (vgl. Richard Luther 2005: 8f.).

Hinsichtlich der Mitgliederorganisation gibt es nach Pelinka bei der FPÖ sogenannte „Kartenbesitzer“, womit eine Wertung der Mitgliedschaften einhergeht (vgl. Anton Pelinka 2009: 626). Die Mitwirkung der „party on the ground“ (vgl. Katz/Mair 1995) ist sehr gering. Der Bundesvorstand entscheidet über die Nominierung der Kandidatur der Bundesregierung. Die grundsätzliche FPÖ-Mitgliederorganisation kann als gering bezeichnet werden. Die Organisation ist eher geprägt von autoritären Kaderstrukturen und elektoralen Strategien. Richard Luther stellt jedoch fest, dass es bis ins Jahr 2002 einen Mitgliederzuwachs gegeben hat (vgl. Richard Luther 2005:10). Wobei eben hinzugefügt werden muss, dass die alleinige Anzahl der Mitglieder für eine Partei nicht entscheidend ist.

Anton Pelinka stellt eine Entwicklung der FPÖ von einer bürgerlich- bäuerlichen Honoratiorenpartei zur Arbeiterpartei fest (vgl. Anton Pelinka 2002: 285). Angelo Panebianco hingegen definiert die FPÖ als „professionalisierte Wählerpartei“ (vgl. Panebianco 1998: 21f.). Auch Pelinka klassifiziert die FPÖ im Jahr 2009 als eine schwach organisierte Wählerpartei (vgl. Anton Pelinka 2009: 626).

Die Grünen haben sich bei Ihrer Gründung von dem Parteidasein distanziert. Deshalb verweist auch ihr Statut auf die prägenden basisdemokratischen Elemente. Insbesondere bei der Mitgliedschaft fällt auf, dass es keinerlei Verpflichtungen für Mitglieder gibt und auch die Möglichkeit der Mitgliedschaft ist abhängig vom Bundesland. Dafür werden Frauenrechte (Parität) und Minderheitsvertretungen im Statut explizit angeführt. Bei den Grünen handelt es sich um eine dezentrale und lose Organisationsform (vgl. Christian Popken 2012: 46).

Trotzdem sind die Grünen auch von der lokalen bis hin zur europäischen Ebene organisiert. Somit handelt es sich um keinen neuen Typus der Organisation. Die Grünen haben sich viel mehr von einer Bewegung zur Partei entwickelt (vgl. Hubert Kleinert 2009: 46).

Auch das politische Personal der Grünen verzeichnet professionelle BerufspolitikerInnen (vgl. Sebastian Bukow und Thomas Poguntke 2013: 185). Herbert Dachs typologisiert die Grünen als Medien- oder WählerInnenpartei (vgl. Herbert Dachs 2006: 390f.).

Beide Parteien sind organisatorischen Veränderungen ausgesetzt, nicht zuletzt weil sie als etablierte Mittelparteien gelten können. Als Kennzeichen dieser Parteien kann die Orientierung in Richtung WählerInnen anstatt einem Fokus auf Mitglieder gewertet werden. Die Einordnung als „professionalisierte Wählerpartei“ dient als Abgrenzungsmerkmal gegenüber den Traditionsparteien. Das wesentliche Merkmal dieses Typus ist die lose Organisation. Die Rollenaufteilung hinsichtlich Regierungsparteien und Oppositionsparteien war weitgehend klar, wenn es auch Ausnahmen gab.

Die Unterscheidung der Organisation ist zwischen den Mittel- und Neuparteien weniger deutlich, wie zwischen den Traditionsparteien und den Mittelparteien.

Insbesondere beim Team Stronach finden sich ähnliche hierarchische Strukturen wie bei der FPÖ. Auch hier bestimmt der Vorstand die Kandidatenliste und gibt die Richtung der Partei vor. Dementsprechend handelt es sich um eine „top down“-Struktur. Der Obmann – damals noch Parteigründer Frank Stronach selbst – entscheidet generell über den Kurs und die Ausrichtung der Partei. So findet sich im Parteistatut eine Klausel, die dem „ältesten Parteimitglied“ bei Stimmentausgleich die entscheidende Rolle zukommen lässt. Die Mitgliedschaft hat in diesem Statut eher einen pro forma Charakter, dennoch wird dieser Punkt angeführt. Außerdem enthält das Statut einen Ehrenkodex.

Das Team Stronach geht in seinem Statut von einer Organisation, die von der Lokalebene bis auf europäische Ebene reicht, aus. Anzuführen ist hier, dass es auf Landesebene sowie auf europäischer Ebene Schwierigkeiten bei der Umsetzung zu geben scheint. Das Team Stronach kann somit als rein österreichisches Phänomen festgehalten werden.

Ein anderes Bild ergibt sich bei den NEOs. Hier scheint, zumindest laut Statut, die Mitgliederversammlung einen gewissen Stellenwert einzunehmen. Zumindest wird sie als höchstes Organ charakterisiert und entscheidet somit auch über die KandidatInnenauswahl. Das Präsidium wird aus der Mitte der Mitglieder gewählt. Außerdem ist die Amtsperiode des Vorsitzenden Klubobmannes zeitlich begrenzt. Im

Gegensatz zum Team Stronach, wo es keine zeitlichen Begrenzungen für dieses Amtes gibt.

Die administrative Stelle der NEOs stellt das Bundesbüro dar. Die Landesgruppen werden durch den Vorstand koordiniert. Außerdem kam es zu einer Eingliederung der JuLis (StudentInnenvertretung), die als Teilorganisation der NEOs, unter dem Namen JUNOS, agieren.

Dennoch finden sich bei den „Neuparteien“ auch neuartige bzw. von anderen Parteien in diesem Kontext nicht angewandte Organisationsformen, die aber nicht als neue Organisationsstrukturen zu sehen sind. Anstatt sich ausschließlich auf Mitglieder zu beziehen steht die BürgerInnenpartizipation via Internet, auch bei innerparteilichen Fragen, als Möglichkeit zu Verfügung. Somit kann an dieser Stelle nicht von einem klassischen Mitgliederwerben gesprochen werden, jedoch versuchen die NEOs sich dadurch eine parteinahe „Community“ zu schaffen. Daraus kann ebenso geschlossen werden, dass die Bindung an eine Partei und somit eine Basis, die über interessierte Personen hinausgeht, als notwendig erachtet wird. Wobei bei den NEOs organisatorisch laut Statuten nicht nur auf die Mitglieder Wert gelegt wird, sondern auch auf die Nicht – Mitglieder (BürgerInnen und ExpertInnen).

Nach Angaben der Partei (Stand März 2014) haben die NEOs 1885 Mitglieder und 3698 Freunde. Das bedeutet, man möchte auf das Element der Mitglieder nicht verzichten und versucht gleichzeitig auch WählerInnen direkt anzusprechen.

Demgegenüber steht die Struktur des Teams Stronach, laut Statut eine streng hierarchische Gliederung, die sich scheinbar auf den Beteiligungsprozess auswirkt. So wird Bürgerpartizipation zwar gefordert, jedoch fehlen konkrete Maßnahmen zur Umsetzung.

10.3. (Wahl)Programmatik und Konfliktlinien

Inhaltlich lassen sich zunächst bei den Traditionsparteien die ursprünglichen Konfliktlinien wie Arbeit und Kapital wiederfinden, wenn auch in abgeschwächter Form. Dies ist voraussichtlich durch die Vielzahl an Themenfeldern in den Programmen zurückzuführen. Auch die Konfliktlinie Stadt/Land wird in beiden Parteiprogrammen angesprochen.

Bezüglich der neueren Dimensionen beispielsweise bei Ökologischen Gesichtspunkten, gleichen sich die Positionen vermehrt an.

Beide Parteien setzen sich grundsätzlich für den Umweltaspekt ein. Bei der ÖVP befindet sich dieser Themenschwerpunkt Umwelt bereits am Anfang des Programmes, wobei es zu einer Verknüpfung mit wirtschaftlichen Interessen kommt.

Die SPÖ fordert in ihrem Programm eine Frauenquote. Die ÖVP spricht sich für die Gleichberechtigung der Frauen aus, hat aber keine konkrete Forderung (beispielsweise eine Quotenregelung) angeführt. Beide Parteien sind Befürworter der Europäischen Union und sehen sich als Träger des Europäischen Gedankens. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass sich die beiden Traditionsparteien bei neueren Dimensionen ähnlicher sind.

Die Mittelparteien beschäftigen sich generell mit neueren Dimensionen, wie Umwelt (Grüne) oder nationale Interessen (FPÖ). Beide Parteien bleiben ihrer jeweiligen Dimension weitgehend treu, wobei das Themenfeld Umwelt mittlerweile von beinahe allen anderen, in dieser Arbeit analysierten Parteien (außer der FPÖ) aufgegriffen wird. Wogegen die Dimension des nationalen Interesses von den anderen Parteien vorwiegend mit weiteren Themen, wie beispielsweise Wirtschaft, Bildung oder der Europäischen Union in Zusammenhang steht, findet sich dieses Thema bei der FPÖ auch als isolierter Punkt.

Die inhaltliche Orientierung der Klein- und Neuparteien betrifft vor allem Forderungen nach Verbesserungen und Erneuerungen. Beispielsweise werden Punkte wie Bekämpfung der Korruption, Transparenz oder Fairness im Allgemeinen angesprochen. Sowohl im Parteiprogramm der NEOs wie auch bei jenem des Team Stronachs werden die Themenfelder der Europäischen Union sowie Bildung aufgelistet.

Die Neuparteien behandeln anhand ihrer Kritik an bestehenden Parteien oder deren Parteiprogrammen auch klassische Konfliktlinien. Angeführt werden kann beispielhaft die Position der SPÖ genannt werden: *„Die SPÖ bekennt sich zu strategischen Eigentum der öffentlichen Hand und steht für Privatisierung nicht zur Verfügung“* (Wahlprogramm SPÖ 2013: 9). Die NEOs vertreten in ihrem Parteiprogramm hier eine andere Position, die sich ebenso auf diese Konfliktlinie bezieht: *„Zu viele Reglementierungen und zu viel staatlicher Einfluss behindern Wachstum und Innovation“* (Wahlprogramm NEOs 2013: 26).

Dieser Aspekt zeigt, dass es aufgrund der Auseinandersetzung mit diesen Konfliktlinien zu einem neuen Konflikt zwischen Alt und Neu kommt. Abschließend kann festgestellt

werden, dass die behandelten Parteien in vielen Themenbereichen Überschneidungen aufweisen. So greifen die Neuparteien Themenfelder der Traditions- und Mittelparteien auf, wogegen die Traditionsparteien ihre Schwerpunkte teilweise hinsichtlich der Themen von Mittelparteien ergänzen.

10. Fazit

Zu Beginn dieser Arbeit wurde die Frage formuliert, *inwiefern es sich bei der Entstehung und Entwicklung der neuen Parteien, im Vergleich zu den etablierten Parteien um ein organisatorisches und inhaltliches Kontinuum innerhalb des österreichischen Parteiensystems handelt?* Nach der theoretischen und empirischen Betrachtung der Forschungsansätze sowie der Parteistatute und Wahlprogramme lässt sich zunächst folgendes festhalten:

Grundsätzlich sind alle politischen Parteien in Österreich in einer parlamentarischen Demokratie verankert. Das bedeutet, dass sie alle denselben Regeln unterworfen sind. Jedoch gibt es bereits bei der Entstehung der Parteien besondere Unterschiede, vor allem zwischen den Traditionsparteien SPÖ, ÖVP und FPÖ und den Neuparteien Grüne, NEOs und TS. Die Gründungsgeschichte der Traditionsparteien bezieht sich auf die drei Lager, während die neueren Parteien aus keinem Lager oder Milieu entstammen. In Hinblick auf die Entstehung und Entwicklung zeigt sich also eine differente Form im Vergleich zu den Traditionsparteien.

Festzustellen ist, dass es sich bei den Neuparteien – zumindest personell – nicht ausschließlich um politische Quereinsteiger handelt. So finden sich beispielsweise im politischen Lebenslauf des Parteichefs der NEOs, Matthias Strolz, Verbindungen zur ÖVP. Außerdem fusionierten die NEOs Anfang 2014 mit dem LiF, das bereits seit Mitte der neunziger Jahre versucht politisch aktiv zu sein. Auch die liberale Parteifamilie, der sich die NEOs zugehörig fühlen, bildet aus europäischer Perspektive keine Neuheit.

Im Gegensatz dazu steht das Team Stronach, dass auf europäischer Ebene nicht präsent ist. Bezüglich der personellen Aufstellung der Partei ist festzuhalten, dass die Abgeordneten des Team Stronachs bereits über politische Erfahrung in anderen Parteien verfügten.

Hypothese (1) lautet, *dass die „neuen“ Parteien in Österreich (NEOs und Team Stronach) organisatorisch und auch programmatisch andere Strukturen aufweisen.* Anhand der jeweiligen Parteistatute lässt sich zunächst sagen, dass sich organisatorisch in den Statuten der neueren Parteien ältere Elemente finden. Bei näherer Betrachtung zeigt sich: Die Traditionsparteien, vor allem die SPÖ (direkt) wie auch die ÖVP (direkt und indirekt), betrachten laut Statut die Mitgliedschaft als wichtige organisatorische und

strukturelle Frage. In Bezug auf die Organisationsdichte sind diese beiden Traditionsparteien jedoch ohne Konkurrenz. Die NEOs versuchen das Thema Mitglieder zu berücksichtigen, auch wenn innere Parteiprozesse, zumindest formell auch Nicht-Mitgliedern offen stehen. Das TS hingegen räumt den Mitgliedern wenig bis keine Rechte ein, dennoch besteht die Möglichkeit der Mitgliedschaft. Auch im Bereich Struktur ist das Bestreben der neuen Parteien Landesorganisationen aufzubauen zu sehen und die damit verbunden Schwierigkeiten. Diese territoriale Gliederung ist besonders bei den Traditionsparteien ausgeprägt. Auch bei der funktionalen Gliederung kommt es zum Versuch der Übernahm von bestehenden Strukturen. So versuchen etwa die NEOs mit den JUNOS eine Unterorganisation aufzubauen und zu mobilisieren.

Auch wenn die neuen Parteien eine gewisse Dynamik mit sich bringen, (müssen) sie sich „etablierten“ Gepflogenheiten anpassen. Sie profitieren somit auch von den Erfahrungen der älteren Parteien. Aufgrund der Analyse von, in der Vergangenheit oder in der Gegenwart, verwendeten Organisationsformen der etablierten Parteien können die Neuparteien diese Konzepte übernehmen oder gegebenenfalls verändern.

Dahingehend kann meiner Meinung nach, gerade im österreichischen Fall, bei der Organisation von einem „Kontinuum“ ausgegangen werden.

Inwiefern kann auf inhaltlicher Ebene von einem Fortbestehen wichtiger Themenfelder der Traditionsparteien bei den Neuparteien gesprochen werden: Nach einem Vergleich der Parteiprogramme hinsichtlich der darin behandelten Konfliktlinien zeigt sich, dass beispielsweise die Konfliktlinie Arbeit und Kapital bei den Parteien als Programminhalt thematisiert wird.

Dies gilt insbesondere für die Traditionsparteien SPÖ und ÖVP, die sich nach dieser Konfliktlinie unterscheiden. Andere klassische Konfliktlinien finden in den aktuellen Wahlprogrammen wenig Beachtung. Die neuen Dimensionen (Ökologie – Ökonomie, Nationale Interessen – supranationale Interessen, Alt – Neu, Frau – Mann) finden sich in den unterschiedlichen Parteiprogrammen – unabhängig von Alt und Neu. Es handelt sich hierbei um Dimensionen, die teilweise wechselseitig übernommen werden. Exemplarisch kann das Themenfeld Umwelt genannt werden, das verstärkt Eingang in die Programme der Traditionsparteien gefunden hat. Die Übernahme und das Bestreben möglichst viele Themen anzusprechen machen eine Abgrenzung der einzelnen Parteien teilweise schwierig. Unter diesem Gesichtspunkt schien, vor allem im Wahlkampfbjahr 2013, die Dimension Alt – Neu eine wichtige Rolle zu spielen. Sowohl „Neu“ in Zusammenhang mit „Anders“, als auch „Alt“ verbunden mit „Kontinuität“ scheinen

sich als eigene Positionen zu entwickeln. Inhaltlich kann also grundsätzlich von einer Kontinuität der Themen ausgegangen werden, da sich „Anders (Neu)“ auf Themen, die bei den Traditionsparteien Raum einnehmen (beispielsweise Konfliktline Arbeit und Kapital), bezieht. Bei der Annahme einer Position „Alt“ in Verbindung mit einer langen Traditionslinie handelt es sich um ein Kontinuum.

Die Hypothese (2), *dass Parteien nicht als „Auslaufmodell“ zu verstehen sind, sondern sich in einem Wandlungsprozess befinden* konnte in dieser Arbeit bestätigt werden, auch wenn Vorhersagen ein negatives Bild zeichnen. Natürlich haben sich WählerInnen, Mitglieder, Verbände und Medien im letzten Jahrhundert verändert. Es hat eine Wertverschiebung, Individualisierung, gesellschaftliche Fragmentierung und Mediatisierung stattgefunden (vgl. Josef Schmid und Zolleisen 2005: 11).

Zudem ist die moderne Politik mit einem mangelnden Interesse seitens der Bevölkerung konfrontiert, wie anhand der rückläufigen Wahlbeteiligung der letzten Jahre festzustellen ist. Die Gründe für diesen Bedeutungsverlust sind einerseits bei den gesellschaftlichen Veränderungen zu suchen und andererseits auch bei den Parteien selbst. Beispielsweise kommt es durch Korruptionsfälle zu einem Vertrauensverlust oder auch zu Enttäuschungen der Wahlbevölkerung (vgl. Jun Uwe 2009: 236). Unter Berücksichtigung dieser Punkte ist es für Parteien nicht einfach zu bestehen, aber der Erfolg politischer Parteien ist auch nicht als „Normalzustand“ zu begreifen (vgl. Ulrich Sarcinelli 2006: 99).

Gesellschaftliche Veränderungen üben auf Parteien zweifelsohne einen starken Druck aus. Doch liegt darin die Notwendigkeit begründet sich anzupassen. Diese Veränderungstendenzen stellen aber keinen generellen Wandel dar. Besonders die Traditionsparteien sind diesem Druck ausgesetzt, denn neue Parteien können sich den Veränderungen leichter anpassen. Die steigende Zahl der Kleinparteien erhöht diesen Druck noch weiter (vgl. Wolfgang C. Müller 1999: 203). Trotzdem handelt es sich um kein „Auslaufmodell“, sondern vielmehr um Parteien, die sich in einem Wandlungs- bzw. Modernisierungsprozess wiederfinden.

Davon sind auch das politische Umfeld, Strukturen und Funktionsweisen betroffen (vgl. Wiesendahl 2010: 94). Parteien werden ja auch als „lernende Organisationen“ (vgl. David Gehne und Tim Spier 2010: 10) klassifiziert und sollten diesen Zustand aushalten. Der Prozess der Veränderung bzw. die Anpassung an gesellschaftlich

relevante Themen kann als notwendiger Prozess in einem demokratischen System angesehen werden. Solange die Parteien diesen demokratischen Funktionen nachkommen, werden sie für die Erhaltung dieses Systems unbedingt benötigt. Parteien fällt außerdem die „exklusive“ Aufgabe der Regierungsbildung und auch der Rekrutierung des politischen Personals zu.

Festzuhalten bleibt also, dass sich die Parteien in einem Wandlungsprozess befinden, der sich ebenfalls an den in dieser Arbeit behandelten Typologisierungen festmachen lässt. Diese stellen an sich kein absolutes Abbild der Realität dar, vielmehr kennzeichnen sie Veränderungsprozesse bzw. Phasen dieser Veränderungen (Jun Uwe 2004: 103f.).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass neue Parteien sich bei ihrer Entstehung und Entwicklung, aufgrund der speziellen Umstände der Nachkriegszeit, von den Traditionsparteien unterscheiden. Diese Unterschiede gehen auch auf die gesellschaftlichen Bedingungen zu den jeweiligen Gründungs- oder Entwicklungszeiten zurück. In ihrer Organisation sind ebenso Unterschiede zu den etablierten Parteien festzumachen, jedoch ist in einigen Punkten eine Übernahme von bereits vorhandenen organisatorischen Strukturen in den Statuten auszumachen. Programmatisch scheinen die Veränderungen zwischen den neuen Parteien und den etablierten Parteien wohl am deutlichsten sichtbar zu sein. Dies kann teilweise auch auf die Möglichkeit von neuen und in der Regel kleineren Parteien sich schnell den gesellschaftlichen Gegebenheiten anzupassen zurückgeführt werden. Doch greifen auch neue Parteien in ihren Programmen Themenfelder (Konfliktlinien) auf, die sich programmatisch an jenen der etablierten Parteien orientieren, wenn auch aus Sicht der Opposition. Eine tatsächlich andere programmatische Struktur konnte bei den neuen Parteien nicht festgestellt werden.

Bezüglich der Rolle von Parteien kann gesagt werden, dass sie sich in einem Wandlungsprozess befinden und kein „Auslaufmodell“ darstellen, der für ihre Aufgabenfelder innerhalb des demokratischen Systems, notwendig ist.

Die Ergebnisse dieser Arbeit und mögliche Einordnungen beruhen auf den Statuten und Wahlprogrammen der jeweiligen Parteien. Sie stellen somit kein Abbild der politischen Realität dar. Inwieweit die organisatorischen Richtlinien in den Statuten oder die inhaltlichen Vorgaben der Wahlprogramme sich mit den realpolitischen Entscheidungen treffen, wäre sicher ein weiteres interessantes Arbeitsfeld.

A. Literaturverzeichnis

- Alemann**, Ulrich von (2010): *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, in: Grundwissen Politik, Band 26, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 4.Auflage, Opladen.
- Alemann**, Ulrich von/**Spier**, Tim (2008):
Parteimitglieder nach dem „Ende der Mitgliederpartei“.
Ein Überblick über Forschungsergebnisse für Westeuropa seit 1990, in:
Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 37. Jahrgang H.1,
Düsseldorf, S. 29 – 44.
- Beyme**, Klaus von (2009): *Parteien und Parteiengesetzgebung – Grenzen der rechtlichen Regulierung als Mittel gegen Parteiverdrossenheit*, in: Fabian Schalt u.a. (Hrsg.), Neuanfang statt Niedergang: Die Zukunft der Mitgliederparteien, Politische Parteien in Europa, Band 4, LIT, Berlin, S. 25 – 38.
- Beyme**, Klaus von (2000): *Parteien im Wandel: von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Bukow**, Sebastian/Poguntke, Thomas (2013): *Innerparteiliche Organisation und Willensbildung*, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Springer VS, Wiesbaden, S. 179- 209.
- Dachs**, Herbert (2006): *Grünalternative Parteien*, in: Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), Politik in Österreich, das Handbuch, Manz Verlag, Wien, S. 389 - 401.
- Decker**, Frank/**Oeltzen**, Anne-Kathrin (2009): *Mitgliederpartei und professionelle Wählerpartei: Ein Widerspruch?* in: Fabian Schalt u.a. (Hrsg.), Neuanfang statt Niedergang: Die Zukunft der Mitgliederparteien, Politische Parteien in Europa, Band 4, LIT, Berlin, S. 259-272.
- Detterbeck**, Klaus (2011): *Parteien und Parteiensystem*, UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz und München.
- Detterbeck**, Klaus (2009): *Mitglieder in professionalisierten Parteien: Wofür brauchen Parteien noch Mitglieder*, in: Fabian Schalt u.a. (Hrsg.), Neuanfang statt Niedergang: Die Zukunft der Mitgliederparteien, Politische Parteien in Europa, Band 4, LIT, Berlin, S.289-303.
- Dolezal**, Martin (2006): *Globalisierung, neue Konfliktlinien und die Position der Grünen: Eine Analyse am Beispiel Deutschland*, in: Uwe Jun u.a. (Hrsg.), Kleine

- Parteien im Aufwind: Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Campus Verlag, Frankfurt und New York, S. 97 – 116.
- Elff**, Martin (2006): *Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten, Die Bedeutung politischer Angebote der Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Demokratien*, in: Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, Rüdiger Schmitt-Bett (Hrsg.), Studien zur Wahl – und Erstellungsforschung, Nomos, Mannheim.
- Gärtner**, Reinhold/ Hussl, Richard/ Natter, Bernhard/ Pelinka, Anton/ Rosenberger, Sieglinde Katherina (1999): *Politik im Wandel, Parteien und Sozialpartnerschaften in Österreich*, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und Österreichischer Gewerkschaftsbund, Arbeitswelt und Schule, Wien.
- Gehler**, Michel (2006): *Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945 – 2005)*, in: Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), Politik in Österreich, das Handbuch, Manz Verlag, Wien, S. 35 - 51.
- Gehne**, David/Spier, Tim (2010): *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? Festschrift zum 65. Geburtstag von Ulrich von Alemann*, in: David Gehne und Tim Spier (Hrsg.), Krise oder Wandel der Parteiendemokratie. Festschrift für Ulrich Alemann, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 7 – 18.
- Greven**, Th. Michael (2010): *Sind Parteien in der Politik alternativlos oder ist ihre Rolle historisch begrenzt? Die Parteienforschung angesichts von „Globalisierung“, „Transnationalisierung“ und „Europäisierung“*, in: David Gehne und Tim Spier (Hrsg.), Krise oder Wandel der Parteiendemokratie. Festschrift für Ulrich Alemann, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 225 – 235.
- Heidar**, Knut/ **Saglie**, Jo (2003): *Predestined Parties?: Organizational Change in Norwegian Political Parties*, in: Party Politics, SAGE Publications, Vol. 9, London/Thousand Oaks/ New Delhi, S. 219- 239.
- Huber**, Kurt Augustinus (2005), *Katholische Kirche und Kultur in Böhmen. Ausgewählte Abhandlungen*, in: Joachim Bahlcke (Hrsg.), Lit, Münster.
- Jenny**, Marcelo (2006): *Programme: Parteien im politischen Wettbewerbsraum*, in: Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), Politik in Österreich., das Handbuch, Manz Verlag, Wien, S. 305-321.
- Jun**, Uwe (2013): *Typen und Funktionen von Parteien*, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Springer VS, Wiesbaden, S. 119– 144.

- Jun, Uwe** (2009): *Politische Parteien als Gegenstand der Politischen Soziologie*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 235 – 265.
- Jun, Uwe** (2004): *Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich*, Campus, Frankfurt und Main.
- Jun, Uwe/Kreikenbom, Henry** (2006): *Nicht nur im Schatten der Macht. Zur Situation kleiner Parteien im deutschen Parteiensystem*, in: Jun, Uwe/Kreikenbom, Henry/Neu, Viola (Hrsg.), *Kleine Parteien im Aufwind, Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*, Campus, Frankfurt/Main, S. 13-36.
- Katz, Richard S./Mair, Peter** (2009): *The Cartel Party Thesis: A Restatement*, Volume 7(4), in: *Perspectives on Politics*, S. 753 - 766.
- Katz, Richard S./Mair, Peter** (1995): *Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party*, in: *Party Politics*, Band 1 (1), S. 5-28.
- Kempl, Andreas** (1996): *Organisationsstrukturen und –Wandel in politischen Parteien am Beispiel der Freiheitlichen Partei Österreich*, Diplomarbeit Johannes – Kepler – Universität Linz.
- Kitschelt, Herbert** (2000): *Citizens, Politicians and Party Cartellization. Political Representation and State-Failure in Post-Industrial Democracies*, in: *European Journal of Political Research*, Bd. 37, H. 2, Durham, S. 149-179.
- Kleinert, Hubert** (2012): *Krise der repräsentativen Demokratie*, aus *Politik und Zeitgeschichte*, in *Parlamentarismus* 62. Jahrgang 38-39/2012, Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), Berlin, S. 18 - 24.
- Kleinert, Hubert** (2009): *Parteiendemokratie in der Krise*, in: Fabian Schalt u.a. (Hrsg.), *Neuanfang statt Niedergang: Die Zukunft der Mitgliederparteien, Politische Parteien in Europa*, Band 4, LIT, Berlin, S. 39 – 54.
- Koole, Ruud** (1996): *Cadre, Catch – all or Cartel? A Comment on the Notion of the Cartel Party*, in: *Party Politics* 2, S. 507 – 523.
- Liegl, Barbara** (2006): *Kleinparteien*, in: Dachs u.a. (Hrsg.), *Politik in Österreich, das Handbuch*, Manz Verlag, Wien, S. 402 - 412.
- Lipset, Seymour M./ Stein, Rokkan** (1967): *Party Systems and Voter Alignments: An Introduction*, in: Seymour M. Lipset/ Rokkan Stein (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: A Cross- National Perspectives*, Volume 7, *International Yearbook of Political Behavior Research*, The Free Press, New York, Collier-Macmillan Limited, London, S. 1 – 65.

- Lösche**, Peter (1994): *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*, Zweite Auflage, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart – Berlin – Köln.
- Luther**, Kurt Richard (2006): *Die Freiheitliche Partei und das Bündnis Zukunft Österreich*, in: Dachs u.a. (Hrsg.), *Politik in Österreich, das Handbuch*, Manz Verlag, Wien, S. 341 – 363.
- Luther**, Kurt Richard (2005): *Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreichs (BZÖ)*, Keele European Parties Research Unit (KEPRU), Working Paper 22, School of Politics, International Relations and the Environment (SPIRE), Keele, S. 3- 29.
- Magerl**, Fabian (2009): *Aufgaben, Funktionen und Bedeutung politischer Parteien im 21. Jahrhundert*, in: Fabian Schalt u.a. (Hrsg.), *Neuanfang statt Niedergang: Die Zukunft der Mitgliederparteien, Politische Parteien in Europa*, Band 4, LIT, Berlin, S. 55 – 62.
- Mair**, Peter/ **Bartolini**, Stefano (2001): *Challenges to Contemporary Political Parties*, in: Larry Diamond/ Richard Gunther (Hrsg.), *Political Parties and Democracy*, A Journal of Democracy Book, The Johns Hopkins University Press, Baltimore/London, S. 327- 345.
- Mair**, Peter (1994): *Party Organization: From Civil Society to the State*, in: Richard S. Katz/ Peter Mair, *How Parties Organize. Change and Adaptation in Party Organizations in Western Democracies*, SAGE Publications, London- Thousand Oaks- New Delhi, S. 1- 22.
- Mayring**, Philipp (2007): *Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken*, 9. Auflage, Beltz Verlag, Weinheim und Basel.
- Morlok**, Martin (2010): *Politische Chancengleichheit durch Abschottung? Die Filterwirkung politischer Parteien gegenüber gesellschaftlichen Machtpositionen*, in: David Gehne und Tim Spier (Hrsg.), *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie. Festschrift für Ulrich Alemann*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 19 – 36.
- Müller**, Wolfgang C. (2006a): *Das Regierungssystem*, in: Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Manz Verlag, Wien, S. 105 – 118.
- Müller**, Wolfgang C. (2006b): *Regierung und Kabinettsystem*, in: Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), *Politik in Österreich, das Handbuch*, Manz Verlag, Wien, S. 168 – 187.

- Müller**, Wolfgang C. (2006c): *Parteiensystem: Rahmenbedingungen, Format und Mechanik des Parteienwettbewerbs*, in: Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), *Politik in Österreich, das Handbuch*, Manz Verlag, Wien, S. 279-304.
- Müller**, Wolfgang C. (2006d): *Die Österreichische Volkspartei*, in: Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), *Politik in Österreich, das Handbuch*, Manz Verlag, Wien, S. 341 – 363.
- Müller**, Wolfgang C. (2005): *Zur Zukunft der Volksparteien in Europa*, in: Khol Andreas u.a. (Hrsg.), *Zukunftsfest 60 Jahre Österreichische Volkspartei*, Molden Verlag, Wien, S. 268 – 281.
- Müller**, Wolfgang C./ **Plasser**, Fritz/ **Ullrich**, Peter A. (1999): *Die Reaktion der Parteien auf den Rückgang der Wählerverbindung in Österreich*, in: Peter Mair u.a. (Hrsg.), *Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa*, Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 20, Signum Verlag, Wien, S. 201 – 245.
- Müller**, Wolfgang C. (1994): *The Development of Austrian Party Organizations in the Post-war Period*, in: Richard S. Katz und Peter Mair (Hrsg.), *How Parties Organize. Change and Adaption in Party Organizations in Western Democracies*, SAGE Publications Ltd, London, S. 51 – 79.
- Niedermayer**, Oskar (2013): *Die Analyse einzelner Parteien*, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung*, Springer VS, Wiesbaden, S. 61 – 82.
- Panbianco**, Angelo (1988) *Political Parties: Organization & Power*, Cambridge.
- Pelinka**, Anton (2009): *Das politische System Österreichs*, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *die politischen Systeme Westeuropas*, 4. Aktualisierte überarbeitete Auflage, von VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 607- 642.
- Pelinka**, Anton (2002): *Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)*, 31. Jahrgang H.3, Wien/Innsbruck, S.281– 290.
- Popken**, Christian Oliver (2012): *Die (De-) Europäisierung der österreichischen Grünen*, Diplomarbeit Universität Wien.
- Probst**, Lothar (2013): *Bündnis 90/Die Grünen /Grünen*, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung*, Springer VS, Wiesbaden, S. 509- 540.
- Sarcinelli**, Ulrich (2009): *Reformagenturen oder Reformblockierer*, in: Fabian Schalt u.a. (Hrsg.), *Neuanfang statt Niedergang: Die Zukunft der Mitgliederparteien*, in *Politische Parteien in Europa*, Band 4, LIT, Berlin, S. 93 – 124.

- Sartori**, Giovanni (1976): *Parties and party systems: A framework for analysis*, Cambridge University Press, Volume 1, Cambridge – London – New York – Melbourne.
- Schalt**, Fabian (2009): *Das politische System der Bundesrepublik und seine Parteien – Eine Erfolgsgeschichte*, in: Fabian Schalt u.a. (Hrsg.), *Neuanfang statt Niedergang: Die Zukunft der Mitgliederparteien*, Politische Parteien in Europa, Band 4, LIT, Berlin, S. 15 - 20.
- Schiller**, Theo (2010): *Politikergebnisse der Parteien – Schwachstellen der deutschen Parteiforschung*, in: David Gehne und Tim Spier (Hrsg.), *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie. Festschrift für Ulrich Alemann*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 66 – 79.
- Schmid**, Josef/ **Zolleis**, Udo (2009): *Parteiorganisation zwischen Anarchie und Strategie: Politik ist Organisation*, in: Fabian Schalt u.a. (Hrsg.), *Neuanfang statt Niedergang: Die Zukunft der Mitgliederparteien*, Politische Parteien in Europa, Band 4, LIT, Berlin, S. 273 – 288.
- Schmid**, Josef/ **Zolleis**, Udo (2005): *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg der Parteiorganisation*, in: Josef Schmid und Udo Zolleis (Hrsg.), *Zwischen Anarchie und Strategie – Der Erfolg von Parteiorganisation*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 9-21.
- Trankovits**, Laszlo (2012): *Eine Verteidigung der Demokratie – gegen den maßlosen Bürger*, aus Politik und Zeitgeschichte, in *Parlamentarismus* 62. Jahrgang 38-39/2012, Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), Berlin, S. 3- 6.
- Ucakar**, Karl/ **Gschiegl**, Stefan (2012): *Das politische System Österreichs und die EU*, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, 3. Auflage, Wien.
- Ucakar**, Karl (2006a): *Verfassung – Geschichte und Prinzipien*, in: Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), *Politik in Österreich, das Handbuch*, Manz Verlag, Wien, S. 120-138.
- Ucakar**, Karl (2006b): *Die Sozialdemokratische Partei Österreich*, in: Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), *Politik in Österreich, das Handbuch*, Manz Verlag, Wien, S. 322-340.
- Vocelka**, Karl (2002): *Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft- Politik*, Heyne Sachbuch Nr. 19/827, Wilhelm Heyne Verlag, München.
- Vogel**, Bernhard (2009): *Wandlungen im deutschen Parteiensystem*, in: Fabian Schalt u.a. (Hrsg.), *Neuanfang statt Niedergang: Die Zukunft der Mitgliederparteien*, Politische Parteien in Europa, Band 4, LIT, Berlin, S. 63 - 72.

Wiesendahl, Elmar (2010): *Zwei Dekaden Party Change Forschung. Eine kritische Bilanz*, in: David Gehne und Tim Spier (Hrsg.), *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie. Festschrift für Ulrich von Alemann*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 92 – 120.

Wiesendahl, Elmar (1998): *Parteien in Perspektive – Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen/Wiesbaden.

Medien

APA (22.03.2014): *Julis heißen nun Junos und sind Teil der Neos*, in derStandard:
<http://derstandard.at/1395362899082/JuLis-heissen-nun-JUNOS-und-sind-Teil-der-NEOS>
(Eingesehen am 22.03.2014).

APA (28.01.2014): *Frank Stronach legt sein Mandat zurück*, in derStandard:
<http://derstandard.at/1389858469820/Frank-Stronach-legt-sein-Mandat-zurueck>
(Eingesehen am 28.01.2014).

APA (25.01.2014): *Geeinte NEOs oder das Ende des Liberalen Forums*, in DiePresse:
<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1553657/Geeinte-NEOS-oder-das-Ende-des-Liberalen-Forums> (Eingesehen am 25.02.2014).

APA (03.12.2013): *Stronach spricht von Reinigungsprozess in Niederösterreich*, in derStandard:
<http://derstandard.at/1385169688034/Team-Stronach-NOe-Landtagsklub-spaltet-sich-ab> (Eingesehen am 03.12.2013).

APA (20.11.2013): *Abgespaltetes Tiroler Team Stronach gespalten*, in derStandard:
<http://derstandard.at/1381374036545/Tiroler-Team-Stronach-hat-sich-von-Bundespartei-abgespalten> (Eingesehen am 03.12.2013)

APA (27.09.2012): *Stronach will "in die Geschichte der Welt eingehen"*, in derStandard
<http://derstandard.at/1348284182483/Team-Stronach-will-in-die-Geschichte-der-Welt-eingehen> (Eingesehen am 03.12.2013).

Gasser, Florian (17.03.2014): *Neos - Bessere Volkspartei*, in DIE ZEIT N° 12/2014
<http://www.zeit.de/2014/12/oesterreich-neos-erhard-busek/seite-2> (Eingesehen am 18.03.2014).

- Gasser, Florian (21.10.2013): *Jung, radikal, liberal*, in ZeitOnline: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-10/oesterreich-neos-nationalrat> (Eingesehen am 18.03.2014).
- Hengst, Björn (23.10.2013): *Österreichischer Politiker Stronach - Der Milliardär will nicht mehr*, in Spiegel Online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/oesterreich-milliardaer-stronach-kuendigt-rueckzug-aus-politik-an-a-929571.html> (Eingesehen am 20.12.2013)
- Linsinger, Eva (11.02.2013): *Partei Gründung- Warum die ÖVP sich zu Recht vor den NEOs fürchtet*, in ProfilOnline: <http://www.profil.at/articles/1307/560/352329/parteigrueundung-warum-oevp-recht-neos> (Eingesehen am 20.12.2013).
- Löwenstein, Stefan (27.09.2012): *Milliardär gründet eurokritische Partei*, in Frankfurter Allgemeine (FAZ): <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/oesterreich-milliardaer-gruendet-eurokritische-partei-11906349.html> (Eingesehen am 20.12.2013).
- Löwenstein, Stefan (27.09.2012): *Der Erste sein*, in Frankfurter Allgemeine (FAZ): <http://www.faz.net/aktuell/politik/portraits-personalien/frank-stronach-der-erste-sein-11906188.html> (Eingesehen am 20.12.2013).
- Pelinka, Anton (02.10.2013): *So sehen Sieger aus*, in DIE ZEIT N° 41/2013: <http://www.zeit.de/2013/41/oesterreich-nationalratswahl-neos> (Eingesehen am 02.10.2013).
- Schwaiger, Rosemarie (22.12.2012): *Frank Stronach – „ich wurde hier, äh, eingeladen“*, in ProfilOnline: <http://www.profil.at/articles/1251/560/349216/frank-stronach-ich> (Eingesehen am 20.12.2013).
- Zöchling, Christa (18.02.2013): *Stronach und der Populismus – Werte zu Pflugscharen*, in Profil Online: <http://www.profil.at/articles/1308/560/352843/stronach-populismus-werte-pflugscharen> (Eingesehen am 20.12.2013).
- o.V. (31.10.2008): *Wieviel Mitglieder haben die österreichischen Parteien jeweils*, in derStandard : <http://derstandard.at/1224776617579/Wie-viele-Mitglieder-haben-die-oesterreichischen-Parteien-jeweils> (Eingesehen am 20.12.2013).

Internet

BM.I Nationalratswahlen (2013): <http://wahl13.bmi.gv.at/> (Eingesehen am 25.02.2014)

Bundeskanzleramt (2012): *Parteiengesetz 2012 PartG – Wesentlichen Punkte der Transparenzbestimmungen*,
<http://www.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=48119> (Eingesehen am 10.05.2014).

Parlament (2014): *Frank Stronach verabschiedet sich nach drei Monaten aus dem Parlament*
<http://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/026Stronach.shtml> (Eingesehen am 25.03.2014).

Parlament (2014): *Frank Stronach Biographie*,
http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_83138/index.shtml (Eingesehen am 25.03.2014).

Parlament (08.11.2012): *Nationalrat hat sechsten Klub, Team Stronach für Österreich*,
Parlamentskorrespondenz (Nr. 880);
http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0880/index.shtml
(Eingesehen am: 01.02.2014).

Parlament (2012): *Frauenanteil*,
http://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/frauenanteil_NR.shtml, am 4.11.2012 (Eingesehen am: 01.02.2014).

RIS (2014): *Parteiengesetz* : www.ris.bka.gv.at oder
<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20007889> (Eingesehen am 20.02.2014).

SORA/ISA (2013): *Nationalratswahl Analyse*
<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw13.html> (Eingesehen am 25.02.2014).

Homepages

Team Stronach für Österreich (2014): <http://www.teamstronach.at/de/das-team> (Eingesehen am 22.02.2014).

NEOs – Das Neue Österreich (2014): Homepage: <http://europa.neos.eu/> (Eingesehen am 22.02.2014).

Wahlprogramme

FPÖ (2013): *Liebe deinen Nächsten – für mich sind das die Österreicher*, in Wahlprogramm: http://www.hcstrache.at/wp-content/uploads/2013/08/Folder_Web.pdf (Eingesehen am 10.01.2014).

Grüne (2013): *Saubere Umwelt- Saubere Politik*, in Wahlprogramm: www.gruene.at/...gruene-wahlprogramm-2013/wahlprogramm-lang-2013.pdf (Eingesehen am 10.01.2014).

NEOs (2013): *Pläne für ein neues Österreich*, in Grundsatzprogramm: http://neos.eu/_download/plaene-fuer-ein-neues-oesterreich.pdf. (Eingesehen am 29.01.2014).

ÖVP (2013): *Zukunftsweisen: Österreich 2018*, in Wahlprogramm: http://www.bvoe.at/mediafiles/73/XVP-Wahlprogramm_2013.pdf (Eingesehen am 12.10.2013)

SPÖ (2013): *111 Projekte für Österreich*, in Wahlprogramm: http://spoe.at/sites/default/files/spoe_wahlprogramm13.pdf (Eingesehen am 12.10.2013).

Team Stronach (2013): in Grundsatzprogramm: <http://www.teamstronach.at/de/programm?file=files/team-stronach/content/downloads/grundsatzprogramm/Grundsatzprogramm.pdf>. (Eingesehen am 29.01.2014).

Parteistatute

FPÖ (2011): *Satzungen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)* in der aktuellen Form.

http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/_dokumente/2011_satzungenfpoe_web.pdf (Eingesehen am 09.12.2013).

GRÜNE (2012): *Satzungen der Partei: Die Grüne:*

<https://www.gruene.at/partei/programm/parteiprogramm/statuten.pdf>. (Eingesehen am 09.12.2013).

NEOS (2013): *Satzung:* http://neos.eu/130330-NEOS_Satzung.pdf (Eingesehen 10.12.2013).

Seit Jänner 2014 neueres Statut von „NEOs und Liberales Forum:
http://neos.eu/140125-NEOS_Satzung.pdf

ÖVP (2007): *Das Bundespartei – Organisationsstatut der Österreichischen Volkspartei:*

<http://www.oevp.at/download?file=Organisationsstatut.pdf&so=download>.
(Eingesehen am 01.12.2013).

SPÖ (2012): *Das Organisationsstatut:*

https://sitzspoe.spoe.at/sites/default/files/spoe_statut_2012.pdf (Eingesehen am 01.12.2013).

Team Stronach (2012): *Satzung:*
http://www.teamstronach.at/de/kontakt?file=files/team-stronach/content/downloads/parteistatuten/fs_parteistatuten.pdf. (Eingesehen am 10.12.2013).

B. Anhang

Abkürzungsverzeichnis

Abs.: Absatz

ALÖ: Alternative Liste Österreich

BL: Bürgerliste

BZÖ: Bündnis Zukunft Österreich

EU: Europäische Union

FPÖ: Freiheitliche Partei Österreich

GRÜNE: Grüne Alternative

GOG: Geschäftsordnungsgesetz

JULIS: Junge Liberale Stundeten

JUNOS: Junge Liberale Neos

KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs

LIF: Liberales Forum

NEOs: Das neue Österreich

OPÖ: Online Partei Österreichs

ÖVP: Österreichische Volkspartei

RIS: Rechtsinformationssystem

SPÖ: Sozialdemokratische Partei Österreich

TS: Team Stronach

VdU: Verband der Unabhängigen

VGÖ: Vereinten Grünen Österreich

WdU: Wahlverband der Unabhängigen

Kategorieschema

Dieses Schema soll die Nachvollziehbarkeit des wissenschaftlichen Arbeitens gewährleisten. Hier werden die einzelnen Kategorien kurz beschrieben und dazu konkrete Ankerbeispiele aus den Dokumenten (Statute und Wahlprogramme) angeführt.

1. Parteistatute:

Gliederung

Diese Kategorie soll das Innenleben bzw. den politischen Aufbau einer Partei wiedergeben. Dabei wird zwischen territorialer und funktionaler Gliederung unterschieden.

Ankerbeispiele:

„Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) gliedert sich grundsätzlich in Ortsorganisationen bzw. Sektionen, in Bezirks- und Landesorganisationen und in die Bundesorganisation“ (SPÖ Statut 2012: 12).

„Alle organisatorischen Teile der ÖVP, nämlich die territorialen Organisationsbereiche und die Teilorganisationen, haben ihre Tätigkeit nach den Zielen und Aufgaben der Gesamtpartei auszurichten. Die Beschlüsse der Bundesorgane sind für alle Teile der Partei bindend“ (ÖVP Statut 2007: 7).

„Die politische Partei DIE GRÜNEN – DIE GRÜNE ALTERNATIVE (GRÜNE) gliedert sich in Landesorganisationen, die in ihrem Bereich autonom sind“ (Grünen Satzung 2012: 3).

Mitgliederorganisation

Diese Kategorie soll die Bedeutung der Mitgliedschaft der einzelnen Parteien untersuchen. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Rechte und Pflichten der Mitglieder.

Ankerbeispiele:

„Mitglieder der SPÖ haben das Recht, bei der Entscheidung wichtiger politischer

Fragen und bei der Auswahl von KandidatInnen der SPÖ nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Statutes mitzubestimmen“ (SPÖ Statut 2012: 5).

„Grundsätzlich gibt es weder auf Bundes- noch auf Landesebene die verpflichtende Einführung von „Mitgliedschaften“. Die Landesorganisationen handhaben diese Frage autonom. Mitgliedsbeiträge verbleiben bei den Landesorganisationen“ (Grünen Satzung 2012: 3).

„Unterstützende Mitglieder können physische und juristische Personen werden, welche die Ziele der Partei durch Geld- und Sachzuwendungen oder sonst wie fördern“ (FPÖ Satzung 2011: 3).

Neuheiten

Für die Entwicklung und Veränderung der Parteien ist diese Kategorie von besonderer Bedeutung. Sie soll auf neue Bestandteile der Statuten hinweisen.

Ankerbeispiele:

„Möglichkeiten der Mitgliederbeteiligung via Intra- oder Internet an den Entscheidungsprozessen nach Art. 4.3. sind vorzusehen“ (NEOs Satzung 2013: 7).

„Dazu werden Online-Foren eingerichtet. Um anderen Diskussionen und Abstimmungen im Online-Forum teilzunehmen ist lediglich eine Anmeldung zum Forum notwendig. Darüber hinaus organisieren sich die Foren selbst“ (NEOs Satzung 2013: 10).

„Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des an Jahren ältesten Parteimitgliedes“ (Team Stronach Satzung 2012: 7).

2. Wahlprogramme:

Arbeit/Kapital

Diese Konfliktlinie deutet primär auf den Konflikt zwischen den ArbeiterInnen und dem Unternehmertum hin. Die Seite der ArbeiterInnen ist aber auch verbunden mit einer „starken öffentlichen Hand“. Die Kapitalseite hingegen setzt sich für eine verstärkte Privatisierung ein.

Ankerbeispiele:

„Die SPÖ bekennt sich zu strategischen Eigentum der öffentlichen Hand und steht für Privatisierung nicht zur Verfügung“ (SPÖ Wahlprogramm 2013: 9).

„Leistbares Leben samt sicherer Arbeitsplätze und Einkommen zum Auskommen“ (FPÖ Wahlprogramm 2013: 3).

„Ohne private Unternehmen gibt es staatlichen Leistungen“ (ÖVP Wahlprogramm: 8).

„System mit Wettbewerb und freiem Unternehmertum“ (TS Wahlprogramm 2013:13).

„Zu viele Reglementierungen und zu viel staatlicher Einfluss behindern Wachstum und Innovation“ (NEOs Wahlprogramm 2013: 26).

Kirche/Staat

Die Konfliktlinie zwischen Kirche und Staat setzt sich grundsätzlich mit der Säkularisierung auseinander.

Ankerbeispiele:

„Trennung von Kirche und Staat“ (FPÖ Wahlprogramm 2013: 11).

„Politik der Nächstenliebe heißt...“ (FPÖ Wahlprogramm: 1f.)

Land/Stadt

Diese Konfliktlinie beschäftigt sich mit landwirtschaftlichen Bedürfnissen und urbanen Belangen.

Ankerbeispiele:

„Lebensqualität und Chancengleichheit im ländlichen Raum“ (SPÖ Wahlprogramm 2013: 41).

„Die Erhaltung der flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft, gestaltet von Familienunternehmen, ist für die Volkspartei ein grundsätzliches Ziel “ (ÖVP Wahlprogramm 2013: 39).

„Wir bekennen uns dazu, dass die Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit und Wohlstand in Österreich leistet, insbesondere liegen uns die bäuerlichen Familien am Herzen“ (TS Wahlprogramm 2013: 14).

Zentrum/Peripherie

Bei dieser Konfliktlinie stehen sich regionale Bestrebungen und zentralistisch geleitete Entscheidungen gegenüber. „Regionale Autonomiebestrebungen“ sind beispielsweise ein gutes Kennzeichen für diese Konfliktlinie.

Ankerbeispiele:

Es wurden dahingehend keine Inhalte gefunden.

Ökologie/Ökonomie

Der Erfolg der Umweltpolitik kreuzt sich oftmals mit ökonomischen Interessen oder dem gesellschaftlichen Konsum.

Ankerbeispiele:

„Für alle, die nur eine Umwelt haben. Sauberes Wasser, gute Luft und eine intakte Natur sind kein Luxus, sondern unsere Lebensgrundlage“ (Grünen Wahlprogramm 2013: 10).

„Der Kampf gegen die Ursachen des globalen Klimawandels und internationalen Engagement gegen die Atomenergie sind zentrale Herausforderungen nachhaltiger Umweltpolitik“(SPÖ Wahlprogramm 2013: 21).

„Wir bauen die Erneuerbaren Energieträger, Wind, Wasser, Sonne und Biomasse kosteneffizient weiter aus und führen die Technologie mit intelligenten und leistbaren Ökostromförderung schrittweise zur Marktreife“ (ÖVP Wahlprogramm 2013: 8).

Nationale Interessen/supranationale Interessen

Die Dimensionen des nationalen Interesses bzw. der supranationalen Interessen zielen auf die Themenfelder wie Integration, Zuwanderung und auch Europäische Union ab.

Ankerbeispiele:

„Schluss mit der Milliardenhaftung der EU-Pleite Staaten “ (FPÖ 2013: 7).

„Die ergebnisoffene EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei forciert fortfahren“ (NEOs Wahlprogramm 2013: 23)

„Wir streben eine starke Währung an, um unsere Zukunft wieder in die Hände nehmen zu können“ (TS Wahlprogramm 2013: 15).

„Wir stellen die Interessen der eigenen Staatsbürger in den Mittelpunkt“ (FPÖ Wahlprogramm 2013: 4).

„Zuwanderung ist ohne einen Beitrag zu leisten, abzulehnen“ (TS Wahlprogramm 2013: 50).

„Nicht alle Menschen haben in unserem Land eine gemeinsame Herkunft ,so teilen wir doch eine gemeinsame Zukunft“ (Grüne Wahlprogramm 2013: 109).

„Zuwanderung ist kein Übel, das wir erleiden, sondern ein positiver Beitrag zu einer vielfältigen und damit stabilen Gesellschaft“ (NEOs Wahlprogramm 2013: 67).

Alt/Neu

Diese Kategorie widerspiegelt insbesondere die Kritik des Bestehenden und befürwortet „Veränderungen“.

Ankerbeispiele:

„Österreich braucht einen Neuanfang. Rot, schwarz, blau und orange haben jahrelang versucht, Korruptionsskandale unter den Tisch zu kehren“(Grüne Wahlprogramm 2013: 6).

„Mehr als eine Million Menschen in Österreich sind armutsgefährdet, obwohl SPÖ und ÖVP Rekordsteuern und – gebühren kassieren (FPÖ Wahlprogramm 2013: 2).

„Wir sind eine von BürgerInnen getragene Bewegung, die das Ziel hat unser Land aus dem Würgriff der alteingesessenen Parteien zu befreien (NEOs Wahlprogramm 2013: 2).

„Gerade bei den Alt-Parteien bestimmen Großbanken, Bünde, Kammern und Gewerkschaften, wer auf die Wahlliste kommt“ (TS Wahlprogramm 2013: 21).

Frau/Mann

Die Ungleichheiten zwischen Mann und Frau gehören heute noch zur gesellschaftlichen und politischen Realität. Wie und ob die Parteien dieses Thema aufgreifen steht im Zentrum der Untersuchung.

Ankerbeispiele:

„Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist ein zentrales Thema der SPÖ“ (SPÖ Wahlprogramm 2013: 16).

„Ja zur Gleichberechtigung, Nein zur Bevormundung“ (ÖVP Wahlprogramm 2013: 28).

„Mehr Frauen an die Spitze“ (Grüne Wahlprogramm 2013: 84).

Abstract

Diese Masterarbeit behandelt die Parteienentwicklung in Österreich nach den Nationalratswahlen im Herbst 2013. Insbesondere inhaltliche und organisatorische Anpassungen, Veränderungen und Kontinuitäten stehen im Mittelpunkt der Arbeit. Die sechs im Nationalrat vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE, NEOs, Team Stronach) wurden in drei verschiedene Kategorien (Traditions-, Mittel-, und Klein- und Neuparteien) eingeteilt. Die Arbeit basiert auf verschiedenen theoretischen Konzeptionen der Organisation. Insbesondere die „Party Chance“ Debatte, Parteitypologisierungen und die Konfliktlinientheorie werden aufgegriffen. Die methodische Grundlage der Analyse von den Statuten und Wahlprogrammen bildet die qualitative Inhaltsanalyse von Mayring. Diese sollen Aufschlüsse über die Ähnlichkeiten, dem Kontinuum und den Werdegang der Parteien liefern.

Abstract (english)

This master thesis deals with the development of the parties in Austria after the national elections in autumn 2013. In particular, substantive and organizational adjustments, changes and continuities are central for this work. The six represented parties (SPÖ, ÖVP, FPÖ, GREEN, NEOs, Team Stronach) were divided into three different categories (traditional, medium-, and small and new parties). The work is based on different theoretical conceptions of the organization. In particular, the "Party Chance" debate, party- typology and the cleavage- theory are taken up. The methodological basis of the analysis of the statutes and election programs is the qualitative content analysis of Mayring. This shall point out the similarities, the continuum and the career of the parties.

Lebenslauf

Vorname, Nachname: Sabrina Hofer, BA

Geburtsdatum 23.05.1986

Geburtsort: Meran (BZ)

Staatsangehörigkeit: italienisch

Email: sabrinahofer01@gmail.com

Akademische Laufbahn

seit 2011 Masterstudium Politikwissenschaften (Universität Wien)

Spezialisierungen: Europäische Union und Internationale Politik

2007 – 2011 Bachelorstudium Politikwissenschaften (Leopold Franzens Universität Innsbruck)

Hauptfächer: Vergleich politischer Systeme, Österreich politisches System, Europäischer Integration, Internationale Sicherheit und Medien.

2001 – 2007 Landeshotelfachschule „Kaiserhof“ in Meran (Matura)

Praktika

02.02.2010 – 26.03.2010 Praktikum im Deutschen Bundestag

MdB Michael Hartmann (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecher für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung und innenpolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion, Mitglied im Innenausschuss, stellv. Sprecher der Landesgruppe Rheinland-Pfalz, Mitglied im Sprecherkreis der Vereinigung Netzwerk Berlin.

01.09. 2011 – 27.10.2011 Praktikum im Europäischen Parlament

MEP Birgit Sippel (S&D)

Mitglied Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), stellvertretendes Mitglied Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL), stellvertretendes Mitglied im Sonderausschuss für organisierte Kriminalität, Korruption und Geldwäsche (CRIM), Mitglied Delegation Südasien, stellvertretendes Mitglied Delegation Irak und Delegation Kanada

Muttersprache

Deutsch

Sonstige Sprachenkenntnisse

Italienisch: Kompetente Sprachverwendung

Englisch: Selbstständige Sprachverwendung

Französisch: Elementare Sprachverwendung